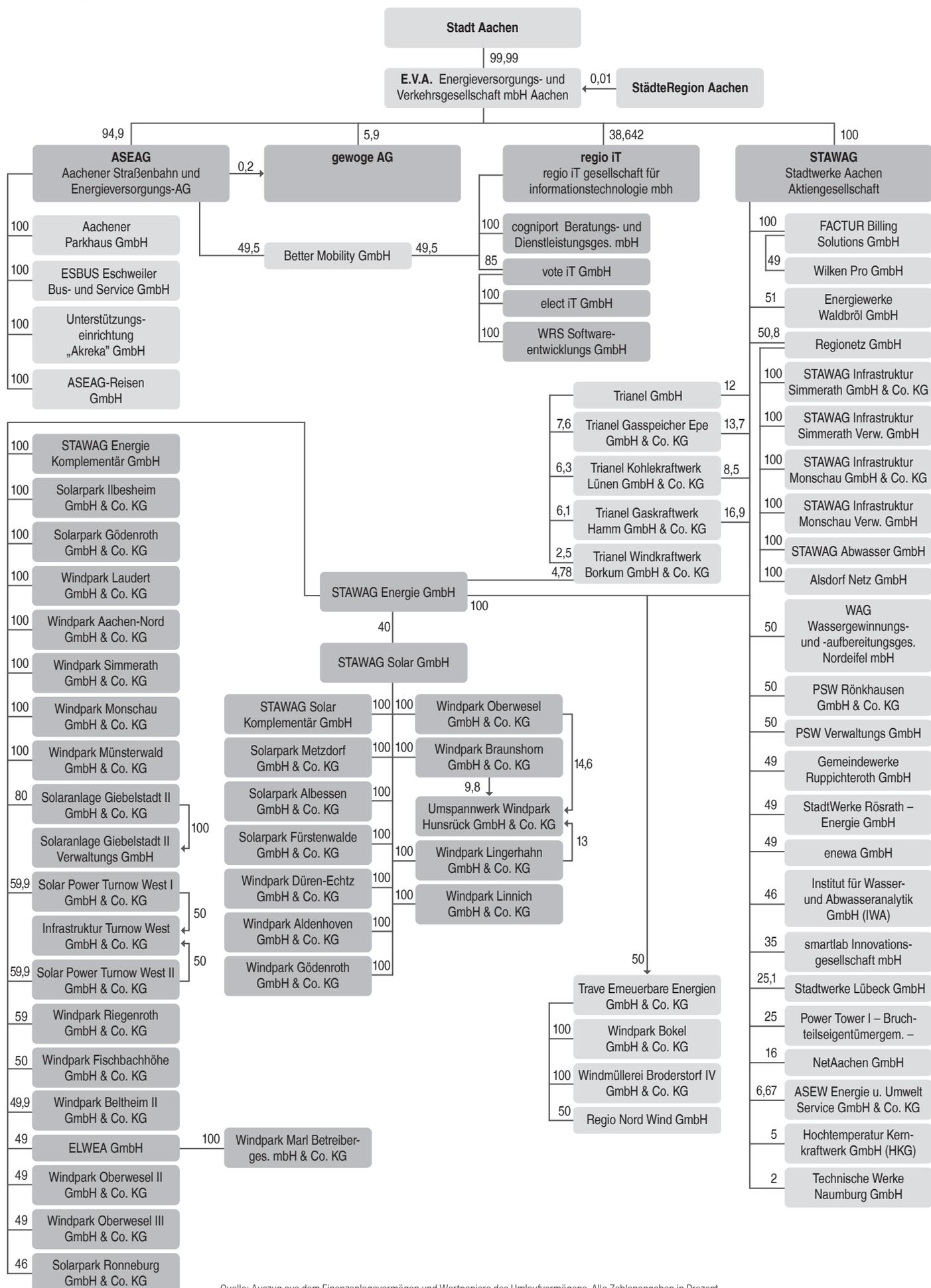


Stark verbunden,
eng vernetzt.

Geschäftsbericht 2020

eva...

Beteiligungsstruktur der E.V.A. Stand 31.12.2020



Quelle: Auszug aus dem Finanzanlagevermögen und Wertpapiere des Umlaufvermögens. Alle Zahlenangaben in Prozent.

Stark verbunden, eng vernetzt.

2020
Geschäftsbericht >>

48. Geschäftsjahr

eva...

Inhalt

Inhalt >>

Berichterstattung über die E.V.A.

6	Aufsichtsrat und Geschäftsführung
10	Lagebericht
45	Jahresabschluss
46	Bilanz
48	Gewinn- und Verlustrechnung
49	Anhang
64	Bestätigungsvermerk
67	Bericht des Aufsichtsrats

Berichterstattung über den Konzern

70	Konzernlagebericht
113	Konzernabschluss
114	Konzernbilanz
116	Konzern – Gewinn- und Verlustrechnung
117	Konzernanhang
142	Bestätigungsvermerk
145	Bericht des Aufsichtsrats

Aufsichtsrat bis 11.12.2020

Marcel Philipp Vorsitzender	Oberbürgermeister, Stadt Aachen
Dr. Tim Grüttemeier 1. stellv. Vorsitzender	StädteRegionsrat, StädteRegion Aachen
Manfred Wiemers 2. stellv. Vorsitzender	Centerleiter Konzern-Beschaffung/ Zentrale Vergabestelle, E.V.A.
Gaby Breuer	Ratsmitglied, Stadt Aachen
Leo Buse	Fachbereichsleiter Fahrbetrieb, ASEAG
Leo Deumens	Arbeiter, Deutsche Post
Guido Finke	freigestellter stellv. Betriebsratsvorsitzender, Regionetz
Rolf Kitt	Dozent für BWL, Handwerkskammer Aachen
Iris Lürken	Rechtsanwältin, selbständig
Michael Rau	Architekt, selbständig
Frank Reichmann	kfm. Angestellter, FACTUR
Karl Schultheis	Ratsmitglied, Stadt Aachen, MdL
Michael Servos	Mathematiker, FVP e.V.
Mark Teuku	Marketingexperte, selbständig
Wilfried Warmbrunn	Leiter Stabsstelle Quartiersentwicklung, STAWAG

Geschäftsführung

Dr. Christian Becker	STAWAG-Vorstand Bonn/Bad Godesberg, Diplom-Ingenieur
Michael Carmincke	ASEAG-Vorstand Aachen, Diplom-Kaufmann

Aufsichtsrat ab 11.12.2020

Sibylle Keupen Vorsitzende	Oberbürgermeisterin, Stadt Aachen
Dr. Tim Grüttemeier 1. stellv. Vorsitzender	StädteRegionsrat, StädteRegion Aachen
Manfred Wiemers 2. stellv. Vorsitzender	Centerleiter Konzern-Beschaffung/ Zentrale Vergabestelle, E.V.A.
Jörg Bogoczek	Dipl.-Ing. Versorgungstechnik, medfacilities
Julia Brinner	Studentin
Leo Buse	Fachbereichsleiter Fahrbetrieb, ASEAG
Guido Finke	freigestellter stellv. Betriebsratsvorsitzender, Regionetz
Wilfried Fischer	IT-Berater, selbständig
Boris Linden	Geschäftsführer, SEG Hambach GmbH
Kaj Neumann	Student
Daniela Parting	Fraktionsgeschäftsführerin, SPD Aachen
Frank Reichmann	kfm. Angestellter, FACTUR
Peter Tillmanns	Rechtsanwalt, selbständig
Jakob von Thenen	Pensionär
Wilfried Warmbrunn	Leiter Stabsstelle Quartiersentwicklung, STAWAG

Geschäftsführung

Dr. Christian Becker	STAWAG-Vorstand Bonn/Bad Godesberg, Diplom-Ingenieur
Michael Carmincke	ASEAG-Vorstand Aachen, Diplom-Kaufmann

Bericht

Berichterstattung
über die E.V.A. >>

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen, (E.V.A.) ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig.

Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG, Aachen, (ASEAG) und Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, (STAWAG), die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen.

Im Laufe der langjährigen Geschichte der ASEAG haben sich die Schwerpunkte innerhalb des satzungsgemäßen Geschäftsmodells verschoben, sodass derzeit

- der Betrieb von Omnibuslinien zur Personenbeförderung in der Region Aachen
- der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen und
- die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte

im unmittelbaren Fokus der Geschäftstätigkeit liegen. Dabei werden sämtliche Aktivitäten im Hinblick auf den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen durch die 100-prozentige Tochtergesellschaft Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG) wahrgenommen. Alternative Mobilitätskonzepte werden im Hause der ASEAG entwickelt. Dabei wird softwareseitig auf eine IT-Lösung der Better Mobility GmbH, Aachen, (Better Mobility) zurückgegriffen. Die Gesellschaft wurde 2019 gemeinsam mit der regio iT gesellschaft für in-

formationstechnologie mbh, Aachen, (regio iT) gegründet und soll die gemeinschaftlich entwickelte Mobilitätsplattform „Mobility Broker“ technologisch fortentwickeln und überregional als IT-Lösung vermarkten.

Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG bis zum Jahr 2027, die durch ihre Aufgabenträger Stadt Aachen und StädteRegion Aachen im April 2017 erfolgt ist, ist eine gute Basis geschaffen worden, um den neuen Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden.

Die STAWAG ist der Dienstleister rund um Energie und Wasser in Aachen. Kernaufgabe des Unternehmens ist die zuverlässige, preisgünstige und umweltschonende Versorgung der Aachener Bürgerinnen und Bürger mit Strom, Gas, Wasser und Wärme. Darüber hinaus bietet die STAWAG ihren Kunden in den Segmenten Haushalt, Gewerbe und Industrie umfassende Beratungs- und Serviceleistungen zum umweltschonenden und effizienten Einsatz von Energie. Die Tochtergesellschaften der STAWAG sind verantwortlich für den Betrieb und die Unterhaltung der Versorgungsnetze (Regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz)) sowie der städtischen Abwasserkanäle (STAWAG Abwasser GmbH, Aachen, (STAWAG Abwasser)) und für den zukunftsweisenden Ausbau der Eigenerzeugung, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien (STAWAG Energie GmbH, Aachen, (STAWAG Energie)). Darüber hinaus werden für lokal und bundesweit agierende Vertriebe, wie auch für Verteilnetzbetreiber, effiziente Kundenservice-, Markt- und Abrechnungsprozesse modular im Kundenzuschnitt angeboten (FACTUR Billing Solutions GmbH, Aachen, (FACTUR)).

Zum 1. Januar 2020 hat die regio iT den IT-Geschäftsbetrieb des Civitec Zweckverbandes für kommunale Informationstechnik, Siegburg, (Civitec), im Wege eines Asset-Deals erworben. Die regio iT firmiert weiterhin unter dem am Markt etablierten Namen. Civitec war als strategischer Partner und Kunde bereits bisher mit 1 Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT beteiligt, stockt im Gegenzug seine Anteile an der regio iT auf 18 Prozent der Geschäftsanteile auf. Drei Prozent der Anteile erfolgen durch den Verkauf von Anteilen der E.V.A. an Civitec. Der Vertrag wurde am 20. Dezember 2019 in Aachen notariell beurkundet. Die E.V.A. wird demnach zum 1. Januar 2020 durch den Asset-Deal und den Verkauf der Anteile noch 38,64 Prozent Geschäftsanteile der regio iT halten.

Die E.V.A. hält weiterhin 5,9 Prozent der Geschäftsanteile an der gewoge AG, Aachen, (gewoge).

Gemäß Gesellschaftsvertrag der E.V.A. besteht für die Stadt Aachen eine Ausgleichspflicht, um eine bilanzielle Überschuldung der Gesellschaft zu vermeiden und den wirtschaftlichen Fortbestand der Gesellschaft zu sichern. Die Stadt Aachen verpflichtet sich, einen Verlustausgleich zu leisten, wenn das handelsbilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft gemäß § 266 Abs. 3 A HGB die Hälfte des Stammkapitals unterschreitet. Die Summe der jährlich auszugleichenden Beträge soll 70 Mio. Euro nicht überschreiten. Zur Stärkung des Eigenkapitals hat die Stadt Aachen für 2020 33,1 Mio. Euro den Kapitalrücklagen zugeführt.

Das Dienstleistungsgeschäft basiert auf den mit den Konzerngesellschaften abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für kaufmännisch-administrative Tätigkeiten sowie für Gebäudedienstleistungen.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Jahr 2020 sank das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) preisbereinigt um 4,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Nach zehn Jahren Wirtschaftswachstum in Folge ging die Wirtschaftsleistung Deutschlands somit erstmals wieder deutlich zurück. Zurückgegangen war das BIP zuletzt im Jahr 2009, als Deutschland wie die meisten anderen Länder weltweit von den Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen war. Grund für den starken Einbruch im Jahr 2020 sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der damit einhergehende Shutdown der Wirtschaft. (Quelle: statista Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland gegenüber dem Vorjahr von 1992 bis 2020)

Laut Herbstprognose der Europäischen Union dürfte die europäische Wirtschaft im Jahr 2020 sogar um 7,4 Prozent geschrumpft sein, wobei die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie in der Europäischen Union (EU) sehr unterschiedlich ausfallen. Maßgeblich hierfür ist die unterschiedliche Intensität der Ausbreitung des Virus, die verschiedenen ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, die sektorale Zusammensetzung der Volkswirtschaften und die Stärke der nationalen politischen Maßnahmen (Quelle: Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 5. November 2020: Herbstprognose 2020: Unterbrechung der wirtschaftlichen Erholung Wiederaufflammen der Pandemie führt zur verstärkten Unsicherheit).

Durch die Corona-Krise ist seit dem Jahr 2013 in Deutschland erstmalig eine Steigerung der Arbeitslosigkeit im Jahr 2020 zu verzeichnen. Im Dezember 2020 wurden rund 2,7 Mio. Arbeitslose gezählt, was einer Arbeitslosenquote

von 5,9 Prozent entspricht. Die Anzahl der Erwerbstätigen mit Wohnsitz in Deutschland belief sich auf rund 44,6 Millionen Menschen. Damit lag die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2020 um 477.000 Personen oder 1,1 Prozent niedriger als 2019 und war auch um 76.000 Personen oder 0,2 Prozent geringer als 2018. Damit endete in der Corona-Krise der über 14 Jahre anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit in Deutschland. (Quelle: Destatis, Pressemitteilung Nr. 041 vom 29. Januar 2021)

Der Energieverbrauch in Deutschland ist im Jahr 2020 um 8,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und erreichte mit 398,8 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (Mio. t SKE) einen historischen Tiefstand. Nach Ermittlung der Arbeitsgemeinschaft (AG) Energiebilanzen beträgt der Rückgang im Vergleich zum Jahr 2006, dem Jahr mit dem bislang höchsten Energieverbrauch in Deutschland seit der Wiedervereinigung, sogar rund 21 Prozent. Infolge des rückläufigen Verbrauchs sowie weiteren Verschiebungen im Energiemix zugunsten der erneuerbaren Energien und des Erdgases rechnet die AG Energiebilanzen mit einem Rückgang der energiebedingten CO₂-Emissionen in einer Größenordnung von rund 80 Mio. t SKE, was einer Minderung gegenüber dem Vorjahr um rund 12 Prozent entspricht. Die deutlich rückläufige Verbrauchsentwicklung ist dabei vor allem auf die Corona-Pandemie zurückzuführen. Hinzu kamen langfristige Trends, wie die weitere Zunahme der Energieeffizienz, die Substitution im Energiemix bis hin zu einem höheren Anteil an erneuerbaren Energien sowie eine vergleichsweise milde Witterung (Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., Presseedienst, Nr. 7 | 2020).

Der Erdgasverbrauch verringerte sich im Jahr 2020 um 3,4 Prozent bzw. 106 Mio. t SKE. Hauptursache für den Verbrauchsrückgang ist der gesunkene Erdgasbedarf der Sektoren Industrie sowie Gewerbe, Handel und Dienstleis-

tungen infolge der Corona-Pandemie. In der Strom- und Wärmeerzeugung wurde dagegen mehr Erdgas eingesetzt. Bei den privaten Haushalten ist trotz der vergleichsweise milderen Temperaturen ein leichter Anstieg des Erdgasverbrauchs zu verzeichnen.

Die erneuerbaren Energien steigerten ihren Beitrag zum gesamten Energieverbrauch 2020 um insgesamt 3 Prozent auf 66,9 Mio. t SKE. Dabei stieg der Beitrag der Windkraft um 7 Prozent, die Solarenergie verzeichnete einen Zuwachs von 9 Prozent. Bei der Biomasse gab es nur ein kleines Plus von 1 Prozent. Der Primärenergieverbrauch aus biogenen Abfällen lag um 1 Prozent niedriger als im Vorjahr.

Geschäftsverlauf

Die E.V.A. erzielte für das Geschäftsjahr 2020 ein positives **Betriebsergebnis** in Höhe von 1,6 Mio. Euro. Das operative Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. liegt damit deutlich über dem Planwert von 0,8 Mio. Euro. Die Gesamtleistung einschließlich der sonstigen betrieblichen Erträge bleibt mit 17,3 Mio. Euro um 0,1 Mio. Euro unter dem Planansatz. Dies resultiert aus geringeren Umsatzerlösen aus Weiterberechnungen. Die Gesamtaufwendungen fallen im Jahr 2020 mit -15,6 Mio. Euro um 0,9 Mio. Euro geringer aus als geplant.

Das Betriebsergebnis überschreitet das Vorjahresergebnis um 1,4 Mio. Euro.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse
- Betriebsergebnis
- Beteiligungsergebnis
- Anzahl Mitarbeiter

Die **Umsatzerlöse** aus dem operativen Geschäft der E.V.A. in Höhe von 16,3 Mio. Euro fielen um 0,1 Mio. Euro geringer aus als Planwert. Sie bestanden aus Erlösen für kaufmännische Dienstleistungen und für Gebäudedienstleistungen in Höhe von 13 Mio. Euro (Plan: 12,8 Mio. Euro) und aus Weiterberechnungen an Konzerngesellschaften in Höhe von 3,2 Mio. Euro (Plan: 3,6 Mio. Euro), insbesondere aus weiterberechneten EDV-Kosten, aus Beratungs- und Prüfungsaufwendungen sowie aus freiwilligen Sozialaufwendungen (z. B. Job-Ticket). Die Planabweichung von 0,4 Mio. Euro resultiert insbesondere aus weggefallenen Weiterberechnungen von Seminaraufwendungen, da aufgrund der Corona-Pandemie das geplante Führungskräfteentwicklungsprogramm nicht durchgeführt werden konnte.

Bei den **sonstigen betrieblichen Erträgen** in Höhe von rund 1 Mio. Euro handelt es sich fast ausschließlich um Erträge aus dem Anteilsverkauf der regio iT (3 Prozent) an die Civitec, die bereits in der Planung berücksichtigt waren. Ansonsten beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge außerplanmäßige Sachverhalte, insbesondere Erträge aus Erstattungen des Arbeitsamtes und der Krankenkassen.

E.V.A. Leistungsindikatoren

Wirtschaftsplan

Jahresabschluss

Umsatzerlöse	TEuro	16.428	16.267
EBIT	TEuro	831	1.643
Beteiligungsergebnis	TEuro	-12.134	-42.153
davon ASEAG	TEuro	-33.000	-33.031
davon STAWAG	TEuro	19.618	-10.236
davon regio iT	TEuro	1.082	948
davon gewoge	TEuro	166	166
Anzahl Mitarbeiter	MAÄ ¹⁾	117,7	107,5

1) MAÄ = Mitarbeiteräquivalent, entspricht einem Vollzeitmitarbeiter/-in

Die **Gesamtaufwendungen** unterschritten mit 15,6 Mio. Euro den Ansatz aus der Wirtschaftsplanung (16,6 Mio. Euro) um 0,9 Mio. Euro.

- Der Materialaufwand fällt mit -3,7 Mio. Euro aufgrund einer geringeren Inanspruchnahme von Fremdleistungen Dritter, insbesondere von IT-Beratungen der regio iT, um insgesamt 0,1 Mio. Euro niedriger aus als geplant.
- Der Personalaufwand weist mit -9,3 Mio. Euro eine Planunterschreitung von 0,7 Mio. Euro auf. Diese ist auf geringere Vergütungen und soziale Abgaben zurückzuführen, da der Personalbestand der E.V.A. den Planwert in Höhe von 117,7 Mitarbeiteräquivalenten (Vollzeitstellen) um 9,8 Mitarbeiteräquivalenten unterschreitet.
- Die Abschreibungen liegen mit -0,1 Mio. Euro um 0,1 Mio. Euro unter dem Planwert. Die für 2020 geplanten Abschreibungen ergeben sich zu einem Großteil aus den für 2019 geplanten Investitionen in Höhe von 0,6 Mio. Euro. Von diesen Investitionen wurden jedoch nur 0,2 Mio. Euro realisiert. Die Investitionen wurden zum Teil verschoben oder werden in das laufende SAP-Projekt S/4 HANA integriert.

- Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen bei -2,5 Mio. Euro und unterschreiten den Planwert um 0,1 Mio. Euro. Geringere Aufwendungen ergeben sich insbesondere bei den Fortbildungs- und Seminaraufwendungen sowie Reisekosten von insgesamt 0,4 Mio. Euro. Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus dem geplanten konzernweiten Führungskräfteentwicklungsprogramm (Budget 0,3 Mio. Euro), das aufgrund der Corona-Pandemie nicht durchgeführt wurde. Gegenläufig wirken sich insbesondere höhere Beratungs- und Rechtskosten aus, die den Planwert von 0,4 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro überschreiten. Weiterhin wurden nicht geplante so genannte Verwahrenngelte für Bankguthaben und IHK-Beiträge in Höhe von insgesamt 0,1 Mio. Euro erhoben.

Insgesamt erzielte die E.V.A. für das Geschäftsjahr 2020 ein positives Betriebsergebnis in Höhe von 1,6 Mio. Euro. Das operative Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. lag damit um 0,8 Mio. Euro über dem Planwert.

Das Gesamtergebnis der E.V.A. wurde wesentlich geprägt durch die Gewinnabführung bzw. durch die Verlustübernahme von der STAWAG und von der ASEAG sowie durch die Beteiligungsergebnisse der regio iT und der gewoge.

Die E.V.A. weist für 2020 ein **Beteiligungsergebnis** von -42,1 Mio. Euro (Plan: -12,1 Mio. Euro) aus. Die Ursachen für die negative Planabweichung werden im Folgenden dargelegt:

Das Ergebnis der **ASEAG** in Höhe von -33 Mio. Euro liegt auf Planniveau. Dennoch gibt es innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung abweichende Positionen gegenüber der Wirtschaftsplanung.

Die Umsatzerlöse fallen insgesamt um 6,8 Mio. Euro geringer aus. Neben einer deutlichen, im Wesentlichen Corona-bedingten Reduktion der Verkehrserlöse um 8,4 Mio. Euro liegen die

Nebenerlöse um rund 1,6 Mio. Euro über den Erwartungen. Dies liegt im Wesentlichen an vorzeitigen Vorauszahlungen von Zuschüssen für Schülerbeförderungen.

Aus sonstigen Erträgen ergeben sich positive Ergebniseffekte in Höhe von 9,9 Mio. Euro. Davon betreffen 7,1 Mio. Euro Billigkeitsleistungen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm vom Bund und Land NRW, 1,1 Mio. Euro Zuschüsse für die Umrüstung der Busse mit SCRT-Abgasfiltern, 0,6 Mio. Euro weitergeleitete Zuschüsse der Stadt Aachen aus der ÖPNV-Pauschale sowie 0,8 Mio. Euro aus der Auflösung von Rückstellungen.

Die Materialaufwendungen in Höhe von -53,5 Mio. Euro liegen um 0,6 Mio. Euro oberhalb des Planansatzes. Durch geringeren Verbrauch an Treibstoff im Zuge des durch die Corona-Pandemie geringeren Straßenverkehrs, eine nicht stattgefundene geplante Erhöhung der Eigenleistung (stattdessen Vergabe an Subunternehmer) sowie deutlich geringere Treibstoffbeschaffungskosten sind die entsprechenden Ausgaben gegenüber dem Wirtschaftsplan um rund 1,8 Mio. Euro geringer ausgefallen. Bei den sonstigen externen Fremdleistungen konnten ebenfalls 0,9 Mio. Euro eingespart werden. Gegenläufig zeigen sich die Aufwendungen für Fahrzeuganmietungen. Diese sind gegenüber dem Wirtschaftsplan insgesamt um rund 3,3 Mio. Euro höher ausgefallen.

Die Kosten für den Personaleinsatz liegen bei der ASEAG mit -30,4 Mio. Euro um 0,8 Mio. Euro unter Plan. Die Kosten aus der Fahreranmietung von ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH, Eschweiler, (ESBUS) liegen mit rund 6 Mio. Euro um rund 0,1 Mio. Euro unter Plan. Die Arbeitsmarktsituation bleibt, wie bereits im Vorjahr, weiterhin schwierig. Diese führt dazu, dass ausscheidendes Fahrpersonal trotz intensiver Bemühungen nur mit einem Zeitverzug nachbesetzt werden konnte. Dies be-

trifft auch zunehmend die Subunternehmer. Die Aufwendungen für Altersversorgungen liegen inklusive Zinsanteil um 0,5 Mio. Euro unter dem Planansatz.

Aufgrund von Investitionsverschiebungen fallen die Abschreibungen um 0,3 Mio. Euro geringer aus.

Die Erträge/Verluste aus Gewinnabführungsverträgen/Verlustübernahmen fielen mit -1,9 Mio. Euro um 3,3 Mio. Euro geringer aus. Dies resultiert aus einer Corona-bedingten Verlustübernahme, wodurch das Ergebnis bei der Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG) um 3,1 Mio. Euro sowie um 0,3 Mio. Euro bei der ASEAG-Reisen GmbH, Aachen, (ASEAG-Reisen) schlechter gegenüber dem Planansatz ausfiel. Das Ergebnis der ESBUS lag leicht über Planniveau.

Im Geschäftsjahr 2020 ist die langjährig positive Entwicklung im ÖPNV im Hinblick auf Umsätze und Fahrgastzahlen stark eingebremst worden. Ursache hierfür ist die Corona-Pandemie ab März 2020. Die Auswirkungen schienen sich im Sommer 2020 zwar deutlich abzuschwächen, nahmen dann aber zum Herbst mit dem erneuten Lockdown erheblich zu und werden sich auch weiterhin auf das Geschäftsjahr 2021 auswirken. Wirtschaftlich werden die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie im Geschäftsjahr 2020 durch den ÖPNV-Rettungsschirm vom Bund und vom Land NRW aufgefangen.

Nachdem die Probleme bei der Systemeinführung der neuen Vertriebssoftware behoben werden konnten, liefen die Projekte für weitere vertriebliche Veränderungen weiter. Nach den Abonnenten und Großkunden sollten auch für Gelegenheitskunden neue Vertriebseinrichtungen im Geschäftsjahr 2020 beispielsweise in Form von neuen Automaten zur Verfügung stehen. Diese Projekte verzögern sich teilweise aus technischen bzw. verfahrensrechtlichen Gründen und die zumindest zu Beginn Corona-bedingt ungewohnte Form der Zusammenarbeit

mit den Lieferanten erschwerte den Prozess darüber hinaus. Nunmehr wird die Einführung der neuen Technologien für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2021 erwartet. Positive Einflüsse hat die Corona-Pandemie auf die Nutzung des Online-Vertriebsweges über die movA-App der ASEAG, bei dem der Umsatz deutlich zugenommen hat. Insgesamt befindet sich die ASEAG mit der Umsetzung des Elektronischen Fahrgeldmanagements (EFM) im Einklang mit den landespolitischen Zielen zur Digitalisierung des ÖPNV. Diese sind in der „ÖPNV Digitalisierungs-offensive NRW“ des Verkehrsministeriums des Landes NRW niedergelegt.

Bei den Fahrzeugen befindet sich das im Jahr 2018 gestartete Modernisierungs- und Erneuerungsprogramm kurz vor dem Abschluss, auch wenn es hier Corona-bedingt ebenfalls zu Verzögerungen kommt. Nach der umfassenden Umrüstung von älteren Fahrzeugen mit SCRT-Filtern und einer überdurchschnittlichen Neubeschaffung in 2019 (inkl. sieben Elektrobussen) wurden im Jahr 2020 nochmals 43 neue Busse in Betrieb genommen. Die ebenfalls für 2020 geplante Inbetriebnahme von fünf E-Solobussen und fünf E-Gelenkbussen verzögert sich jedoch auf das Jahr 2021 und die dann noch ausstehende Auslieferung von weiteren zehn E-Gelenkbussen vom Jahr 2021 auf Anfang des Jahres 2022. Insgesamt hat die ASEAG seit dem Geschäftsjahr 2020 kein Fahrzeug mehr in Betrieb, das nicht mindestens die Anforderung der Euro 6-Norm erfüllt. Hierdurch leistet die ASEAG – in enger Abstimmung mit der Stadt Aachen – ihren Beitrag zur Reduzierung der Stickoxide in Aachen.

Die **STAWAG** schließt das Geschäftsjahr 2020 mit einem handelsrechtlichen Verlust von -20,5 Mio. Euro, der den Planwert um 44,8 Mio. Euro unterschreitet. Dieser Jahresfehlbetrag ist neben Corona-bedingten Effekten durch einen signifikanten Sondereffekt im Zusammenhang mit dem Kohleausstieg begründet, der mit

einem außerordentlichen Aufwand in Höhe von -51,3 Mio. Euro das deutlich positive operative Ergebnis der STAWAG in Höhe von 30,8 Mio. Euro deutlich überkompensiert.

Das Jahresergebnis der STAWAG ist im Geschäftsjahr 2020 maßgebend durch das im August 2020 verabschiedete Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung beeinflusst. Danach werden Braunkohlekraftwerke nach einem festen Zeitplan, der sich an den CO₂-Emissionen der Anlagen orientiert, bis 2038 auf Basis ausgehandelter Entschädigungssummen kontinuierlich vom Netz genommen. Die letzten Steinkohlekraftwerke werden dabei voraussichtlich spätestens bis 2033 stillgelegt. Bei der Steinkohle sieht das Gesetz zwei Verfahren vor. Zunächst werden im Zeitfenster September 2020 bis Juni 2023 insgesamt acht Ausschreibungen bei vorheriger Mitteilung über stillzulegende Kraftwerksleistungen durch die Bundesnetzagentur bis zum Zieljahr 2026 durchgeführt. Steinkohlekraftwerksbetreiber können in den Auktionsverfahren ein Gebot für eine Stilllegungsprämie abgeben, wobei ein in den Jahren sukzessiv abschmelzendes Maximalgebot pro MW gesetzlich festgeschrieben ist. Die Betreiber, die dabei die niedrigsten Gebote aufrufen, erhalten den Zuschlag für die Stilllegung. Ab 2027 erfolgt daran anschließend die Stilllegung der verbleibenden Steinkohlekraftwerksleistung durch eine ordnungsrechtliche Anordnung gemäß der verbliebenen altersgereihten Liste, die nach § 29 Abs. 4, Abs. 5 KVBG am 1. Juli 2021 durch die Bundesnetzagentur veröffentlicht wird. Die tatsächliche Stilllegungsverfügung erfolgt dabei jeweils 31 Monate vor dem jeweiligen Zieldatum. Das Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG, Lünen, (TKL), an dem die STAWAG mit 8,45 Prozent beteiligt ist, könnte dabei noch deutlich vor dem Jahr 2033 ordnungsrechtlich stillgelegt werden, zumal nach der kommerziellen Inbetriebnahme des TKL am 20. Juli 2013 noch sechs weitere

Steinkohlekraftwerke mit einer Nettonennleistung von insgesamt 4,8 GW in Betrieb genommen worden sind. Im Zuge des am 1. September 2020 erstmals durchgeführten Auktionsverfahrens sind mit dem Kraftwerk Westfalen (RWE) und Moorburg (Vattenfall) mit einer Nettonennleistung von insgesamt 2,4 GW allerdings zwei Steinkohlekraftwerke, die nach dem TKL in Betrieb genommen wurden, bereits zur Stilllegung angemeldet worden. Insofern steht der tatsächliche ordnungsrechtliche Stilllegungszeitpunkt für das TKL derzeit noch nicht fest. Auf Basis einer jährlich beauftragten langfristigen Fundamentalanalyse für Steinkohlekraftwerke ist aktuell davon auszugehen, dass mit dem TKL bis zum erwarteten Stilllegungszeitpunkt 2030 ff. unter Berücksichtigung der noch bis Mitte 2033 laufenden Finanzierungskosten keine Gewinne mehr erwirtschaftet werden. Aufgrund der handelsrechtlichen Bilanzierungspflicht für drohende Verluste ist die STAWAG daher angehalten, ihre bisher gebildeten Drohverlustrückstellungen gemäß § 249 Abs. 1, Nr. 1 HGB für den Kraftwerksbetrieb zum 31. Dezember 2020 signifikant zu erhöhen, womit die zukünftig erwarteten Verluste als Barwert vollumfänglich im Jahresabschluss 2020 abgebildet werden. Die bei der STAWAG bilanzierte Drohverlustrückstellung für das TKL beträgt zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 insgesamt 87,5 Mio. Euro. Aufgrund des außerordentlichen Aufwands wird das insgesamt oberhalb des Wirtschaftsplans 2020 erzielte operative Jahresergebnis der STAWAG deutlich überkompensiert, sodass die STAWAG insgesamt einen Jahresfehlbetrag zum 31. Dezember 2020 in Höhe von 20,5 Mio. Euro ausweist.

Im Bereich der konventionellen Energieerzeugung ist die STAWAG mit 16,9 Prozent überdies an dem Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG, Aachen, (TGH) beteiligt. Im Gegensatz zum TKL besteht zwischen dem TGH und den Gesellschaftern kein Stromliefervertrag. Das

Kraftwerk wird vielmehr zentral bewirtschaftet und fungiert als reine Finanzbeteiligung. Mit einem Gesellschaftsanteil von 13,7 Prozent ist die STAWAG auch am Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen, (TGE) beteiligt. Geschäftsgrundlage ist hierbei ein zwischen dem TGE und den Gesellschaftern bestehender Speichernutzungsvertrag. Aufgrund von anhaltenden witterungsbedingt geringen Preisvolatilitäten und einer zunehmend hohen Verfügbarkeit von LNG-Importen ist der Speicherbetrieb auch im Geschäftsjahr 2020 defizitär. Für mittelfristig weiterhin erwartete Verluste aus dem Speicherbetrieb bestehen bei der STAWAG Drohverlustrückstellungen, die sich zum 31. Dezember 2020 auf rund 6 Mio. Euro belaufen.

Neben der bereits im Dezember 2018 erfolgten Inbetriebnahme des Blockheizkraftwerks (BHKW) Campus Melaten mit einer elektrischen und thermischen Leistung von jeweils 10 Megawatt baut die STAWAG ihre Wärmeerzeugung weiter aus.

Im Vertriebsbereich sind die Verkaufsmengen in der Stromsparte im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr um rund 97 Gigawattstunden gesunken. Dabei ist der Absatz im Tarifikundensegment um lediglich 3,6 Gigawattstunden zurückgegangen, während der größte Teil der Abweichung aus rückläufigen Absatzmengen für Industrie- und Gewerbekunden – unter anderem als Folge der Corona-Pandemie – resultiert. In der vertrieblichen Gassparte ist der Gesamtabsatz gegenüber dem Vorjahr aufgrund der warmen Witterung um rund 97 Gigawattstunden gesunken, wovon 60 Gigawattstunden aus dem Tarifikundensegment resultieren. Während die Strompreise zum 1. Februar 2020 aufgrund gestiegener Bezugskosten, Netzentgelte und Umlagen erhöht werden mussten, konnten die Gaspreise im Jahresverlauf 2020 konstant gehalten werden.

Im Rahmen der Zusammenführung der beiden ehemaligen Netzbetreiber INFRAWEST GmbH, Aachen, (INFRAWEST) und regionetz GmbH, Eschweiler, (regionetz) in die gemeinsame große Netzgesellschaft Regionetz, erfolgt seit dem Geschäftsjahr 2018 eine Übertragung der Erlösobergrenze der ehemaligen regionetz auf die Regionetz, das heißt, dass die Netzbetreiber-tätigkeit der ehemaligen INFRAWEST, formell ergänzt um die neuen Netzgebiete, fortgeführt wird.

Im **Strombereich** bildete das Jahr 2020 das zweite Jahr der dritten Regulierungsperiode ab. Der jeweilige Bescheid zur Festlegung der jährlichen Erlösobergrenzen der ehemaligen INFRAWEST und der ehemaligen regionetz liegt zwischenzeitlich vor, wobei die Regionetz gegen beide Festlegungen Beschwerde beim zuständigen Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf eingereicht hat. Aktuell sind beide Verfahren beim Bundesgerichtshof (BGH) anhängig. Die im jeweiligen Bescheid enthaltenen Effizienzwerte für die dritte Regulierungsperiode Strom liegen für die ehemalige INFRAWEST bei 92,22 Prozent und für die ehemalige regionetz bei 94,94 Prozent. Die Regionetz hat im Strombereich für die Jahre 2019, 2020 und 2021, entsprechend den Vorgaben aus § 10a ARegV, Anträge auf Einbeziehung eines Kapitalkostenaufschlags eingereicht.

Ausgehend von den Erlösobergrenzenfestlegungen der Behörden haben die Netzbetreiber zum 1. Januar eines jeden Jahres die Erlösobergrenze anzupassen und die hieraus resultierenden Netzentgelte inklusive der schriftlichen Dokumentation der Entgeltermittlung bei den Regulierungsbehörden vorzulegen. Das jeweilige Ergebnis aus der von der Regulierungsbehörde zuletzt durchgeführten Kostenprüfung stellt hierbei das Ausgangsniveau für die dritte Regulierungsperiode dar.

Im Strombereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz für das Jahr 2020 mit 129,5 Mio. Euro etwa 11,1 Mio. Euro über dem Niveau aus dem Vorjahr. Die Steigerung der Erlösobergrenze vom Jahr 2019 zum Jahr 2020 ist hauptsächlich auf eine Erhöhung der Kosten für die vorgelagerten Netzebenen, eine Erhöhung des Kapitalkostenaufschlags, höhere Personalzusatzkosten und einen Zuschlag aus dem Abschluss des Beschwerdeverfahrens der ehemaligen regionetz für die zweite Regulierungsperiode zurückzuführen. Aus Letzterem resultieren für die Regionetz Erlösobergrenzenaufschläge in den Jahren 2020 bis 2024. Zum Ende des Geschäftsjahres 2020 bestehen im Strombereich für die zweite Regulierungsperiode damit keine laufenden Beschwerdeverfahren der Regionetz mehr.

Bereits im Jahr 2016 hat die Bundesnetzagentur die Festlegung von Eigenkapitalzinssätzen für die dritte Regulierungsperiode der Anreizregulierung im Strom- und Gasbereich jeweils durch Beschluss vom 5. Oktober 2016 abgeschlossen. Hiernach sinken die festgelegten Eigenkapitalzinssätze gegenüber den Zinssätzen für die zweite Regulierungsperiode erheblich ab. Mit Beschluss vom 28. November 2018 für Strom bzw. vom 21. Februar 2018 für Gas hat die Bundesnetzagentur schließlich auch die Festlegung des allgemeinen sektoralen Produktivitätsfaktors für die dritte Regulierungsperiode im Strombereich mit einer Höhe von 0,9 Prozent bzw. im Gasbereich in Höhe von 0,49 Prozent abgeschlossen. Die Regionetz hat, wie zahlreiche weitere Netzbetreiber auch, Beschwerde gegen die vorgenannten Feststellungsverfahren beim OLG Düsseldorf eingereicht.

Nach einem langen gerichtlichen Verfahren liegt nunmehr eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH, Urteil aus Juli 2019) zu den Eigenkapitalzinsen vor, die die Vorgehensweise der Bundesnetzagentur bei der Ermittlung der Eigenkapitalzinssätze für die dritte Regu-

lungsperiode bestätigt und somit das vorherige Urteil des OLG Düsseldorf aus März 2018 zu diesem Sachverhalt, gegenstandslos macht. Formell bestehen die Beschwerdeverfahren der Regionetz zu diesem Sachverhalt aktuell allerdings weiterhin fort, da zu einzelnen Verfahren noch Verfassungsbeschwerden anhängig sind.

Die Gerichtsverfahren zum generellen sektoralen Produktivitätsfortschritt Strom und Gas sind nach aktuellem Stand ebenfalls noch nicht rechtskräftig abgeschlossen, sodass hierzu die weitere Entwicklung der entsprechenden Beschwerdeverfahren abzuwarten bleibt. Für den Gasbereich wird für Ende Januar ein erstes Urteil des BGH erwartet.

Das Jahr 2020 bildet im **Gasbereich** das dritte Jahr der dritten Regulierungsperiode der Anreizregulierung. Ein verbindlicher Bescheid zur Erlösobergrenzenfestlegung für die Jahre 2018 bis 2022 liegt bis zum heutigen Zeitpunkt nur für die ehemalige INFRAWEST vor. Für die Erlösobergrenzenfestlegung der ehemaligen regionetz stehen die Anhörung sowie die Erteilung eines verbindlichen Bescheids weiterhin noch aus. Zwischenzeitlich sind allerdings auch für die ehemalige regionetz das sogenannte Ausgangsniveau als Ergebnis der durchgeführten Kostenprüfungen sowie der zuletzt im Dezember 2018 von der Landesregulierungskammer NRW mitgeteilte finale Effizienzwert bekannt. Die im Bescheid der INFRAWEST bzw. in der letzten Mitteilung der Regulierungsbehörde enthaltenen Effizienzwerte für die dritte Regulierungsperiode Gas liegen für die ehemalige INFRAWEST bei 98,98 Prozent und für die ehemalige regionetz bei 77,58 Prozent.

Im Gasbereich haben die ehemalige INFRAWEST und die ehemalige regionetz zum 30. Juni 2017, erstmals entsprechend den Vorgaben aus § 10a ARegV, einen Antrag auf Kapitalkostenaufschlag bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht. In der Folge wurden

für die Jahre 2019, 2020 und 2021 jeweils zum 30. Juni des Vorjahres entsprechende Folgeanträge gestellt.

Im Gasbereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz unter Berücksichtigung der mitgeteilten Effizienzwerte und des Kapitalkostenausgleichs für das Jahr 2019 mit rund 71 Mio. Euro etwa 5,5 Mio. Euro über dem Niveau der für das Jahr 2019 genehmigten Erlösobergrenze. Die Steigerung lässt sich insbesondere auf die Übernahme des Gasnetzes in Dinslaken zurückführen. Weitere Effekte sind ein höherer Betrag aus dem Regulierungskonto, eine Erhöhung des Kapitalkostenaufschlags und höhere Personalzusatzkosten, die einer Senkung der vorgelagerten Netzkosten gegenüberstehen.

Die Regionetz hat im Geschäftsjahr 2020 insgesamt 66,4 Mio. Euro investiert, wobei auf das Stromnetz 16,3 Mio. Euro und auf das Gasnetz 24,9 Mio. Euro entfielen. Ins Wassernetz hat die Regionetz 10,2 Mio. Euro, in die Straßenbeleuchtung 0,5 Mio. Euro und in das Netzleitsystem 2 Mio. Euro investiert. Auf das Telekommunikationsnetz entfallen weitere 3,8 Mio. Euro und die übergreifenden sonstigen Investitionen belaufen sich auf rund 3,7 Mio. Euro. Die restlichen etwa 5 Mio. Euro resultieren insbesondere aus dem bereits beschriebenen Erwerb der Stromnetze in den Ortsteilen Stolberg-Breinig und Eschweiler-Dürwiß zum 31. Dezember 2020.

Das Ergebnis vor Steuern (EBT) der Regionetz beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 2020 etwa 44,5 Mio. Euro und liegt damit etwa 7,2 Mio. Euro unterhalb des in der Wirtschaftsplanung prognostizierten Niveaus. Dieses Minderergebnis resultiert fast ausnahmslos aus den witterungs- und pandemiebedingten Mindererlösen im Strom- und Gasbereich, die nur teilweise durch entsprechende Kostensenkungen kompensiert werden konnten. Das Ergebnis wird über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag (EAV) – nach Abzug der

Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin EWV in Höhe von 12,2 Mio. Euro und der darauf entfallenden Steuern in Höhe von 2,3 Mio. Euro – mit einem verbleibenden Betrag von 30 Mio. Euro an die STAWAG abgeführt.

Im Geschäftsjahr 2020 wurden im Windbereich weitere Weichen gestellt, um das unmittelbare und mittelbare Anlagenportfolio der STAWAG Energie weiter auszubauen. So wurden Baugenehmigungen für den Bau weiterer Windparks in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern mit einer Nennleistung von insgesamt rund 60 MW erteilt. Die geplante Inbetriebnahme der drei Windparks ist im Jahr 2022 vorgesehen.

Bei der STAWAG Energie wurden Anfang des Jahres 2020 die Arbeiten für die letzten beiden Windenergieanlagen des Windparks Münsterwald GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Münsterwald) fertiggestellt. Nunmehr tragen an diesem Standort insgesamt sieben Anlagen zur nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Aachen bei und leisten mit einer jährlichen Stromproduktion von rund 56 Millionen Kilowattstunden einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz. Über eine Bürgerbeteiligung konnten sich interessierte Bürger über ein Bürgerdarlehen am Windpark beteiligen. Das Volumen von 2,5 Millionen Euro war von rund 600 Stromkunden der STAWAG schnell überzeichnet, was die Befürwortung der Bevölkerung für den Ausbau der erneuerbaren Energien für eine klimafreundliche Energieversorgung widerspiegelt. Im Geschäftsjahr 2020 hat die STAWAG Energie ein EBT von 10,3 Mio. Euro erzielt und damit das Ergebnisniveau des Vorjahres von 10,1 Mio. Euro noch mal leicht übertroffen. Neben den erzielten Erträgen aus der Projektentwicklung haben die nachhaltigen Beteiligungsergebnisse aus den bestehenden Solar- und Windparks wesentlich zum positiven Ergebnis der STAWAG Energie, das über den bestehenden EAV an die STAWAG abgeführt wird, beigetragen.

Das Geschäftsjahr 2020 war für die FACTUR, neben den durch die Corona-Pandemie ausgelösten organisatorischen und technischen Herausforderungen, insbesondere durch die erforderlichen Anpassungen der Markt- und Geschäftsprozesse im Zuge des Gesetzes über den Messstellenbetrieb (MsbG) geprägt. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hat am 31. Januar 2020 die „technische Möglichkeit zum Einbau intelligenter Messsysteme nach § 3 MsbG“ festgestellt. Damit beginnt die gesetzliche Verpflichtung zum Rollout intelligenter Messsysteme zum 24. Februar 2020 durch die zuständigen Messstellenbetreiber. Für die effiziente Umsetzung der Energiewende wurde somit ein entscheidender Grundstein gelegt. Mit dem Einbau von modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen schreibt das MsbG vor, dass eine Trennung zwischen Netznutzungs- und Messstellenbetriebsabrechnung vorgenommen wird. Der Messstellenbetreiber ist dabei verpflichtet, mit dem Einbau von modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen zwischen Netznutzungs- und Messstellenbetriebsabrechnung zu trennen. Diese Form der Abrechnung der Messentgelte wurde in den Netz- und Lieferantensystemen systemisch implementiert, wobei die FACTUR die hieraus entstandenen bzw. noch entstehenden Beratungsprojekte und die damit verbundenen prozessualen Änderungen in den Dienstleistungsprozessen sowohl auf der Netz- als auch auf der Vertriebsseite erfolgreich umsetzt.

Daneben wird die Geschäftstätigkeit der FACTUR weiterhin von der Entwicklung sinkender Margen bei Energieprodukten, von steigenden Großhandelspreisen sowie von einer erhöhten Wechselbereitschaft der Endkunden beeinflusst. Der vertraglich vereinbarte Zählerpreis ist dabei maßgeblich für den Umsatz der FACTUR, wobei sowohl Kundenverlust- als auch Kundenzuwachsraten einen direkten

Einfluss auf das Ergebnisniveau der FACTUR haben. Seit 2017 erbringt die FACTUR auch die Kundenservice- und Abrechnungsdienstleistung für die MONTANA Energie GmbH & Co. KG, Grunwald, (MONTANA). Mit zunächst rund 206.000 Strom- und Gaszählpunkten sind aufgrund der signifikanten Neukundengewinnung zum 31. Dezember 2020 etwa 464.500 Zählpunkte in der Belieferung, was sich bei der FACTUR in einer entsprechenden Umsatzsteigerung für die Full-Service-Dienstleistung niederschlägt. Im vierten Quartal 2020 wurde zudem die Prozessdienstleistung der Kunden der Wilken PRO GmbH, Ulm, (Wilken PRO) übernommen, wobei diese Dienstleistung auf der Software Wilken ENER:GY erbracht wird. Die Wilken PRO ist ein Joint Venture der FACTUR und der Wilken Gruppe mit Sitz in Aachen. Kernidee ist die Verquickung von Softwareentwicklung und Prozessautomatisierung im Hause Wilken und der Fachexpertise bei der FACTUR. Der Gesamtumsatz der FACTUR liegt zum 31. Dezember 2020 bei insgesamt rund 27,6 Mio. Euro, wobei ein EBT in Höhe von 4,9 Mio. Euro erwirtschaftet wurde, das über den bestehenden EAV vollständig an die STAWAG abgeführt wird.

Bei der Neuordnung des Wassergewinnungsbereichs im Geschäftsjahr 2018 hat die STAWAG im Wege der Ausgliederung ihre Grundwassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen sowie die dazugehörigen Grundstücke und Gebäude auf die WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH, Roetgen, (WAG) übertragen. Die WAG, an der die STAWAG, neben der enwor – energie & wasser vor ort GmbH, Herzogenrath, (enwor), zu 50 Prozent beteiligt ist, wird im Jahr 2020 Umsatzerlöse von 29,2 Mio. Euro und ein Ergebnis nach Steuern (EAT) von voraussichtlich rund 1,9 Mio. Euro erzielen. Im Geschäftsjahr 2020 hat die WAG ein Beteiligungsergebnis von jeweils rund 0,4 Mio. Euro an ihre beiden Gesellschafter phasenverschieben ausgeschüttet. Von dem im

Geschäftsjahr 2019 erzielten Jahresergebnis der WAG in Höhe von insgesamt 1,4 Mio. Euro wurden rund 0,6 Mio. Euro auf neuen Gewinn vorgetragen.

Die STAWAG ist mit einem Anteil von 25,1 Prozent an den Stadtwerken Lübeck GmbH, Lübeck, (Stadtwerke Lübeck) beteiligt. Die Stadtwerke Lübeck haben zum 1. Juli 2020 mit der Hansewerk AG, Quickborn, (Hansewerk) einen neuen regional ausgerichteten gemeinsamen Netzverbund gegründet. Die bisherige Netz Lübeck GmbH, Lübeck, (Netz Lübeck) wurde dabei in die TraveNetz GmbH, Lübeck, (TraveNetz) umfirmiert. Die neue TraveNetz umfasst insgesamt 119 kommunale Strom- und Gasnetze. Rund 100 bisher von der Hansewerk bzw. ihren Tochtergesellschaften, der Schleswig Holstein Netz AG, Quickborn, (SHNG) und der HanseGas GmbH, Quickborn, (HNG), betreuten Konzessionsgebiete wurden im Zuge der Kooperation in die bisherige Netz Lübeck eingebracht und werden von dieser gemeinsam mit den dort bereits bestehenden Netzgebieten betrieben. Im Gegenzug erhält die SHNG an der TraveNetz eine Beteiligung von 25,1 Prozent, wobei die übrigen 74,9 Prozent von den Stadtwerken Lübeck gehalten werden. Insgesamt werden über die Strom- und Gasnetze etwa 368.000 Menschen versorgt, womit die TraveNetz einer der größten Energienetzbetreiber Schleswig-Holsteins ist. Für das Geschäftsjahr 2020 erwartet die Stadtwerke Lübeck ein EBT vor Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin STAWAG in Höhe von 20,6 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2020 hat die STAWAG eine Ausgleichszahlung aus dem Geschäftsjahr 2019 in Höhe von rund 3,2 Mio. Euro phasenverschieben vereinnahmt. Insgesamt hat die STAWAG aus der Beteiligung an den Stadtwerken Lübeck bislang etwa 26,5 Mio. Euro an Ausgleichszahlungen erhalten.

Die STAWAG hält seit 2013 als strategischer Partner der Stadtwerke Rösrath – Energie GmbH, Rösrath, (Stadtwerke Rösrath) einen Gesellschafteranteil von 49 Prozent. Geprägt ist das Jahresergebnis der Gesellschaft durch die Geschäftsfelder Energieversorgung und Bäderbetrieb. Zum 1. Januar 2017 haben die Stadtwerke Rösrath das Stromnetz in Rösrath übernommen und gleichzeitig einen Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. In der für die STAWAG im Rahmen eines bestehenden Tracking-Stock-Modells relevanten Versorgungssparte wird für das Geschäftsjahr 2020 ein positives Ergebnis von rund 0,7 Mio. Euro erwartet. Insgesamt wird der erwirtschaftete Gewinn der Stadtwerke Rösrath voraussichtlich rund 0,2 Mio. Euro betragen. Im Geschäftsjahr 2020 hat die STAWAG ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,3 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2019 phasenverschieben vereinnahmt.

Darüber hinaus ist die STAWAG seit 2013 an der enewa GmbH, Wachtberg, (enewa) mit einem Gesellschafteranteil von 49 Prozent beteiligt. Die Gesellschaft ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Energieversorgung und im Bäderbetrieb aktiv. Darüber hinaus hat die enewa zum 1. Januar 2018 das Eigentum des Stromnetzes in Wachtberg erworben und gleichzeitig einen Pacht- und einen Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2020 ein Ergebnis von insgesamt rund 0,3 Mio. Euro. Das für die STAWAG im Rahmen des Tracking-Stock-Modells relevante Ergebnis des Versorgungsbereichs beläuft sich dabei auf rund 0,8 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2020 hat die STAWAG ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,2 Mio. Euro von der enewa aus dem Geschäftsjahr 2019 phasenverschieben vereinnahmt.

Ebenso hat sich die STAWAG bereits im Geschäftsjahr 2015 mit 49 Prozent an der Gemeindewerke Ruppichteroth GmbH, Ruppichteroth, (GWR) beteiligt. Die GWR ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und im Energievertrieb Strom und Gas tätig. Zum 1. Januar 2017 hat die GWR das Stromnetz eigentumsrechtlich übernommen, das aktuell an die Westnetz GmbH, Dortmund, (Westnetz) verpachtet ist. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2020 ein Ergebnis in Höhe von 0,2 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2020 hat die STAWAG ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von rund 56 TEuro von der GWR aus dem Geschäftsjahr 2019 phasenverschoben vereinnahmt.

Eine weitere strategische Partnerschaft ist die STAWAG im Geschäftsjahr 2014 mit den Energiewerken Waldbröl GmbH, Waldbröl, (Eww) eingegangen. Im Geschäftsjahr 2017 hat die STAWAG ihren Gesellschaftsanteil im Zuge einer Neuordnung der Eww in eine Vertriebsgesellschaft Strom und Gas von ursprünglich 49 Prozent auf 51 Prozent erhöht. Zwischen der Eww und der STAWAG wurde daher ein EAV abgeschlossen. Im Geschäftsjahr 2020 hat die Eww ein negatives Ergebnis in Höhe von rund 28 TEuro erzielt, das von der STAWAG ausgeglichen wird.

Der Anteil der STAWAG am Telekommunikationsanbieter NetAachen GmbH, Aachen, (NetAachen) liegt bei 16 Prozent. Für das Geschäftsjahr 2020 wird die NetAachen nach vorläufigen Angaben ein EAT von 3,5 Mio. Euro erwirtschaften. Die STAWAG vereinnahmt im Geschäftsjahr 2020 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2019 in Höhe von rund 0,4 Mio. Euro.

Die Technischen Werke Naumburg GmbH, Naumburg, (TWN), an der die STAWAG einen Anteil von 2 Prozent hält, wird im Geschäftsjahr 2020 ein voraussichtliches Jahresergebnis von rund 2,2 Mio. Euro erzielen. Die STAWAG verein-

nahmt im Geschäftsjahr 2020 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2018 in Höhe von rund 28 TEuro.

Die smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen, (smartlab) an der die STAWAG Anteile von 35 Prozent hält, wird im abgelaufenen Geschäftsjahr 2020 einen voraussichtlichen Jahresfehlbetrag von 851,2 TEuro erzielen. Unter Berücksichtigung eines bestehenden Gewinnvortrags von 325 TEuro wird der Bilanzverlust in Höhe von 589 TEuro durch eine anteilige Einzahlung aller Gesellschafter in die Kapitalrücklage der smartlab entsprechend ausgeglichen.

Anfang 2018 hat sich die STAWAG zusammen mit der Mark-E Aktiengesellschaft, Hagen, (Mark-E) mit jeweils 50 Prozent an der neu gegründeten PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG, Hagen, (PSW Rönkhausen) beteiligt. Die Gesellschaft ist Eigentümerin des Pumpspeicherkraftwerks (PSW) mit einer installierten Leistung von 140 Megawatt, das für rund 25 Mio. Euro umfangreich saniert wurde. Das PSW ist an die Mark-E verpachtet, die auch den kommerziellen Betrieb der Anlage verantwortet. Aus der Pachtgesellschaft vereinnahmt die STAWAG 2020 eine vertraglich fixierte Garantiedividende von jährlich 375 TEuro.

Unter Berücksichtigung der vereinnahmten Beteiligungserträge erzielt die STAWAG im Geschäftsjahr 2020 insgesamt einen Verlust (EBT) vor Verlustübernahme von rund 20,5 Mio. Euro, was maßgeblich durch die signifikante Zuführung zu der Drohverlustrückstellung für das TKL im Zug des Kohleausstiegs begründet ist. Zur teilweisen Kompensation des Jahresfehlbetrags plant die STAWAG eine Entnahme aus der Gewinnrücklage in Höhe von rund 10,25 Mio. Euro und einen entsprechenden Ertrag aus der Verlustübernahme durch die E.V.A.

Zum 1. Januar 2020 hat die **regio iT** den IT-Geschäftsbetrieb der Civitec im Wege eines Asset-Deals erworben. Der Civitec war als stra-

tegischer Partner und Kunde bereits bisher mit 1 Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT beteiligt, stockte in diesem Zusammenhang seine Anteile an der regio iT auf 18 Prozent der Geschäftsanteile auf. Die regio iT firmiert weiterhin unter dem am Markt etablierten Namen. Als nun größter kommunaler IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen betreut die regio iT künftig mehr als 14 Mio. Einwohner in NRW direkt und indirekt mit Services am Unternehmenssitz in Aachen sowie den Niederlassungen in Siegburg, in Gütersloh sowie in weiteren Geschäftsstellen. Im Geschäftsjahr 2020 haben sich die wichtigsten wirtschaftlichen Kennziffern der regio iT hervorragend entwickelt. Entgegen der Marktentwicklung der IT-Branche konnte die regio iT ihren Umsatz und ihr Jahresergebnis steigern. Die Bundesregierung hatte u. a. im Rahmen des im Juni 2020 beschlossenen Konjunktur- und Zukunftspakets eine Aufstockung bereits laufender Digitalisierungs-Förderprogramme im kommunalen Umfeld beschlossen. Vor diesem Hintergrund, aber auch vor dem Hintergrund von Wettbewerbsdruck bzw. steigender gesetzlicher Anforderungen, haben unsere Kunden gezielt in die Digitalisierung von Geschäftsprozessen und die Modernisierung der IT-Systeme investiert. Die Corona-Pandemie hat zudem Digitalisierungsbedarf transparent gemacht und die Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen beschleunigt. Bedingt durch die Corona-Pandemie war ein beherrschendes Thema des Berichtsjahres die mobile Digitalisierung (z. B. Home-Office, Distanzlernen). Dies zeigt sich auch in der sehr deutlichen Steigerung der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft. Hier konnte der Umsatz um 8,7 Mio. Euro oder 87,9 Prozent auf 18,6 Mio. Euro erheblich gesteigert werden. Wachstumstreiber waren in diesem Umsatzsegment Mobile Devices bzw. Arbeitsplatzausstattung, z. B. für Schulen/Lehrer. Erneut und deutlich konnte trotz der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie das Beratungsgeschäft in allen Unternehmensbereichen gesteigert wer-

den. Präsenztermine konnten durch Videokonferenzen ersetzt werden. Nachdem im Vorjahr in diesem Umsatzsegment mit 9,6 Mio. Euro bereits ein hervorragender Umsatz erzielt wurde, konnte dieser erneut gesteigert werden. Mit einem erzielten Beratungsumsatz von 12,1 Mio. Euro wurde ein neuer Bestwert erwirtschaftet.

Auch die Umsätze aus Produkt- und Applikationsbetrieb konnten deutlich gesteigert werden, hier konnte eine Steigerung um 33 Mio. Euro oder 64,6 Prozent auf 84,1 Mio. Euro erzielt werden. Auf Basis der breiten Produktpalette der regio iT konnten sowohl Umsatzzuwächse bei Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert werden. Sehr positiv haben sich insbesondere auch die übernommenen Kundenverträge bzw. deren Umsätze mit den Zweckverbandsmitgliedern des Civitec entwickelt. Da die Leistungen des Civitec bis 2019 überwiegend umsatzsteuerfrei waren, wurde mit dem Übergang der Kundenverträge auf die regio iT mit den Kunden eine schrittweise Überwälzung des Umsatzsteuersaldos in den kommenden Jahren vereinbart. Jedoch konnten schon im ersten Jahr des Zusammenschlusses die vertraglich vereinbarten Umsätze gesteigert und somit auch bei den Zweckverbandskommunen Umsatzzuwächse erzielt werden.

Dementsprechend liegt auch der Gesamtumsatz mit 122,3 Mio. Euro deutlich über dem Vorjahreswert (76,3 Mio. Euro). Die Gesamtleistung eines (IT-) Dienstleistungsunternehmens korreliert im hohen Maße mit der Personalkapazität. Die deutliche Steigerung des Gesamterfolges führt demnach auch zu höheren Personalkosten: Einem Vorjahreswert von 31,4 Mio. Euro steht ein Wert im Berichtsjahr von 46,6 Mio. Euro entgegen. Mit 10,7 Mio. Euro im Berichtsjahr liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 2,1 Mio. Euro über dem Vorjahreswert (8,6 Mio. Euro). Aufgrund der hervorragenden Geschäftsentwicklung konnte das Ergebnis des Vorjahres vor Steuern (3,2 Mio. Euro) deutlich auf 5,6 Mio.

Euro gesteigert werden. Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt 3,8 Mio. Euro (Vorjahr: 2,2 Mio. Euro). Diese hervorragende Entwicklung schon im ersten Jahr des Zusammenschlusses mit dem Civitec ist ein Spiegelbild der Digitalisierungsaktivitäten unserer Gesellschafter und Kunden. Sowohl bei den Kommunen als auch bei den kommunalen Unternehmen wurden entsprechende Projekte beauftragt. Beginnend mit Infrastruktur-Projekten (VDI/mobiles Arbeiten) sowie der Konsolidierung von Infrastruktur-Services in unserem Rechenzentrum. Wachstumstreiber war weiterhin die Digitalisierung von (Verwaltungs-)Prozessen, wie z. B. Dokumentenmanagementsysteme, elektronische Akten, Bürgerportale sowie SAP-Projekte bei Kommunen und kommunalen Unternehmen. Zusammenfassend sind es vielfältige Digitalisierungsthemen, die zu der hervorragenden Entwicklung der Gesamtleistung der regio iT im Geschäftsjahr 2020 geführt haben.

Die im September ausgeschüttete Dividende 2020 der **gewoge** in Höhe von 0,2 Mio. Euro bewegt sich auf Planniveau.

Die E.V.A. beschäftigte zum Stichtag 31. Dezember 2020 118 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 88 Vollzeit- und 30 Teilzeitkräfte. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter beträgt die Personalstärke 107,5 MAÄ gegenüber einem Planwert von 117,7 MAÄ.

Unter zusätzlicher Berücksichtigung von Geschäftsführern, Aushilfskräften, Praktikanten und Auszubildenden beträgt die Mitarbeiterzahl zum 31. Dezember 2020 134, davon 102 Vollzeit- und 32 Teilzeitmitarbeiter. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter entspricht dies einer Personalstärke von 121,9 MAÄ gegenüber einem Planwert von 132,7 MAÄ. Ruhende Arbeitsverhältnisse sind nicht berücksichtigt.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289 f HGB zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

Für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 gilt:

Die Gesellschafterversammlung der Gesellschaft hat am 30. Juni 2017 beschlossen, für den Frauenanteil im Aufsichtsrat den Status Quo von 13,33 Prozent als Zielgröße für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 beizubehalten und für die Geschäftsführung am Status Quo (0 Prozent) für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 festzuhalten.

Die Geschäftsführung hat beschlossen, für die 1. Führungsebene eine Zielgröße für den Frauenanteil von mindestens 50 Prozent (Status Quo: 66,6 Prozent) für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 nicht zu unterschreiten und für die 2. Führungsebene am Status Quo von 30 Prozent festzuhalten.

Anmerkung: Per 31. Dezember 2020 wurde die angestrebte Zielgröße der Frauenquote von 50 Prozent für die 1. Führungsebene unterschritten und betrug nur noch 37,5 Prozent (Vorjahr: 50 Prozent), da eine weibliche Führungskraft in den Ruhestand gegangen ist und durch einen männlichen Kollegen ersetzt wurde. Die Zielgröße von 50 Prozent wurde um 12,5 Prozent unterschritten.

Der Status Quo von 30 Prozent für die 2. Führungsebene konnte wiederum nicht erreicht werden. In 2020 gab es keine Veränderungen bei den Führungspositionen der 2. Führungsebene. Die Frauenquote per 31. Dezember 2020 beträgt – wie im Vorjahr – 25 Prozent.

Für den Zeitraum 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2020 hat sich im Aufsichtsrat der Status Quo von 13,33 Prozent (per 31. Dezember 2019) auf 20 Prozent erhöht. Der Status Quo von 13,33 Prozent als Zielgröße wurde um 6,67 Prozent überschritten.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 13,6 Mio. Euro ab und verschlechterte sich damit gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 14 Mio. Euro. Das Ergebnis enthält eine weitere Einlage der Stadt Aachen in Höhe von 33,1 Mio. Euro (Vorjahr: 12,1 Mio. Euro) gem. § 15 (3) des Gesellschaftsvertrages.

Die wirtschaftliche Lage der E.V.A. wird im Wesentlichen durch die Geschäftsentwicklung der Beteiligungsgesellschaften bestimmt. Das Zins- und Beteiligungsergebnis beträgt -43,3 Mio. Euro und liegt damit um 45,1 Mio. Euro unter dem Vorjahresergebnis.

Dabei wurde erstmalig bei der STAWAG ein Fehlbetrag von 20,5 Mio. Euro (Vorjahr: Gewinnabführung 32 Mio. Euro) vor Auflösung von Gewinnrücklagen und einer Verlustübernahme, ausgewiesen. Wesentliche Ursache hierfür war eine Zunahme bei den drohenden Verlusten aus dem konventionellen Kraftwerksbereich.

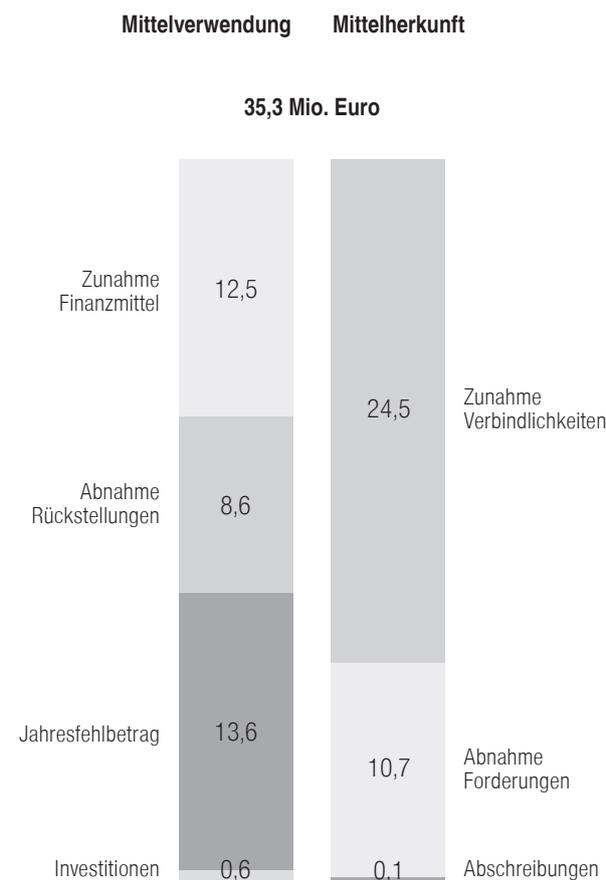
Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2020 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 33 Mio. Euro abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverschlechterung von 2,7 Mio. Euro. Davon resultieren insgesamt -0,2 Mio. Euro aus einem schlechteren Betriebsergebnis und -2,5 Mio. Euro aus einem ebenfalls rückläufigen Finanz- und Beteiligungsergebnis, wovon 3,5 Mio. Euro auf eine Ergebnisverschlechterung bei der APAG zurückzuführen sind. Hingegen verringerte sich der Zinsaufwand zu den Pensionsrückstellungen um rund 1,1 Mio. Euro.

Die Beteiligungserträge lagen mit 0,9 Mio. Euro bei der regio iT und mit 0,2 Mio. Euro bei der gewoge etwas unter dem Vorjahresniveau.

Das Betriebsergebnis verbesserte sich insgesamt um 1,4 Mio. Euro auf 1,6 Mio. Euro.

Für das Geschäftsjahr belaufen sich die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** auf 2 Mio. Euro Körperschaftsteuer (Vorjahr: 6,2 Mio. Euro) und auf 2,9 Mio. Euro Gewerbesteuer (Vorjahr: 7,7 Mio. Euro). Der Rückgang ist im Wesentlichen aufgrund der schlechteren Beteiligungsergebnisses gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen. Ertragssteuererstattungsansprüche für Vorjahre in Höhe von -0,5 Mio. Euro (Vorjahr: -0,1 Mio. Euro) und Nachbelastungen in Höhe von 0,6 Mio. Euro resultieren teilweise aus der letzten steuerlichen Betriebsprüfung und aus Folgejahren.

Finanzlage

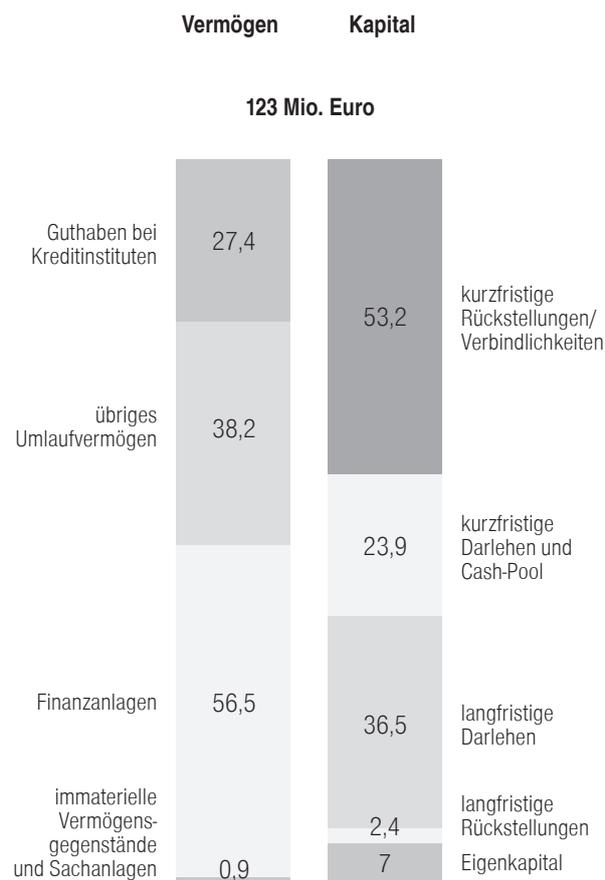


Im Jahr 2020 belief sich das Finanzierungsvolumen der E.V.A. auf 35,3 Mio. Euro.

Die Mittelverwendung ergibt sich im Wesentlichen mit 12,5 Mio. Euro aus der Zunahme der Guthaben bei Kreditinstituten, aus dem Jahresfehlbetrag mit 13,6 Mio. Euro sowie aus der Abnahme der Steuerrückstellungen.

Die Mittel resultieren hauptsächlich aus höheren Verbindlichkeiten mit 24,5 Mio. Euro gegenüber verbundenen Unternehmen, wovon mit 7,7 Mio. Euro die ASEAG aus gestiegenen Cash-Pool-Verpflichtungen und einem höheren Verlustausgleich betreffen sowie gegenüber der STAWAG mit 15,2 Mio. Euro, wovon erstmalig ein Verlustausgleich in Höhe von 10,2 Mio. Euro enthalten ist. Dagegen beruht die Abnahme der Forderungen von 10,7 Mio. Euro teilweise aus dem Umkehreffekt der Gewinnabführung bei der STAWAG.

Vermögenslage



Die Bilanzsumme beträgt im Berichtsjahr 123 Mio. Euro und liegt damit um 2,3 Mio. Euro über dem Vorjahreswert.

Das Finanzanlagevermögen beinhaltet im Wesentlichen die Anteile an verbundenen Unternehmen und bildet zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen und den Sachanlagen 46,7 Prozent des Gesamtvermögens. Die restlichen Mittel resultieren mit 22,3 Prozent aus Guthaben bei Kreditinstituten und mit 31 Prozent aus dem übrigen Umlaufvermögen.

Die Kapitalseite weist neben dem Eigenkapital weitere 38,9 Mio. Euro mittel- und langfristige Mittel aus, die 31,6 Prozent der Bilanzsumme betragen. Darin enthalten sind Darlehen in Höhe von 24 Mio. Euro aus Stiftungsmitteln, die durch die Stadt Aachen verwaltet werden, ein Gesellschafterdarlehen der Stadt Aachen in Höhe von 10 Mio. Euro sowie ein Gesellschafterdarlehen der StädteRegion Aachen in Höhe von 2,5 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus kurzfristigen Darlehen und aus dem Cash-Pool liegen bei 19,4 Prozent.

Die übrigen kurzfristigen Rückstellungen und die Verbindlichkeiten betragen 43,3 Prozent und bestehen im Wesentlichen aus dem Verlustausgleichsanspruch der ASEAG in Höhe von 33 Mio. Euro. Die Eigenkapitalquote beträgt 5,7 Prozent.

Die E.V.A. stellt einen Konzernabschluss gemäß § 290 ff. HGB auf. Es werden die Jahresabschlüsse der ASEAG, der STAWAG, der APAG, der STAWAG Abwasser, der STAWAG Energie, der Regionetz, der STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath, (Simmerath Infrastruktur), der STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau, (Monschau Infrastruktur), der FACTUR, der Eww, der Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG, Aachen, (Turnow West I), der Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG, Aachen, (Turnow West II), der Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG, Aachen, (SA Giebelstadt), der Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG, Aachen, (SP Gödenroth), der Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG, Aachen (SP Ilbesheim), der Windpark Laudert GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Laudert), der Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Riegenroth) sowie die Alsdorf Netz einbezogen.

III. Prognosebericht

In ihrem Frühjahrsgutachten prognostizieren die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute einen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 3,7 Prozent im laufenden Jahr und um 3,9 Prozent im Jahr 2022.

Der erneute Shutdown verzögert die wirtschaftliche Erholung, die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal wird um 1,8 Prozent sinken. Die neue Infektionswelle und die damit verbundenen Eindämmungsmaßnahmen führen zu einer Abwärtsrevision der Prognose für das Jahr 2021 um 1 Prozentpunkt im Vergleich zum Herbstgutachten 2020. In ihrer Prognose gehen die Institute davon aus, dass der derzeitige Shutdown zunächst fortgesetzt wird und dabei auch die zuletzt erfolgten Lockerungen wieder weitgehend zurückgenommen werden. Erneute Lockerungsschritte werden erst ab Mitte des zweiten Quartals erwartet, eine Aufhebung der Beschränkungen dann bis zum Ende des dritten Quartals.

Angesichts der zu erwartenden Lockerungen dürfte auch die Erholung der Erwerbstätigkeit im Sommerhalbjahr an Fahrt gewinnen. Im Jahresdurchschnitt ist für das Jahr 2021 ein Anstieg der Erwerbstätigkeit um 26.000 Personen zu erwarten. Im kommenden Jahr dürfte der Anstieg 539.000 Personen betragen, wobei das Vorkrisenniveau im ersten Halbjahr erreicht wird. Im Zuge der Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen ab Mai wird auch die Zahl der Arbeitslosen verstärkt zurückgehen.

Die Prognose des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geht in seinem Frühjahrsgutachten 2021 und 2022 davon aus, dass im Jahr 2021 das preisbereinigte BIP um 3,1 Prozent steigen wird. Die Arbeitslosenquote wird im Jahr 2021 mit 5,9 Prozent auf dem Vorjahresniveau erwartet. Die Verbraucherpreis-inflation dürfte

vor allem in diesem Jahr aufgrund höherer Energiepreise sowie des Auslaufens der Umsatzsteuersenkung vorübergehend anziehen. Für die Jahre 2021 und 2022 rechnet der Sachverständigenrat mit jahresdurchschnittlichen Inflationsraten in Deutschland von 2,1 Prozent beziehungsweise 1,9 Prozent.

Zurzeit besteht in Deutschland und Europa das Risiko einer dritten Infektionswelle – verstärkt durch die Verbreitung von Mutationen des SARS-CoV-2-Virus. Ein starker Anstieg der Infektionszahlen könnte die konjunkturelle Erholung verzögern, insbesondere wenn die Industrie stark von Einschränkungen und Betriebsschließungen betroffen wäre. Dagegen könnten schnellere Impffortschritte die Pandemie früher eindämmen, die Aufhebung von Einschränkungen erlauben und die Erholung beschleunigen.

In ihrer Konjunkturumfrage zu Jahresbeginn 2021 kommt die Industrie- und Handelskammer Aachen (IHK) zum Ergebnis, dass bei einem Großteil der Unternehmen in der Region Aachen sich die aktuelle Situation deutlich verbessert hat, wenngleich noch etliche Betriebe unter den Folgen der Corona-Pandemie leiden. Jeder dritte Befragte beurteilt die aktuelle Situation positiv, jeder fünfte Unternehmer ist nicht zufrieden. Besonders betroffen ist weiterhin das Gastgewerbe, das seit dem ersten Lockdown im Frühjahr massive Umsatzeinbrüche verzeichnet, während in der Industrie eine ausgewogene Lagebewertung vorherrscht.

Bei der Mehrzahl der Industriebetriebe ist die Auslastung ihrer Produktionskapazitäten spürbar gestiegen. Diese positive Entwicklung zum Jahresende 2020 hat jedoch nicht ausgereicht, um die Ertragslage in Summe zu verbessern. Die gute Nachricht: Die meisten Befragten sehen nach wie vor keine gravierenden finanziellen Konsequenzen für ihr Unternehmen. Drei von zehn Befragten rechnen damit, dass die

Nachfrage weiter anzieht, rund jeder vierte ist zurückhaltend. Über alle Branchen hinweg wird nur ein leichtes Umsatzwachstum vorhergesagt.

Die Arbeitslosenquote stieg in der Region Aachen innerhalb eines Jahres um 1 Prozentpunkt auf 6,9 Prozent. In NRW liegt sie aktuell bei 7,5 Prozent, in Deutschland bei 5,9 Prozent. Der verhältnismäßig geringe Anstieg der Arbeitslosigkeit ist auch dem Instrument der Kurzarbeit zu verdanken, durch das viele Betriebe in der Lage waren, ihre Mitarbeiter zu halten.

Der Wirtschaftsplan der E.V.A. für das Jahr 2021 geht von einem ausgeglichenen Betriebsergebnis aus. Gegenüber dem Betriebsergebnis 2020 ist das eine Ergebnisverschlechterung von rund 1,6 Mio. Euro. Ursächlich hierfür ist eine um 0,8 Mio. Euro geringere Gesamtleistung in Höhe von 16,5 Mio. Euro sowie ein um 0,8 Mio. Euro höherer Gesamtaufwand in Höhe von 16,5 Mio. Euro. Die Reduzierung der Gesamtleistung im Wirtschaftsplan ist darauf zurückzuführen, dass im Geschäftsjahr 2020 sonstige betriebliche Erträge aus dem Verkauf von regio iT-Anteilen an den Civitec in Höhe von rund 1 Mio. Euro enthalten sind, für 2021 sind jedoch keine sonstigen betrieblichen Erträge geplant. Dagegen liegen die für 2021 geplanten Umsatzerlöse mit 16,5 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro über denen des Jahres 2020. Die Erhöhung des Gesamtaufwands in der Planung 2021 begründet sich im Wesentlichen mit einem höheren Personalaufwand, der mit 10,3 Mio. Euro um rund 0,9 Mio. Euro höher ausfällt als der Personalaufwand im Jahre 2020. Der Personalkostenanstieg resultiert aus einem geplanten Personalzugang von 4,6 Mitarbeiteräquivalenten (MAÄ) sowie aus einer geplanten Tariflohnsteigerung von 2,5 Prozent. Gegenläufig wirkt sich im Wirtschaftsplan im Vergleich zum Vorjahr der um 0,2 Mio. Euro geringere sonstige betriebliche Aufwand aus.

Ferner wurden ein negatives Beteiligungsergebnis in Höhe von -14,5 Mio. Euro und ein negatives Zinsergebnis von -1,4 Mio. Euro in der Planung berücksichtigt. Für das laufende Geschäftsjahr 2021 ergibt sich gemäß Wirtschaftsplanung somit ein Jahresfehlbetrag vor Steuern und vor Ausgleichzahlung in Höhe von -15,9 Mio. Euro und unter Berücksichtigung der geplanten Steueraufwendungen in Höhe von -3,4 Mio. Euro ein Jahresfehlbetrag nach Steuern von -19,3 Mio. Euro. Um die Hälfte des Stammkapitals zu sichern, wurde eine Ausgleichszahlung durch die Stadt Aachen in Höhe von 19,3 Mio. Euro angenommen, sodass das geplante Jahresergebnis nach Ausgleichszahlung Null Mio. Euro beträgt.

Das geplante negative Beteiligungsergebnis der E.V.A. in Höhe von -14,5 Mio. Euro wird sich – voraussichtlich aufgrund der bei der STAWAG bereits im Jahre 2020 gebildeten Drohverlustrückstellung für den defizitären Betrieb des TKL und der sich aus der fortan sukzessiven Inanspruchnahme der gebildeten Drohverlustrückstellung ergebenden positiven Ergebniseffekte – in den Folgejahren deutlich erhöhen. Zurzeit geht die E.V.A. davon aus, dass sich das Beteiligungsergebnis für das Jahr 2021 um rund 10,8 Mio. Euro auf 3,7 Mio. Euro verbessern wird.

Ohne Berücksichtigung von Geschäftsführern, Auszubildenden und Aushilfskräften wird die geplante Personalstärke zum Ende des Geschäftsjahres 2021 114 Mitarbeiteräquivalente betragen.

Die Corona-Pandemie ist kunden- und erlösseitig eines der beherrschenden Themen des ÖPNV-Marktes. Losgelöst jedoch von dieser Thematik wird die Rolle des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bei der Gestaltung der Verkehrswende intensiver denn je diskutiert. Die ASEAG hat im Herbst 2019 – also vor Ausbruch der Corona-Pandemie – ihre „Vision 2027“ in die

politische Diskussion eingebracht, die neben einem erheblichen Ausbau der Infrastruktur auch eine generelle Leistungsausweitung von etwa 30 Prozent des heutigen Leistungsangebots beinhaltet. Die Diskussion hierüber kam zwar zwischenzeitlich leicht ins Stocken, aber mit Beginn des Kommunalwahlkampfes 2020 war Klimaschutz und die Rolle des ÖPNV hierbei partiübergreifend wieder auf der Agenda. Mit der Verabschiedung des „Integrierten Klimaschutzkonzeptes“ im Stadtrat der Stadt Aachen, das u. a. die Umsetzung der Vision 2027 der ASEAG als ein Maßnahmenpaket zum Klimaschutz beinhaltet, wurde ein wesentlicher Eckpfeiler für kurz- bis mittelfristige Angebotsausweitungen gesetzt. Auch seitens der StädteRegion Aachen gibt es klare Hinweise, dass das Thema Verkehrswende ein bedeutender Bestandteil der Klimaschutzmaßnahmen sein wird. Zahlreiche Städte und Gemeinden der StädteRegion sind an die ASEAG herantreten, um Konzepte für eine Angebotserweiterung gemeinsam mit der ASEAG zu erarbeiten. Dabei spielt die derzeitige Corona-bedingte geringere Nachfrage nach der Verkehrsleistung vorerst keine Rolle. Mit einem Leistungsvolumen von knapp 19 Mio. Nutz-km pro Jahr ist die ASEAG das größte Verkehrsunternehmen im Aachener Verkehrsverbund (AVV). Dieses Leistungsvolumen darf über den Vergabezeitraum bis 2027 als gesichert angenommen werden und vor dem Hintergrund der derzeitigen politischen Rahmenbedingungen geht die ASEAG von einer sukzessiven Zunahme des Leistungsangebots aus. Darüber hinaus ist es weiterhin ein Ziel der ASEAG, die Vermarktung des ÖPNV auch in außerstädtischen Kernbereichen voranzutreiben. Neben den aktuellen Beratungen der Städte und Gemeinden gehen bereits konkrete Projekte in die Umsetzung. So ist es beispielsweise gelungen, im Rahmen von Förderprojekten des Landes NRW sowohl für Roetgen als auch für den teilweise ländlich geprägten Ortsteil Laurensberg der Stadt Aachen

einen bedarfsorientierten Verkehr – Produktname NetLiner – zu gewinnen. Die Betriebsaufnahme wird im Jahr 2021 erfolgen. Im Jahr 2022 wird dann ein ebenfalls geförderter Schnellbus Aachen-Monschau die Bedienqualität auf dieser Relation weiter verbessern. Selbstverständlich schreiten auch die vom AVV koordinierten Untersuchungen zur Regio-Tram, einer Bahnverbindung zwischen Baesweiler und Aachen über Alsdorf und Würselen voran, die nach heutiger Auffassung auch von der ASEAG betrieben werden soll. Im Vorlauf auf diese Verbindung wird derzeit auch eine Taktverdichtung der heutigen Buslinie auf dieser Relation diskutiert. Während die politischen Diskussionen angebotsseitig auf eine weitere Ausweitung des Leistungsangebots hindeuten, ist im Hinblick auf die tarifpolitischen Maßnahmen bei den Fahrkartenpreisen aktuell eher eine Tendenz zu weiteren Fahrpreisvergünstigungen zu erkennen. Wenn es dazu kommt, wird dies die Ergebnissituation der ASEAG insgesamt belasten.

Nach einem dynamischen Personalaustauschprozess in den letzten Jahren zwischen ESBUS als Fahrbetriebstochter und der ASEAG zeigte sich kurzzeitig ein leicht abgeschwächtes Fluktuationsniveau im Fahrdienst der ASEAG. Inzwischen geht die ASEAG jedoch davon aus, dass es in den kommenden Jahren noch einmal zu einer verstärkten Nutzung der Möglichkeit zur „Rente mit 63“ geben wird. Aus diesem Grund hat die ASEAG ihre Bemühungen am Arbeitsmarkt für Busfahrer nochmals intensiviert, um bereits heute vorhandene Stellen wiederzubesetzen und gleichzeitig den stetig steigenden Bedarf zum Beispiel aufgrund von bestellten Mehrleistungen abzudecken. In den übrigen Funktionsbereichen der ASEAG werden keine signifikanten Veränderungen erwartet, sodass insgesamt von einem Personalbestand von ca. 563 Mitarbeiteräquivalenten im Jahr 2021 ausgegangen wird. Dies ist gegenüber 2020 ledig-

lich eine geringe Zunahme. Der Abgang älterer Mitarbeiter wird dabei durch die Gesetzgebung zur Rente mit 63 auch in den kommenden Jahren tendenziell beschleunigt. Der kostensenkenden Entwicklung durch den Personalabgang von Mitarbeitern mit weitreichenden Besitzstandswahrungen gegenüber Neubeschäftigten wirkt entgegen, dass die Gewerkschaften weiterhin hohe Tarifforderungen stellen. Darüber hinaus entstehen aufgrund der Schwierigkeiten in der Personalbeschaffung betriebliche Forderungen, die ebenfalls kostentreibend wirken. Insgesamt wird von Personalkosten in Höhe von 34,5 Mio. Euro ausgegangen. Hinzu kommen die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen, die aufgrund weiter fallender Zinsen auch im Jahr 2021 das Ergebnis erheblich belasten werden. Der Tarifabschluss zwischen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und dem Verband Nordrhein-Westfälischer Omnibusunternehmen e.V. (NWO), der Arbeitgeberverband der privaten Omnibusunternehmen in NRW, hat dazu geführt, dass faktisch aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG) keine Risiken mehr für die Vergabe an private Subunternehmen bestehen. Die Reduzierung des Kostenvorteils setzt sich durch den privaten Tarif gegenüber dem kommunalen Spartentarif durch hohe Tarifabschlüsse und sich verändernde sonstige Arbeitsbedingungen bei den Subunternehmern weiter fort.

Corona-bedingt kam es im Jahr 2020 zu einem erheblichen Rückgang der Beförderungserlöse, die jedoch durch einen ÖPNV-Rettungsschirm des Landes NRW und des Bundes vollständig aufgefangen wurden. Ein solcher Rettungsschirm wird derzeit auch für das Jahr 2021 auf politischer Ebene diskutiert und hat nach Einschätzung von Vertretern des AVV bzw. des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV) gute Chancen zumindest in großen Teilen realisiert zu werden. Auffällig bei der Entwicklung der Beförderungserlöse war dabei, dass –

wie erwartet – die Kundensegmente besonders stark zurückgegangen sind, in denen der Fahrgast kurzfristige Entscheidungen treffen muss bzw. kann – z. B. Einzeltickets, Wochenkarten (Spontankunden). Produkte mit einer regelmäßigeren Nutzung waren nicht so stark betroffen – Abo-Karten, Job-Tickets. Für 2021 geht die ASEAG von Beförderungserlösen in Höhe von 54,6 Mio. Euro aus. Die Vorstellung der Ergebnisse aus der im Jahr 2019 durchgeführten Verkehrserhebung wird im ersten Halbjahr 2021 erwartet. In die Planung ist die im AVV beschlossene Preissteigerung von 1,96 Prozent zum 1. Juli 2021 und ein Corona-bedingter Mengenabschlag im Bereich der Spontankunden eingeflossen. Aufgrund der aktuellen Diskussionen, die derzeit bezüglich der Rolle des ÖPNV in Deutschland geführt werden – insbesondere vor dem Hintergrund umweltpolitischer und sozialpolitischer Fragestellungen – geht die ASEAG von einer kurz- bis mittelfristigen Erholung der Nachfrage aus, sobald sich ein Ende der Corona-Pandemie abzeichnet. Effekte daraus lassen sich jedoch zurzeit nicht beziffern. Dabei wird es auch zu Tarifwanderungsbewegungen von relativ teuren Gelegenheitsnutzer-Produkten zu Stammnutzer-Produkten kommen, sodass hiermit nicht zwangsweise Mehrerlöse verbunden sind. Andere wichtige Erlöspositionen wie Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung (§ 11a ÖPNVG-NRW) und für Schwerbehinderte (§§ 228 ff. SGB IX), sowie Zuschüsse für das Mobilitätsticket (Sozialticket) werden als konstant angesehen. Für die Entwicklung der Dieselpreise sind abgeschlossene Dieselswaps und die zum Planungszeitpunkt bekannte Forward-Kurve für Dieselswapgeschäfte für ungesicherte Mengen in die Planung eingeflossen.

Die Fahrgastzahlen sind im Stammgebiet im Jahre 2020 Corona-bedingt stark rückläufig gewesen und werden sich auch im Jahr 2021 aufgrund der zu Beginn des Jahres bestehenden

Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie wahrscheinlich nicht wieder erholen. Vor dem Hintergrund der gestarteten Impfungen und scheinbar auch ersten Erfolgen bei der Linderung von Corona-Symptomen geht die ASEAG von einer Stabilisierung der Nachfrage in der zweiten Jahreshälfte 2021 aus, die aber frühestens im Jahr 2022 nachhaltig wirken kann. Wann die guten Zahlen und der stabile positive Nachfragetrend aus 2019 wieder erreicht werden, lässt sich derzeit nicht gesichert sagen und hängt neben den zurzeit günstigen politischen Rahmenbedingungen für den ÖPNV maßgeblich von den möglichen Langzeitwirkungen der Corona-Pandemie auf das Verbraucherverhalten ab. Die Fahrgastzahlen im Jahr 2020 sind im Wesentlichen durch ein trotz Corona-Pandemie recht stabiles Kaufverhalten im Stammkundensegment und ein in Abhängigkeit der jeweiligen Corona-Situation sehr schwankendes Nachfrageverhalten der Gelegenheitskunden zu erklären. Da die ASEAG bei den Stammkunden zwar über ein recht stabiles Kaufverhalten berichten kann, aber gleichzeitig davon ausgeht, dass die erworbenen Karten in geringerem Umfang als in den Vorjahren genutzt wurden, werden erstmalig zwei Angaben zu den statistischen Fahrgastzahlen angegeben. Vor dem Hintergrund, dass es im Jahr 2020 trotz Corona-Krise gelungen ist, weitere Arbeitgeber vom Job-Ticket zu überzeugen und inzwischen entsprechende Verträge zu unterzeichnen, blickt die ASEAG insgesamt optimistisch in die Zukunft und geht davon aus, dass sich die Nachfrage mittelfristig wieder stabilisieren wird. Hierzu werden auch die mit der Vision 2027 der ASEAG diskutierten angebotsseitigen Maßnahmen ihren Teil beitragen.

Nachdem im Jahr 2020 das Ergebnis auf Planniveau lag, wird für das Geschäftsjahr 2021 Corona-bedingt ein Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 40,5 Mio. Euro gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan erwartet. Dabei

wirken sich neben Einnahmenrückgängen aufgrund der Corona-Pandemie auch höhere Abschreibungen durch moderne Fahrgastinformationsmedien (z. B. Dynamische Fahrgastinformationssäulen, Internet und APPs), zeitgemäße Vertriebsinfrastruktur (z. B. elektronisches Fahrgeldmanagement) und Fahrzeuge mit modernen Antriebsformen (Euro 6- oder Elektrobusse) kostentreibend aus, ohne dass im verbliebenen Geschäft wesentliche Einsparungen generiert werden können. So hat die ASEAG zur Erhaltung ihres hohen technischen Standes ihrer Busflotte in den Jahren 2019 und 2020 zahlreiche neue Dieselbusse und sieben E-Solobusse angeschafft. Im ersten Halbjahr 2021 stehen weitere fünf E-Solobusse und fünf E-Gelenkbusse zur Auslieferung an, die für 2020 geplant waren, bevor dann zum Jahreswechsel 2021/2022 zehn weitere E-Gelenkbusse in Betrieb genommen werden sollen.

Aufgrund der Corona-Pandemie kommt es für das Geschäftsjahr 2020 anstelle einer positiven Ergebnisabführung der APAG an die ASEAG zu einer Verlustübernahme. Das Ergebnis liegt im Geschäftsjahr 2020 mit -1.775 TEuro deutlich unter dem Planniveau. Für die mittelfristige Zukunft erwartet die APAG weiterhin ein Ergebnis von über 1,5 Mio. Euro, wobei eine erwartete Teilschließung des Parkhauses Rathaus das Ergebnis 2022 erheblich zusätzlich belasten wird. Diese gegenüber den Vorjahren moderatere Einschätzung der Ergebnissituation beruht im Wesentlichen darauf, dass umfangreiche Sanierungsarbeiten, insbesondere beim Parkhaus Rathaus, aber auch in anderen Objekten entsprechend belastend auf das Ergebnis einwirken. Dabei kommt auch zum Tragen, dass Kosten für Betonarbeiten aufgrund der guten Auslastung der Unternehmen teilweise sich sehr volatil entwickeln. Nachdem es nach der Eröffnung des Aquis Plaza zu einer Neusortierung der Kundenströme im Parkbereich gekommen war, hatte sich inzwischen ein neuer,

stabiler Zustand eingestellt. Durch die Schließung des Parkhauses Büchel im Geschäftsjahr 2020 wird der Prozess nun erneut angestoßen.

Durch die Teilnahme am Förderprojekt „Mobility Broker“ hatte die ASEAG im Jahr 2017 die technische Basis geschaffen, um den Kunden ein multimodales Verkehrsangebot zu unterbreiten. Durch konsequente Fortentwicklung dieser Mobilitätsplattform hat die ASEAG im Herbst 2019 unter dem Namen movA eine neue App am Markt platziert, über die auch der ÖPNV-Ticketverkauf ermöglicht wird. Gleichzeitig ist diese Technologie die Basis, mit der die ASEAG die betriebliche Mobilität von Firmenkunden gestalten kann. Die IT-seitige Weiterentwicklung dieser Technologie erfolgt seit Oktober 2019 in der gemeinsam mit der regio iT gegründeten Better Mobility GmbH. Diese Gesellschaft wird die technische Lösung dann außerhalb der StädteRegion Aachen insbesondere anderen Verkehrsbetrieben zur Nutzung anbieten und konnte im Geschäftsjahr 2020 die Ausschreibung der Rheinbahn AG aus Düsseldorf gewinnen. Auf den lokalen Markt in der StädteRegion Aachen besteht bei mehreren Geschäftspartnern großes Interesse. Neue Abschlüsse konnten aber erst zu Beginn des Geschäftsjahrs 2021 verzeichnet werden. Ein Grund ist neben der Erklärungsbedürftigkeit des Produktes auch die Corona-bedingte Zurückhaltung bei der Gestaltung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements. Mit Abnahme der Corona-bedingten Einschränkungen geht die ASEAG hier von einer anziehenden Nachfrage aus, da über die movA-App Kundenanforderungen deutlich individueller abgebildet werden können als in der klassischen ÖPNV-Vertriebslandschaft. Bei allen Nachteilen, die die Corona-Pandemie für den ÖPNV mitbringt, so zeigt sich auch im ÖPNV, dass die Pandemie ein deutlicher Treiber der Digitalisierung ist – es kam im Geschäftsjahr 2020 zu einem sprunghaften Anstieg der online-verkauften Tickets.

Die zu Beginn des Geschäftsjahres 2021 aufgrund des Corona-Virus bestehenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens werden auch das kommende Geschäftsjahr negativ beeinflussen. In die Wirtschaftsplanung sind zwar solche negativen Effekte eingeflossen, aber ob dies ausreicht, ist aktuell nicht final zu beurteilen und hängt von der Fortdauer des Ereignisses ab. Dabei gilt wie im Jahr 2020 auch, dass Umsätze im Gelegenheitsverkehr und bei kurzfristig zu nutzenden Zeitkarten besonders gefährdet sind.

Die Energieversorgung im Aachener Stadtgebiet und im städteregionalen Umfeld ist durch die Corona-Krise weder gefährdet noch beeinträchtigt. Die **STAWAG** hat hierfür weitreichende Maßnahmen ergriffen, um eine möglichst geringe Gefährdung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherzustellen.

Mögliche mit der Corona-Krise verbundenen Ertragseinbußen der STAWAG im Geschäftsjahr 2021 können derzeit noch nicht quantifiziert werden. So werden sich weiterhin pandemiebedingte rückläufige Absatz- und Durchleitungsmengen, vor allen Dingen im Gewerbe- und im Industriekundenbereich, ergeben. Überdies bestehen weiterhin höhere Risiken durch Forderungsausfälle. Gegenläufig könnte sich die kalte Witterung zu Anfang des Jahres oder auch eine erhöhte Absatzmenge im Privatkundensegment, insbesondere im Strombereich, auswirken. Da eine belastbare Einschätzung über den Geschäftsverlauf 2021 aktuell nicht möglich ist, beschränken sich nachfolgend aufgezeigte Mengenentwicklungen und finanzielle Kennzahlen auf die in der Wirtschaftsplanung 2021 zugrunde gelegten Planwerte. Aufgrund der im Jahresabschluss 2020 signifikanten Erhöhung der bilanzierten Drohverlustrückstellungen für das TKL wird sich ab dem Geschäftsjahr 2021 aber eine deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen Ertragskraft gegenüber der Wirtschaftsplanung 2021 ergeben.

Aus vertrieblicher Sicht ist aufgrund von erwarteten Kundenverlusten im Privat- und im Gewerbekundenbereich und aufgrund einer Fokussierung auf kleine bis mittelgroße Abnehmer mit entsprechenden Renditeanforderungen im Strombereich ein Mengenrückgang gegenüber dem Vorjahr zu erwarten. Auch in der Gaspartie ist von einem leichten Kundenrückgang im Privat- und Gewerbekundenbereich auszugehen, der jedoch durch einen Kundenzuwachs im Industrie- und Geschäftskundensegment überkompensiert wird. Im Wasserbereich wird gegenüber dem Vorjahr mit einem eingeschwungenen Verbrauch bei gleichbleibendem Kundenbestand gerechnet. Im Bereich Wärmecontracting ist aufgrund von Akquise-Erfolgen im Geschäftsjahr 2021 ebenfalls ein Mengenzuwachs zu erwarten.

Mengenentwicklung Vertriebsgeschäft

Sparte	Ist 2020	Plan 2021	Abw.	Abw. (%)
Strom (Mio. kWh)	729	663	-66	-9,1
Gas (Mio. kWh)	1.107	1.236	+129	+11,7
Wasser (Mio. m ³)*	16	15	-1	-6,3
Wärmecontracting (Mio. kWh)	10	14	+4	+40,0

* ohne Verlustmengen

Nachdem die Temperaturen im Jahr 2020 über dem langjährigen Mittel lagen, dürfte im Falle eines Jahres 2021 mit normalen Temperaturen der witterungsabhängige Teil der Gas- und Stromnachfrage stimuliert werden. Der konjunkturabhängige Teil der Strom- und Gasnachfrage ist insbesondere vom weiteren Verlauf der Pandemie-Entwicklung abhängig.

Netzausspeisung Regionetz

Sparte	Ist 2020	Plan 2021	Abw.	Abw. (%)
Strom (Mio. kWh)	2.152,6	2.264,6	+112,0	+5,2
Gas (Mio. kWh)	5.456,6	5.740,5	283,9	+5,2

Insgesamt wird die operative Ertragskraft der STAWAG im Geschäftsjahr 2021, neben dem deutlich positiven Effekt, der sich aus der fortan sukzessiven Inanspruchnahme der gebildeten Drohverlustrückstellung für den defizitären Betrieb des TKL ergibt, weiterhin durch hohe Aufwendungen für die Altersversorgung aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase belastet. Insgesamt ist aber davon auszugehen, dass der geplante Ergebnisbeitrag von rund 24,7 Mio. Euro deutlich überschritten wird und die STAWAG im Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnisniveau von etwa 35 Mio. Euro erzielen wird.

Finanzielle Kennzahlen

Kennzahl	Ist 2020	Plan 2021	Abw.	Abw. (%)
Umsatzerlöse (TEuro)	311.948	294.405	-17.543	-5,6
EBITDA (TEuro)	-51.150	-3.190	47.960	93,8
EBIT (TEuro)	-56.725	-9.363	47.332	83,5
EBT (TEuro)	-20.471	24.686	45.157	220,6

Die STAWAG wird im Geschäftsjahr 2021 weiterhin stetig das Ziel verfolgen, die einzelnen Geschäftsfelder vor dem Hintergrund der sich zunehmend ändernden Marktbedingungen weiterzuentwickeln und zu optimieren. Dazu wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Projektentwicklung und die Stabilisierung des vertrieblichen Stammgeschäftes fortgesetzt. Ein Schwerpunkt der STAWAG liegt darüber

hinaus auf der Steuerung und auf der Weiterentwicklung der Regionetz und auf der Nutzung weiterer Synergiepotenziale. Eine weiterhin positive Ergebnisentwicklung erwartet die STAWAG auch aus ihren wachsenden Geschäftsaktivitäten im Bereich der Rekommunalisierung und im energiewirtschaftlichen Kundenservice sowie im Prozess- und Dienstleistungsbereich.

Ferner hat sich die STAWAG bis 2030 fünf Ziele für eine klimafreundliche Energieversorgung gesetzt. Dazu gehört die Versorgung der Stadt Aachen mit Strom aus eigenen regenerativen Energieerzeugungsanlagen, die Förderung klimafreundlicher Mobilität, die klimafreundliche Fernwärme-Erzeugung auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung, Tiefengeo- und Solarthermie, die Förderung der Energieeffizienz, z.B. durch Anreize zum Energiesparen für Endkunden und die Ausrichtung innerbetrieblicher Prozesse nach Anforderungen des Klimaschutzes, wie z.B. Förderung des Fahrradfahrens.

Die **regio iT** setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden auch weiterhin organisch zu wachsen. Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit Partnern in kommunaler Trägerschaft steht die regio iT weiterhin offen gegenüber. Für den Markt der Informationstechnik wird nach dem Corona bedingten Einbruch wieder von einem Wachstumspfad ausgegangen: Mit einem voraussichtlichen Umsatz von 98,6 Milliarden Euro und einem Wachstum von 4,2 Prozent im Jahr 2021 wird dieser innerhalb der Informations- und Kommunikationstechnik-Branche (ITK-Branche) wieder als Wachstumstreiber gesehen. Mit einem Volumen von 27 Milliarden Euro legt das Software-Segment voraussichtlich auch wieder zu (+4,1 Prozent). Auch die IT-Services verzeichnen mit einem voraussichtlichen Plus von 1,1 Prozent ein Wachstum auf ein Marktvolumen von 40 Milliarden Euro. Nachdem das

Segment IT-Hardware auch im Krisenjahr 2020 mit beachtlichen 3,2 Prozent gewachsen ist, wird für 2021 sogar von einem Wachstum von 8,6 Prozent ausgegangen. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet auch weiterhin Chancen für die regio iT. Durch das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen und -Technologien, ist die regio iT auf diese Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Stärkstes Wachstumsthema wird hierbei die digitale Transformation sein. In diesem Themenfeld investieren insbesondere auch die deutschen Behörden, denn es besteht immer noch Nachholbedarf. Experten gehen davon aus, dass sich mittels Digitalisierung die Aufwände für öffentliche Dienstleistungen bei Behörden und Bürgern um die Hälfte reduzieren ließen. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat in vielen Verwaltungsprozessen und im Bildungsbereich die Digitalisierungspotenziale klar aufgezeigt. Angefangen bei Themen wie mobilem Arbeiten & Lernen bis hin zu IT-gestützten Schnittstellen bzw. Datenaustausch zwischen verschiedenen Behörden.

Ein Engpassfaktor für das Wachstum ist jedoch nach wie vor der Fachkräftemangel. Grundlage der Markteinschätzung für 2020/2021 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM. Darüber hinaus ist die regio iT auch im Jahr 2021 bei innovativen und geförderten Forschungsprojekten in Konsortien vertreten. So beschäftigt sich die regio iT bereits seit mehreren Jahren mit den Entwicklungen rund um die Blockchain-Technologie (Distributed Ledger Technology), um Erfahrungen hinsichtlich möglicher Einsatzszenarien für Kommunen und kommunale Unternehmen zu sammeln und ihrem Kundenkreis entsprechende Lösungen anbieten zu können.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2021 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. Euro):

Finanzielle Leistungsindikatoren (Mio. Euro)	Ist 2020	Plan 2021	Abw. I/P abs.	Abw. I/P %
Gesamtumsatz	122,3	122,5	0,2	0,2
davon				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	84,1	88,2	4,1	4,9
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	12,1	11,8	-0,3	-2,5
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	18,6	14,8	-3,8	-20,4
Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	9,9 %	9,6 %	-	-
Rohergebnis/-ertrag ¹⁾	70,6	75,3	4,7	6,7
Personalkostenquote ²⁾	38,1 %	41,6 %	-	-
Ergebnis vor Steuern	5,6	4,0	-1,6	-28,6
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	4,6 %	3,3 %	-	-

1) Rohergebnis = (Umsatz + sonstige Erträge + aktivierte Eigenleistungen/BV) ./ Materialaufwand

2) Personalkostenquote = Personalkosten (inkl. fremdl. Beamte) / Umsatz

Für das Geschäftsjahr 2021 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb mit 88,2 Mio. Euro eine Steigerung von 4,1 Mio. Euro. Neue Produkte, bei denen Wachstumschancen gesehen werden, sind das Produkt Virtual Desktop Infrastructure (VDI), Produkte im Bereich Intelligentes Messwesen für die Energieversorgungswirtschaft, Full-Service-Dienstleistungen im Schulbereich und (Bürger-) Portallösungen/Digitalisierung im kommunalen Umfeld (Modellregionen). Zudem ergeben sich auch weiterhin Umsatzpotenziale im Kundenkreis bzw. durch die übernommenen Kundenverträge des Civitec.

Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung gehen wir bei einem geplanten Wert von 11,8 Mio. Euro in etwa vom Vorjahresniveau aus. Auch weiterhin ist es das Ziel der regio iT, Umsätze aus Projektleistung und Beratung in Höhe von ca. 10 Prozent des Gesamtumsatzes zu erwirtschaften. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen (2020) sowie umfangreichen Projekt-/Beratungsanfragen über alle Unternehmensbereiche und Kundengruppen hinweg wird dieses Umsatzniveau als realisierbar eingeschätzt. Treiber sind insbesondere Projekt-/Beratungsanfragen im Kontext der Digitalisierung von Kommunen (Modellregionen) und Schulen sowie Energie & Mobilität. Erkennbar ist, dass die Kunden entsprechende Budgets für den Weg der Digitalisierung eingeplant haben bzw. derzeit auch vielfältige Fördermittel bereitstehen. Zusammen mit unseren Consultants wurden auch schon entsprechende Förderanträge mit konkreten Projektskizzen für Landes-/Bundesmittel gestellt. Den vielfältigen Chancen im Kontext dieser Zukunftsthemen stehen aber auch Budgetrisiken entgegen, insbesondere bei der Fragestellung der Bewilligung der Fördermittel für unsere Kunden und damit auch mittelbar für die regio iT.

Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft erwarten die regio iT nach den hohen Einmaleffekten im Pandemiejahr 2020 zwar rückläufige Erlöse (-3,8 Mio. Euro), die aber voraussichtlich mit 14,8 Mio. Euro nach wie vor auf sehr hohem Niveau liegen werden. Trotz der positiven Marktprognose verbleibt das Risiko, dass die Hersteller der hohen Nachfrage nur mit sehr langen Lieferzeiten begegnen können.

Wesentlichste gegenläufige Kostenposition sind die Personalkosten. Hier erwarten wir eine Steigerung von 46,6 Mio. Euro auf 50,9 Mio. Euro.

In der Folge erwartet die regio iT für 2021 eine Steigerung des Rohergebnisses von 70,6 Mio. Euro auf 75,3 Mio. Euro, bei einem Rückgang des Ergebnisses vor Steuern von 5,6 Mio. Euro auf 4 Mio. Euro. Dieses liegt dann um 1,6 Mio. Euro unter dem durch Einmaleffekte geprägten Niveau des Berichtsjahres 2020.

Zusammenfassend geht die regio iT trotz der anhaltenden Corona-Pandemie von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2021 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können.

Das Beteiligungsergebnis der regio iT ist phasenverschoben. Für das Wirtschaftsjahr 2021 wird das anteilige Ergebnis in Höhe von 0,9 Mio. Euro des Jahresüberschusses des Geschäftsjahres 2020 erwartet.

Für das Beteiligungsergebnis **gewoge** wurden in der Wirtschaftsplanung rund 0,2 Mio. Euro angenommen. Es wird davon ausgegangen, dass die Ausschüttung der Dividende 2020 auf Planniveau im Sommer 2021 erfolgt.

IV. Chancen- und Risikobericht

Entsprechend § 91 Abs. 2 Aktiengesetz hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem eingerichtet, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess führen regelmäßige Risiko-Inventuren nach einem konzerneinheitlichen Verfahren zu einer vollständigen Dokumentation aller Einzelrisiken. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die Gefahren und Chancen, die sie in ihren Bereichen erkannt haben, durch Abschätzung der Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren. Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an die Leitungsorgane der Gesellschaft sowie deren Aufsichtsgremien zusammen. Aus den Ergebnissen der Risiko-Inventuren werden Maßnahmen zur Steuerung, zur Begrenzung und zur Minderung der Risiken abgeleitet. Die Risiken der E.V.A. sind aufgrund ihres Geschäftsmodells wenig operativ induziert. Diese liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG.

Die Risikolage der STAWAG sowie ihrer Tochtergesellschaften Regionetz, STAWAG Energie und FACTUR steht zum Stichtag 31. Dezember 2020 weiterhin im Zeichen der Fortentwicklung der deutschen Energiewende. Maßgebend war das im August 2020 verabschiedete Gesetz zur Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung, wonach Braunkohlekraftwerke nach einem festen Zeitplan bis 2038 kontinuierlich vom Netz genommen werden und Steinkohlekraftwerke nach einem Auktionsverfahren mit

Stilllegungsprämie oder durch ordnungsrechtliche Anordnung voraussichtlich bis spätestens 2033 abgeschaltet werden. Auch bei den Strombörsenpreisen waren im Jahr 2020 pandemiebedingt keine Kennzeichen von Erholung sichtbar. Die STAWAG geht daher nicht mehr davon aus, dass perspektivisch noch positive Deckungsbeiträge aus dem Kraftwerksbetrieb des Steinkohlekraftwerks Lünen erzielt werden können und bildet die zukünftig zu erwartenden Verluste nunmehr vollumfänglich im Jahresabschluss 2020 ab.

Im Betrieb des Gasspeichers EPE zeigte sich im Jahr 2020 zwar eine leichte Erholung, die sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen könnte, doch rechnet die STAWAG weiterhin nicht mit positiven Deckungsbeiträgen.

Am Ausbau regenerativer Stromerzeugungsanlagen beteiligt sich die STAWAG mit ihrer 100-prozentigen Tochter STAWAG Energie seit vielen Jahren. Dies erfolgt unter der Anwendung des jeweils gültigen Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Nach der EEG-Reform 2017 wird die Höhe der Förderung nicht mehr vom Gesetzgeber vorgegeben, sondern durch ein wettbewerbliches Ausschreibungsverfahren ermittelt. Die STAWAG Energie beteiligt sich an solchen Ausschreibungsverfahren, sieht den Grund für das schleppende Ausbautempo regenerativer Anlagen jedoch mehr im Genehmigungsprozess als im Ausschreibungsverfahren. Aus der EEG-Novelle 2021 könnten sich Chancen für den Ausbau von PV-Anlagen entwickeln.

Die anhaltend niedrigen Kapitalmarktzinsen gestatten weiterhin zinsgünstige Fremdkapitalaufnahmen in allen Vertragslaufzeiten bei STAWAG und Regionetz, führen im Gegenzug aber in 2020 und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in den kommenden Jahren wieder zu erhöhten Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen bei der STAWAG, der FACTUR und der Regionetz. Diese wirtschaftliche Zusatzbelastung durch

das prognostizierte Absinken des Rechnungszinssatzes ist in der aktuellen mittelfristigen Wirtschaftsplanung bis 2025 berücksichtigt. Darüber hinaus gehören die unbeeinflussbaren Wetterrisiken mit ihren positiven und negativen Effekten auf die Absatzmengen unverändert zum Geschäftsmodell der STAWAG. Die im Geschäftsjahr 2020 weitreichend durchgeführte Risikovorsorge für den konventionellen Kraftwerksbereich bedeutet für die STAWAG, dass sie in Zukunft ihre Ergebnislage signifikant und dauerhaft verbessern kann. Chancenreich und strategisch bedeutend bleibt für die STAWAG weiterhin ihre in der Regionetz bestehende Netzkooperation mit der EWW. Die Regionetz engagiert sich sehr für ihre bestehenden und die Übernahme neuer Konzessionen und investiert regelmäßig in den Erhalt ihrer Strom- und Gasnetze. Auch die Ausweitung des Dienstleistungsgeschäftes bietet die Chance, das Know-how im Kerngeschäft Netze bei anderen Kommunen einzubringen und nachhaltige Ergebnisbeiträge sicherzustellen. Die auf dem Gebiet regenerativer Energien spezialisierte Tochtergesellschaft STAWAG Energie hat schon eine Vielzahl unterschiedlichster Projekte erfolgreich umgesetzt und unterstreicht damit ihre Kompetenz zur Erschließung neuer Wertschöpfungsbereiche, sodass die aus diesem Geschäftsfeld zukünftig zu erwartenden wirtschaftlichen Erfolge die Risiken übersteigen werden.

Aus heutiger Sicht sind daher keine Risiken zu erkennen, die den Fortbestand der STAWAG-Gruppe oder einzelner Segmente im Berichtszeitraum gefährdet haben oder über diesen hinaus gefährden könnten.

Im Risikoportfolio der ASEAG zum 31. Dezember 2020 ist das Risiko einer Pandemie neu aufgenommen worden. Auch wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit einer erneuten Pandemie in den kommenden Jahren nach der derzeit bestehenden Corona-Pandemie als gering eingestuft wird, so zeigt sich doch in der derzeitigen Pan-

demie, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen erheblich sind. Für das Geschäftsjahr 2020 werden diese Auswirkungen in großen Teilen durch den ÖPNV-Rettungsschirm aufgefangen und auch für das Geschäftsjahr 2021 bestehen gute Chancen, dass es zu einem zweiten ÖPNV-Rettungsschirm kommen wird. Dennoch wird die Corona-Pandemie die seitens der Politik angestrebte Verkehrswende hin zu mehr umweltfreundlicher Mobilität – wozu auch der ÖPNV zählt – zumindest kurzfristig bremsen. Mittel- bis langfristig wird davon ausgegangen, dass in städtischen Räumen der Trend hin zum ÖPNV wieder einsetzen wird.

Aktuelle Zinsprognosen, die einen stark absinkenden Abzinsungssatz für die Bewertung der Pensionsrückstellungen beinhalten, sind in die mittelfristige Wirtschaftsplanung der ASEAG eingeflossen. Dennoch können sich weiter verändernde Rahmenparameter (Zinssätze/-prognosen, Tarifabschlüsse) zu zusätzlichen erheblichen Ergebnisbelastungen entwickeln. Dagegen konnten die Zusatzbelastungen aus dem im Jahr 2010 geänderten BilMoG bereits im Jahr 2017 abgeschlossen werden. Um insgesamt die Abhängigkeit der Pensionsrückstellungen von der Zinsentwicklung zu reduzieren, hat die ASEAG den Durchführungsweg für neu zu schaffende Altersvorsorge im Jahr 2016 geändert. Dies ermöglicht eine andere bilanzielle Darstellungsweise, ohne dass jedoch dadurch die letztendlich zu zahlende Altersvorsorge in der Höhe beeinflusst wird. Der für die ASEAG durch die Direktvergabe bestehende Bestandschutz bis 2027 trägt auch darüber hinaus kein Risiko, sofern der politische Wille hierzu gegeben ist. Daran hindert auch die aktuelle Rechtsprechung zur Inhouse-Vergabe nach § 108 GWB nichts. Wurde vor der Corona-Pandemie das Risiko einer erneuten Korrektur des Beteiligungswertes der APAG als eher gering angesehen, so hat dieses Risiko vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie wieder an Bedeutung ge-

wonnen. Zum einen ist zurzeit nicht vorhersehbar, wie sich die Pandemie auf die Innenstädte und damit die Parkhausnutzung auswirkt und zum anderen hat die Pandemie gezeigt, wie sensibel der Betrieb von Parkhäusern auf ein Ereignis einer Pandemie reagiert. Dies könnte dazu führen, dass entsprechende Risikofaktoren bei der Unternehmensbewertung ungünstiger ausfallen werden und somit den Unternehmenswert der APAG reduzieren. Zunehmende Instandhaltungsaufwendungen stellen eine weitere Herausforderung dar. Als stabilisierender Effekt auf den Unternehmenswert ist das derzeitige niedrige Zinsniveau anzusehen. Insgesamt gilt es, das Bewertungsrisiko der Beteiligung stets zu überwachen. Das Kostenrisiko bei der Beauftragung der Subunternehmer, das aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz aus dem Jahr 2012 entstanden war, ist entfallen, jedoch verbleibt das Risiko eines schleichenden, überproportionalen Kostenanstiegs, da die ASEAG in Zukunft mit einem deutlich stärkeren Tarifpartner zu verhandeln hat. Die aktuellen Schwierigkeiten aller Verkehrsunternehmen bei der Personalbeschaffung verstärken diesen Effekt sicher noch, weswegen dieser Sachverhalt in der Wirtschaftsplanung adäquat berücksichtigt wurde.

Weitere wesentliche Risiken ergeben sich aus Umweltbelangen. Sie machen es erforderlich, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Themen wie Umweltzone oder Dieselfahrverbote gehören inzwischen zum Alltag oder konnten durch Vergleiche vorerst beigelegt werden. Dennoch ist zu erwarten, dass durch die Clean Vehicles Richtlinie der EU weiterhin umweltpolitischer Druck auf der ASEAG lasten wird, da von der ASEAG als kommunales Unternehmen sicher in weiten Teilen eine Vorreiterrolle im Hinblick auf umweltfreundliche Technologien erwartet wird. Bei der Finanzierung dieser Maßnahmen setzt

die ASEAG weiterhin auf Förderprogramme des Landes bzw. Bundes und auf die Co-Finanzierung durch die Aufgabenträger als Besteller der Verkehrsleistungen.

Auch zukünftig bleibt ein wesentliches Risiko der ASEAG die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln. Sie variieren je nach Ticketart, unterliegen in der Regel keiner Dynamisierung und stehen häufig zur jährlichen Disposition an bei Haushaltsplanungen, sodass damit stets die Notwendigkeit verbunden ist, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete finanzielle Maßnahmen zu kompensieren. Die Verkehrsverbünde gehen derzeit davon aus, dass es aufgrund starker Gegenbewegungen unterschiedlichster Interessenvertreter in NRW während dieser Legislaturperiode keinen erneuten Versuch zur Mittelkürzung durch die Landesregierung geben wird.

Die E.V.A. nimmt im Konzern Querschnittsfunktionen in Form von Dienstleistungen wahr und ist darüber hinaus eine geschäftsführende Holding sowie eine steuerliche Organträgerin. Damit trägt sie sämtliche steuerliche Risiken aus den angeschlossenen Organgesellschaften, die sich aus den Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben.

Für erkennbare Risiken aus Betriebsprüfungen wird durch Rückstellungsbildung rechtzeitig vorgesorgt. Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass steuerliche Vorgänge zunehmend komplexer geworden sind, schwieriger zu deklarieren sind und sich zuweilen stark von der wirtschaftlichen Beurteilung in der Handelsbilanz entfernen können. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind allerdings aktuell nicht erkennbar.

Das Geschäftsergebnis der E.V.A. wird in hohem Maße von der Entwicklung der Ergebnisse im Energiebereich der STAWAG und von den Verlusten im ÖPNV-Bereich der ASEAG bestimmt. Tendenziell besteht hieraus die Gefahr einer Ergebnis- und Liquiditätsunterdeckung. Die im Geschäftsjahr 2020 von der STAWAG in hohem Maße gebildete Risiko-Vorsorge für künftige Verluste aus dem Steinkohlekraftwerksbetrieb Lünen lässt jedoch erwarten, dass die zukünftige Ertragskraft des Energiebereichs deutlich ansteigen wird und sich zunehmend kompensatorisch gegenüber den ÖPNV-Verlusten auswirkt. Hierzu leistet die Gesellschafterin der E.V.A. – die Stadt Aachen – mit einer Ausgleichszahlung in Höhe von 33,1 Mio. Euro für das Geschäftsjahr 2020 einen entscheidenden Beitrag im Zuge des bestehenden E.V.A.-Finanzierungskonzeptes. Die seitens der Stadt Aachen dann bisher geleisteten Ausgleichszahlungen belaufen sich damit auf rund 61 Mio. Euro. Das Risiko einer Überschreitung der vertraglich festgelegten Ausgleichsverpflichtung in Höhe von 70 Mio. Euro wird nach derzeitigem Kenntnisstand durch die im Jahr 2020 getroffenen Maßnahmen minimiert. Aus diesem Grund sieht die E.V.A.-Geschäftsführung momentan kein Risiko einer mittelfristigen Unterkapitalisierung der E.V.A. Aus finanzwirtschaftlicher Sicht kann sich die E.V.A. zwar weiterhin kurzfristige Liquidität über den konzerninternen Cash-Pool beschaffen, wird mittelfristig aber möglicherweise nochmals auf die Vergabe von Darlehen der ASEAG oder der Stadt Aachen zurückgreifen müssen.

Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation zeigt, dass die Gesellschafterin mit dem verabschiedeten Finanzierungskonzept den langfristigen Fortbestand der E.V.A. sicherstellt und der steuerliche Querverbund insofern weiterhin tragfähig ist. In Zukunft kommt es insofern verstärkt darauf an, dass das im Finanzierungskonzept begründete Gleichgewicht zwischen ÖPNV-Verlusten und energiewirtschaftlichen Gewinnen erhalten bleibt oder zusätzliche Mittel durch die Gesellschafterin in angemessener Höhe bereitgestellt werden. Konkretisierte Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften, soweit zulässig, durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt bzw. in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften abgebildet.

Berichterstattung

nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NW

Gesellschaftsvertragsmäßiger Gegenstand der E.V.A. ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Durchführung von Entsorgungsaufgaben sowie der öffentliche Nahverkehr, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr, die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen, die Verwaltung von Vermögen in der StädteRegion Aachen und deren Umgebung sowie die Erbringung unterstützender Verwaltungsdienstleistungen zur Deckung des Eigenbedarfs ihrer kommunalen Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern.

Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gesellschaft ist eine geschäftsleitende Holding-Gesellschaft. Sie hat die Aufgabe, nach Maßgabe abzuschließender Unternehmensverträge (§ 291 AktG) die Leitung der STAWAG und der ASEAG zu übernehmen sowie den Gewinn- und Verlustausgleich vorzunehmen. Sie kann weitere Beteiligungen halten und auch gegenüber weiteren Unternehmen als geschäftsführende Holding tätig werden.

Die im Lagebericht und im Anhang für die E.V.A. und für den Konzern gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft den aus ihrer satzungsmäßigen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecken auch im Jahr 2020 voll gerecht wurde.

Aachen, den 10. Mai 2021

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

Die Geschäftsführung



Dr. Christian Becker



Michael Carmincke

Jahresabschluss >>

Bilanz zum 31. Dezember 2020

Aktiva	Anhang	31.12.2020 Euro	31.12.2019 TEuro
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Software		214.541,00	115
2. Geleistete Anzahlungen		80.934,09	4
		<u>295.475,09</u>	<u>119</u>
II. Sachanlagen			
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung		103.740,00	131
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		530.884,64	155
		<u>634.624,64</u>	<u>286</u>
III. Finanzanlagen	_ 1		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		53.722.346,11	53.722
2. Beteiligungen		2.796.746,45	2.808
3. Sonstige Ausleihungen		6.795,44	7
		<u>56.525.888,00</u>	<u>56.537</u>
		57.455.987,73	56.942
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	_ 2		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		130.230,53	73
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		93.248,95	23.652
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		264.165,85	4.200
4. Forderungen gegen Gesellschafter		33.103.000,00	12.820
5. Sonstige Vermögensgegenstände		4.526.176,21	8.067
		<u>38.116.821,54</u>	<u>48.812</u>
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	_ 3	27.416.077,08	14.938
		65.532.898,62	63.750
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
		14.790,75	2
		123.003.677,10	120.694

Passiva	Anhang	31.12.2020 Euro	31.12.2019 TEuro
A. Eigenkapital	_ 4		
I. Gezeichnetes Kapital		14.049.880,00	14.050
II. Kapitalrücklage		43.753.000,00	43.753
III. Verlustvortrag		-37.136.340,35	-37.487
IV. Jahresfehlbetrag (im Vorjahr Jahresüberschuss)		<u>-13.641.076,42</u>	<u>351</u>
		7.025.463,23	20.667
B. Rückstellungen			
1. Pensionsrückstellungen	_ 5	2.209.420,00	1.719
2. Steuerrückstellungen	_ 6	288.573,04	9.362
3. Sonstige Rückstellungen	_ 7	<u>1.230.692,86</u>	<u>1.210</u>
		3.728.685,90	12.291
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		294.596,63	130
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	_ 8	74.745.867,65	50.543
3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		431.481,72	287
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	_ 9	12.583.847,47	12.584
5. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>24.193.734,50</u>	<u>24.192</u>
		112.249.527,97	87.736
		123.003.677,10	120.694

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020

	Anhang	2020 Euro	2019 TEuro
1. Umsatzerlöse	_ 10	16.266.656,80	15.303
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		14.103,02	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	_ 11	1.020.309,70	164
4. Materialaufwand	_ 12		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		6.423,15	9
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		3.732.833,75	3.207
		<u>3.739.256,90</u>	<u>3.216</u>
5. Personalaufwand	_ 13		
a) Gehälter		7.793.970,69	7.827
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		1.518.843,49	1.502
		<u>9.312.814,18</u>	<u>9.329</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		126.237,52	193
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	_ 14	2.480.286,90	2.496
Betriebsergebnis		1.642.474,02	233
8. Erträge aus Beteiligungen	_ 15	1.113.901,24	1.308
9. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		0,00	31.989
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	_ 16	160.207,97	206
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	_ 17	43.266.888,45	30.344
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	_ 18	1.321.069,84	1.343
Ergebnis vor Steuern		-41.671.375,06	2.049
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	_ 19	5.020.633,36	13.791
Ergebnis nach Steuern		-46.692.008,42	-11.742
14. Sonstige Steuern		2.068,00	2
15. Ertrag aus der Ausgleichsverpflichtung	_ 20	33.053.000,00	12.095
Jahresfehlbetrag (im Vorjahr Jahresüberschuss)		-13.641.076,42	351

Anhang

Form und Darstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Vorschriften des GmbHG und des Gesellschaftsvertrags aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert. Der Einzelabschluss der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen, (E.V.A.), die eingetragen ist im Handelsregister des Amtsgerichts Aachen unter der Nummer HRB 956, wird in den Konzernabschluss der E.V.A. einbezogen. Die E.V.A. stellt den Konzernabschluss für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen auf, der zusammen mit dem Konzernlagebericht im Bundesanzeiger offengelegt wird.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten erfasst und planmäßig linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von drei bis fünf Jahren abgeschrieben.

Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. zu Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Zu den Herstellungskosten gehören die Materialkosten, die Fertigungskosten und die Sonderkosten der Fertigung sowie angemessene Teile der Materialgemeinkosten, der Fertigungsgemeinkosten und des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit diese durch die Fertigung veranlasst sind. Zinsen für Fremdkapital gehören nicht zu den Herstellungskosten.

Die Abschreibungen werden planmäßig linear und für Zugänge vor 2008 – soweit möglich – degressiv entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von einem Jahr bis 17 Jahren vorgenommen. Für Zugänge ab 2008

wird ausschließlich nach der linearen Methode abgeschrieben.

Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis 250 Euro werden sofort als Aufwendungen behandelt. Vermögensgegenstände zwischen 250 Euro und 800 Euro werden aktiviert und im laufenden Geschäftsjahr voll abgeschrieben.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Das Wahlrecht für außerplanmäßige Abschreibungen – bei voraussichtlich nicht dauernder Wertminderung – wird nicht ausgeübt. Die Anteile an der Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft, Aachen, (ASEAG) bilanziert die E.V.A. mit einem Buchwert in Höhe von 11.034 TEuro, der den Anschaffungskosten entspricht.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert. Laut den Regeln im Gesellschaftsvertrag zum § 15 Abs. 3 verpflichtet sich die Stadt Aachen zur Vermeidung einer bilanziellen Überschuldung und zur Sicherstellung des wirtschaftlichen Fortbestandes der Gesellschaft einen Betrag unter Beachtung des EU-Beihilferechts auszugleichen (die „Ausgleichspflicht“), sofern das handelsrechtliche Eigenkapital gemäß § 266 Abs. 3 A HGB vor Einbuchung des Anspruchs aus der Ausgleichspflicht die Hälfte des Eigenkapitals unterschreitet. Insgesamt ist der Verlustausgleich aller Zahlungen auf 70.000 TEuro beschränkt. Im Berichtsjahr wurde eine entsprechende Ausgleichsverpflichtung in Höhe von 33.053 TEuro bilanziert. Die Ausgleichsverpflichtungen und Zahlungen der Stadt Aachen betragen zum Bilanzstichtag insgesamt 60.789 TEuro.

Für die Pensionsrückstellungen wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Dabei wurde unter Anwendung

der Erleichterungsvorschrift des § 253 (2) Satz 2 HGB ein durchschnittlicher Marktzins aus den vergangenen zehn Jahren von 2,3 Prozent angesetzt. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB bei der Anwendung eines durchschnittlichen Marktzinses aus den vergangenen sieben Jahren (1,6 Prozent) beträgt 518 TEuro. Darüber hinaus wurde eine Bezügedynamik von 2,5 Prozent p. a. und eine altersabhängige Fluktuation nach einer konzernweit spezifischen Fluktuationstabelle zugrunde gelegt. Die angenommene Rentensteigerung beträgt 1,8 Prozent p. a. Zudem wurden die Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Der in den Rückstellungszuführungen enthaltene Zinsanteil inklusive des Effekts aus der Zinsänderung wird unter der Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen ausgewiesen. Der Zinseffekt beträgt im Geschäftsjahr 294 TEuro.

Für die Jubiläumsrückstellungen wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Dabei wurden ein Zinssatz von 1,6 Prozent sowie eine erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung von 2,5 Prozent p. a. zugrunde gelegt.

Für erkennbare Risiken und ungewisse Verpflichtungen sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung Rückstellungen gebildet worden, die mit ihren (notwendigen) Erfüllungsbeträgen passiviert wurden.

Die Verbindlichkeiten werden ebenfalls mit ihren Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Latente Steuern werden für zeitliche, sich in der Zukunft voraussichtlich umkehrende Differenzen zwischen den handels- und steuerrechtlichen Bilanzansätzen gebildet, soweit dies nach § 274 HGB zulässig ist. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt werden. Im Falle einer Steuerentlastung würde vom entsprechenden Aktivierungswahlrecht kein Gebrauch gemacht werden. Im Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine – nicht bilanzierte – aktive latente Steuer.

Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens und der Abschreibungen im Geschäftsjahr ergibt sich aus dem Anlagenspiegel.

Entwicklung des Anlagevermögens

	Stand am 1.1.2020 Euro	Zugänge Euro	Abgänge Euro	Stand am 31.12.2020 Euro
Anschaffungs-/Herstellungskosten				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Software	5.383.683,12	175.864,02	0,00	5.559.547,14
2. Geleistete Anzahlungen	3.727,50	77.206,59	0,00	80.934,09
	5.387.410,62	253.070,61	0,00	5.640.481,23
II. Sachanlagen				
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	749.747,16	23.144,50	0,00	772.891,66
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	155.329,60	375.555,04	0,00	530.884,64
	905.076,76	398.699,54	0,00	1.303.776,30
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	53.722.346,11	0,00	0,00	53.722.346,11
2. Beteiligungen	2.807.481,45	0,00	10.735,00	2.796.746,45
3. Sonstige Ausleihungen	7.069,06	0,00	273,62	6.795,44
	56.536.896,62	0,00	11.008,62	56.525.888,00
	62.829.384,00	651.770,15	11.008,62	63.470.145,53
Abschreibungen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Software	5.268.534,12	76.472,02	0,00	5.345.006,14
2. Geleistete Anzahlungen	0,00			0,00
	5.268.534,12	76.472,02	0,00	5.345.006,14
II. Sachanlagen				
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	619.386,16	49.765,50	0,00	669.151,66
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00			0,00
	619.386,16	49.765,50	0,00	669.151,66
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00			0,00
2. Beteiligungen	0,00			0,00
3. Sonstige Ausleihungen	0,00			0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00
	5.887.920,28	126.237,52	0,00	6.014.157,80
Buchwerte				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Software	115.149,00			214.541,00
2. Geleistete Anzahlungen	3.727,50			80.934,09
	118.876,50			295.475,09
II. Sachanlagen				
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	130.361,00			103.740,00
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	155.329,60			530.884,64
	285.690,60			634.624,64
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	53.722.346,11			53.722.346,11
2. Beteiligungen	2.807.481,45			2.796.746,45
3. Sonstige Ausleihungen	7.069,06			6.795,44
	56.536.896,62			56.525.888,00
	56.941.463,72			57.455.987,73

_1 Der vollständige unmittelbare und mittelbare Anteilsbesitz der E.V.A. im Sinne des § 285 Nr. 11 HGB ist in einer gesonderten Übersicht im Anhang angegeben.

_2 Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 10.695 TEuro auf 38.117 TEuro.

Bei den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** betreffen 128 TEuro (Vorjahr: 62 TEuro) Unternehmen, mit denen ein mittelbares Beteiligungsverhältnis besteht.

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** gliedern sich wie folgt:

	2020 TEuro	2019 TEuro
Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG)	0	23.591
STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie)	0	40
Regionetz GmbH (Regionetz)	2	12
FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR)	0	6
Aachener Parkhaus GmbH (APAG)	3	2
ASEAG-Reisen GmbH (ASEAG-Reisen)	88	1
STAWAG Abwasser GmbH (STAWAG Abwasser)	0	0

Bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen sind im Wesentlichen Forderungen aus dem Cash-Pooling in Höhe von 88 TEuro gegen ASEAG-Reisen enthalten.

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, setzen sich ausschließlich aus der unmittelbaren Beteiligung an der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh, Aachen, (regio iT) zusammen und betreffen vornehmlich Verwaltungsdienstleistungen.

In den **Forderungen gegen Gesellschafter** ist, neben einer Zinserstattung aus Steuererstattungsansprüchen in Höhe von 50 TEuro, eine Ausgleichszahlung in Höhe von 33.053 TEuro (Vorjahr: 12.095 TEuro) enthalten.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** beinhalten Steuererstattungsansprüche in Höhe von 4.428 TEuro sowie Zinsforderungen aus Steuern in Höhe von 95 TEuro.

Im Berichtsjahr gibt es, wie im Vorjahr, keine Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

_3 Die Position **Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten** enthält im Wesentlichen Guthaben bei Kreditinstituten aus dem Cash-Pool-Masterkonto.

_4 An dem **Stammkapital** ist die Stadt Aachen mit einer Stammeinlage von insgesamt 14.049 TEuro und die StädteRegion Aachen mit einer Stammeinlage von 1 TEuro beteiligt.

Die **Kapitalrücklage** nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB beträgt unverändert, wie im Vorjahr, 43.753 TEuro.

_5 Am 1. Januar 2012 wurde eine Betriebsvereinbarung zur betrieblichen Altersversorgung geschlossen, die den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ab dem 1. Januar 2012 einen Rechtsanspruch auf Ruhegeld gewährt.

_6 Die **Steuerrückstellungen** in Höhe von insgesamt 289 TEuro bestehen aus Körperschaftsteuerverpflichtungen nach Verrechnung von Erstattungen in Höhe von 124 TEuro und aus Gewerbesteuerpflichtungen nach Verrechnung von Erstattungen in Höhe von 165 TEuro.

_7 Die **sonstigen Rückstellungen** betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus dem Personalbereich, aus Aufwendungen für Beiträge, für Prüfungskosten, für Archivierung und für Prozesskosten.

_8 Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** nahmen um 24.203 TEuro auf 74.746 TEuro zu. Sie betreffen im Wesentlichen die ASEAG in Höhe von 58.236 TEuro (Vorjahr: 50.543 TEuro) und resultieren mit 19.646 TEuro (Vorjahr: 14.305 TEuro) aus dem Cash-Pooling, mit 4.300 TEuro aus einem Darlehen, mit 1.256 TEuro (Vorjahr: 1.549 TEuro) aus der Umsatzsteuer-Organschaftsabrechnung und mit 33.031 TEuro (Vorjahr: 30.344 TEuro) aus der vertraglichen Verlustübernahme. Bei den Verbindlichkeiten gegenüber der STAWAG in Höhe von 15.247 TEuro ist erstmalig im Geschäftsjahr ein Verlustausgleich mit 10.236 TEuro, neben weiteren Verpflichtungen von 5.237 TEuro aus anrechenbaren Steuern sowie aus der Umsatzsteuer-Organschaftsabrechnung, enthalten.

Insgesamt ergibt sich nachfolgende Übersicht:

	2020	2019
	TEuro	TEuro
Aachener Straßenbahn- und Energieversorgungs-AG (ASEAG)	58.236	50.543
Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG)	15.247	0
Unterstützungseinrichtung AKREKA GmbH (AKREKA)	1.021	0
STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie)	110	0
FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR)	94	0
ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS)	38	0

_9 Die **Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern** resultieren, wie im Vorjahr, mit 10.000 TEuro aus einem Darlehen der Stadt Aachen und mit 2.584 TEuro aus einem Darlehen der StädteRegion Aachen. Die Darlehen haben, wie im Vorjahr, eine Laufzeit von mehr als fünf Jahren. Die Restlaufzeiten sämtlicher Verbindlichkeiten zeigt die nachfolgende Übersicht:

Verbindlichkeitspiegel	31.12.2020	Restlaufzeiten			31.12.2019
	gesamt TEuro	bis 1 Jahr TEuro	größer 1 Jahr TEuro	davon größer 5 Jahre TEuro	gesamt TEuro
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	295	295	0	0	130
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	74.746	74.746	0	0	50.543
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaften, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	431	431	0	0	287
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	12.584	38	12.546	12.546	12.584
5. Sonstige Verbindlichkeiten	24.194	194	24.000	0	24.192
davon aus Steuern	128	128	0	0	129
davon aus sozialen Abgaben	0	0	0	0	0
	112.250	75.704	36.546	12.546	87.736

Die Restlaufzeiten der Vorjahresverbindlichkeiten zeigt die nachfolgende Übersicht:

Verbindlichkeitspiegel	31.12.2019 gesamt TEuro	Restlaufzeiten		
		bis 1 Jahr TEuro	größer 1 Jahr TEuro	davon größer 5 Jahre TEuro
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	130	130	0	0
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	50.543	50.543	0	0
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaften, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	287	287	0	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	12.584	38	12.546	12.546
5. Sonstige Verbindlichkeiten	24.192	192	24.000	24.000
davon aus Steuern	129	129	0	0
davon aus sozialen Abgaben	0	0	0	0
	87.736	51.190	36.546	36.546

Haftungsverhältnisse

Die bei der STAWAG zur Finanzierung von Investitionen bestehenden Darlehen in Höhe von 137.153 TEuro (Vorjahr: 143.728 TEuro) enthalten die Bedingung, dass das Beteiligungsverhältnis zur E.V.A. und der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der STAWAG und der E.V.A. in vollem Umfang aufrechterhalten bleiben.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Verträgen über IT-Dienstleistungen mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren in Höhe von 3.337 TEuro.

Finanzielle Verpflichtungen bestehen auch im Zusammenhang mit dem Ergebnisabführungsvertrag mit der ASEAG. Gemäß den Planungen der ASEAG werden sich in den nächsten Jahren weiterhin Verluste ergeben, die durch den Ergebnisabführungsvertrag von der E.V.A. ausgeglichen werden. Für das Geschäftsjahr 2021 erwartet die ASEAG einen Verlustausgleich in Höhe von 40.466 TEuro. Die Verlustausgleichsverpflichtungen sind in der Planung der E.V.A. für die kommenden Jahre bereits berücksichtigt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

_10 Die **Umsatzerlöse** aus Verwaltungsdienstleistungen gliedern sich wie folgt:

	2020 TEuro	2019 TEuro
für verbundene Unternehmen	14.502	13.772
für sonstige Kunden	1.765	1.531
	16.267	15.303

_11 Die **sonstigen betrieblichen Erträge** in Höhe von 1.020 TEuro (Vorjahr: 164 TEuro) beinhalten im Wesentlichen den Buchgewinn aus dem Teilverkauf der regio iT-Anteile in Höhe von 966 TEuro und aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 25 TEuro (Vorjahr: 120 TEuro).

_12 Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** resultieren hauptsächlich aus EDV-Leistungen in Höhe von 3.454 TEuro (Vorjahr: 2.917 TEuro). Vom gesamten **Materialeinsatz** wurden insgesamt 25 TEuro (Vorjahr: 20 TEuro) von verbundenen Unternehmen berechnet.

_13 Die **Personalaufwendungen** beinhalten die Vergütungen für durchschnittlich 119 Mitarbeiter (Vorjahr: 121), davon 89 Vollzeit- (Vorjahr: 94) und 30 Teilzeitkräfte (Vorjahr: 27). Die Aufwendungen für die Altersversorgung belaufen sich auf 201 TEuro (Vorjahr: 180 TEuro).

_14 Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** betreffen im Wesentlichen die Mieten für Geschäftsräume in Höhe von 759 TEuro (Vorjahr: 767 TEuro), die Prüfungs- und Beratungskosten in Höhe von 650 TEuro (Vorjahr: 670 TEuro), den freiwilligen Sozialaufwand und die Gesundheitsvorsorge in Höhe von 371 TEuro (Vorjahr: 344 TEuro), die Versicherungsbeiträge in Höhe von 173 TEuro (Vorjahr: 169 TEuro) sowie die Fortbildungsaufwendungen in Höhe von 87 TEuro (Vorjahr: 119 TEuro). Insgesamt wurden 774 TEuro (Vorjahr: 797 TEuro) von verbundenen Unternehmen berechnet.

_15 Die **Erträge aus Beteiligungen** resultieren mit 948 TEuro (Vorjahr: 1.142 TEuro) aus der Ausschüttung der regio iT und mit 166 TEuro (Vorjahr: 166 TEuro) aus der Dividende der gewoge.

_16 Die **sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge** resultieren mit 155 TEuro (Vorjahr: 187 TEuro) aus Steuererstattungsansprüchen.

_17 Bei den **Aufwendungen aus Verlustübernahme** handelt es sich um den Verlust der ASEAG in Höhe von 33.031 TEuro (Vorjahr: 30.344 TEuro) und erstmalig muss die E.V.A. einen Verlust der STAWAG von 10.236 TEuro übernehmen.

_18 Die **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** betreffen mit 30 TEuro (Vorjahr: 30 TEuro) die verbundenen Unternehmen und mit 38 TEuro (Vorjahr: 38 TEuro) die Gesellschafterdarlehen. In den Zinsaufwendungen sind die Zinsanteile aus Rückstellungszuführungen für Pensionen in Höhe von 294 TEuro (Vorjahr: 272 TEuro) und für Jubiläumsverpflichtungen in Höhe von 3 TEuro (Vorjahr: 4 TEuro) ausgewiesen.

_19 Für das Geschäftsjahr belaufen sich die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** auf 2.031 TEuro Körperschaftsteuer (Vorjahr: 6.161 TEuro) und auf 2.896 TEuro Gewerbesteuer (Vorjahr: 7.693 TEuro).

Ertragsteuererstattungsansprüche für Vorjahre in Höhe von -481 TEuro (Vorjahr: -63 TEuro) und Nachbelastungen in Höhe von 574 TEuro resultieren teilweise aus der letzten steuerlichen Betriebsprüfung und aus Folgejahren.

Aufgrund der unterschiedlichen Bewertungsansätze in der Handels- und Steuerbilanz ergeben sich beim Organträger und bei den Organgesellschaften im Berichtsjahr temporäre Differenzen, die gemäß § 285 Nr. 29 HGB zu erläutern sind. Hieraus ergeben sich aktive latente Steuern in Höhe von 114.420 TEuro sowie passive latente Steuern in Höhe von 5.749 TEuro. Insgesamt verbleibt ein Überhang von aktiven latenten Steuern in Höhe von 108.671 TEuro. Die sich rechnerisch ergebende Steuerentlastung wurde nach dem Wahlrecht des § 274 HGB im Berichtsjahr nicht aktiviert.

Bilanz

Bilanz-Posten >>

Die Bewertungsunterschiede und die latenten Steuern stellen sich wie folgt dar:

Bilanz-Posten	Buchwerte				Latente Steuern	
	laut Handelsbilanz TEuro	laut Steuerbilanz TEuro	Differenz TEuro	Steuersatz	aktiv TEuro	passiv TEuro
	Aktiva					
Immaterielle Vermögensgegenstände	186	186	0	32,66 %	0	0
Sachanlagen	553.112	553.481	369	32,66 %	767	-646
Finanzanlagen (Beteiligungen Kapitalgesellschaften, sonst.)	116.457	114.698	-1.759	32,66 %	699	-1.273
Finanzanlagen (Beteiligungen Personengesellschaften)	86.751	83.728	-3.023	16,84 %	2.613	-3.122
Forderungen	92.991	93.021	30	32,66 %	10	0
Vorräte	0	500	500	32,66 %	163	0
Wertpapiere UV (Beteiligungen Kapitalgesellschaften)	59	104	45	32,66 %	15	0
Wertpapiere UV (Beteiligungen Personengesellschaften)	11.667	17.510	5.843	16,84 %	991	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	1.676	1.742	66	32,66 %	22	0
Summe Aktiva	862.899	864.970	2.071		5.280	-5.048
Passiva						
Sonderposten mit Rücklageanteil (§ 5 Abs. 7 EStG)	0	2.145	-2.145	32,66 %	0	-701
Rückstellungen	554.919	220.842	334.077	32,66 %	109.110	0
Verbindlichkeiten	193.317	193.312	5	32,66 %	2	0
Rechnungsabgrenzungsposten	35.532	35.447	85	32,66 %	28	0
Summe Passiva	783.768	451.746	332.022		109.140	-701
Aktivüberhang aus Differenz			334.093		108.671	

_20 Aufgrund der Anpassung des Gesellschaftervertrags vom 10. Dezember 2013 ist die Stadt Aachen verpflichtet, denjenigen Betrag auszugleichen, der erforderlich ist, damit das handelsbilanzielle Eigenkapital gemäß § 266 Abs. 3 A. HGB der Hälfte des Stammkapitals

entspricht. Im Berichtsjahr 2020 wurde eine Forderung zur Ausgleichsverpflichtung gegen die Stadt Aachen in Höhe von 33.053 TEuro (im Vorjahr freiwilliger Ausgleichsbetrag in Höhe von 12.095 TEuro) bilanziert.

Anteils

Anteilsbesitz >>

Anteilsbesitz der E.V.A.

zum 31. Dezember 2020

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2020 TEuro
Anteile an verbundenen Unternehmen (konsolidiert)			
Stadtwerke Aachen AG (STAWAG), Aachen	162.873	100,0	0 ³⁾
STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie), Aachen	77.925	100,0 ²⁾	0 ³⁾
Regionetz GmbH (vormals INFRAWEST GmbH) (Regionetz), Aachen	269.214	50,8 ²⁾	0 ³⁾¹⁵⁾
Alsdorf Netz GmbH, (Alsdorf Netz), Alsdorf	19.604	100,0 ¹⁷⁾	7
FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR), Aachen	467	100,0 ²⁾	0 ³⁾
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG), Aachen	9.332	94,9	0 ³⁾
Aachener Parkhaus GmbH (APAG), Aachen	1.911	100,0 ¹⁾	0 ³⁾
STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath	3.883	100,0 ¹⁷⁾	-17
STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau	4.024	100,0 ¹⁷⁾	-10
Energiewerke Waldbröl GmbH (Eww), Waldbröl	1.160	51,0 ²⁾	0 ³⁾
STAWAG Abwasser GmbH, Aachen	25	100,0 ¹⁷⁾	0 ³⁾
Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG (Giebelstadt), Aachen	7.271	80,0 ⁴⁾	975
Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG (Turnow West I), Aachen	2.153	59,9 ⁴⁾	488
Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG (Turnow West II), Aachen	1.909	59,9 ⁴⁾	617
Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG (SP Gödenroth), Aachen	574	100,0 ⁴⁾	54
Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG (SP Ilbesheim), Aachen	1.268	100,0 ⁴⁾	216
Windpark Laudert GmbH & Co. KG (WP Laudert), Aachen	2.478	100,0 ⁴⁾	377
Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG (Riegenroth), Aachen	6.450	59,0 ⁴⁾	750
Anteile an verbundenen Unternehmen (nicht konsolidiert)			
Windpark Simmerath GmbH & Co. KG (WP Simmerath), Aachen	11.540	100,0 ⁴⁾	1.574
Windpark Aachen-Nord GmbH & Co. KG (WP Aachen-Nord), Aachen	6.067	100,0 ⁴⁾	785
Windpark Monschau GmbH & Co. KG (WP Monschau), Aachen	5.830	100,0 ⁴⁾	751
Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG (WP Münsterwald), Aachen	8.411 ⁵⁾	100,0 ⁴⁾	-169 ⁵⁾
Infrastruktur Turnow West GmbH & Co. KG (Infrastruktur Turnow), Aachen	0 ¹⁰⁾	100,0 ⁶⁾	-28
STAWAG Infrastruktur Simmerath Verwaltungs GmbH, Simmerath	31 ⁵⁾	100,0 ¹⁷⁾	1 ⁵⁾
STAWAG Infrastruktur Monschau Verwaltungs GmbH, Monschau	31 ⁵⁾	100,0 ¹⁷⁾	1 ⁵⁾
Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH (Akreka), Aachen	1.452 ⁷⁾	100,0 ¹⁾	0
ASEAG-Reisen GmbH (ARG), Aachen	223	100,0 ¹⁾	0 ³⁾
ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS), Eschweiler	26	100,0 ¹⁾	0 ³⁾
STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär), Aachen	162	100,0 ⁴⁾	24
Solaranlage Giebelstadt II Verwaltungs GmbH (SA Giebelstadt Verwaltung), Aachen	42	80,0 ¹⁹⁾	2

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2020 TEuro
Wesentliche Beteiligungen			
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT), Aachen	10.909	38,6	3.736
vote iT GmbH (vote iT), Aachen	1.429	85,0 8)	128
cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (cogniport), Monschau	31	100,0 8)	-2
Better Mobility GmbH (Better Mobility), Aachen	209	49,5 1)	-77
Trianel GmbH (Trianel), Aachen	93.492 5)	12,0 2)	5.913 5)
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG (TGH), Aachen	0 5)16)	16,9 2)	3.408 5)
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG (TGE), Aachen	26.256 5)	13,7 2)	3.231 5)
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG (TKL), Lünen	0 5)14)	8,5 2)	-36.439 5)
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG (TWB), Aachen	299.019 5)	4,8 4)	9.862 5)
Stadtwerke Lübeck GmbH (Lübeck), Lübeck	127.764 5)	25,1 2)	0 5)12)
STAWAG Solar GmbH (STAWAG Solar), Aachen	32.621 5)	40,0 4)	1.691 5)
WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG), Roetgen	24.504 5)	50,0 2)	1.428 5)
StadtWerke Rösraht - Energie GmbH (Rösraht), Rösraht	4.621 5)	49,0 2)	194 5)
enewa GmbH (enewa), Wachtberg	5.647 9)	49,0 2)	251 9)
Gemeindewerke Ruppichterath GmbH, Ruppichterath	5.193 5)	49,0 2)	116 5)
Wilken Pro GmbH, (Wilken Pro), Ulm	74 5)	49,0 11)	15 5)
Solarpark Ronneburg GmbH & Co. KG (Ronneburg), Aachen	4.815	46,0 4)	1.073
Windpark Beltheim II GmbH & Co. KG (Beltheim II), Aachen	4.960	49,9 4)	1.016
Windpark Oberwesel II GmbH & Co. KG (Oberwesel II), Aachen	3.117	49,0 4)	462
Windpark Oberwesel III GmbH & Co. KG (Oberwesel III), Aachen	3.237	49,0 4)	600
Windpark Fischbachhöhe GmbH & Co. KG (WP Fischbachhöhe), Aachen	3.959	50,0 4)	296
ELWEA GmbH (ELWEA), Bottrop	790 5)	49,0 4)	2 5)
WEA Marl Betreibergesellschaft mbH & Co. KG, Marl	701 5)	100,0 18)	40 5)
Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (Trave EE), Lübeck	3.482 5)	50,0 4)	-686 5)
Windmüllerei Broderstorf IV GmbH & Co. KG, Lübeck	408 5)	100,0 13)	282 5)
Trave Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (Trave EE Verwaltung), Lübeck	38 5)	100,0 13)	2 5)
Trave Erneuerbare Energien Beteiligungs-Komplementär GmbH (Trave EE Beteiligung), Lübeck	36 5)	100,0 13)	2 5)
NetAachen GmbH (NetAachen), Aachen	10.858 5)	16,0 2)	2.340 5)
smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen	1.605 5)	35,0 2)	325 5)
Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH (IWA), Aachen	75 5)	46,0 2)	6 5)
Power Tower I Bruchteileigentümergeinschaft (Power Tower I BEG), Aachen	0 5)	25,0 2)	112 5)
PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG (PSW Rönkhausen), Hagen	9.705 9)	50,0 2)	1.029 9)
Windpark Bokel GmbH & Co. KG (WP Bokel), Lübeck	0 5)	100,0 13)	4 5)
Regio Nord Wind GmbH (Regio Nord), Hamburg	21 5)	50,0 13)	-5 5)

- 1) Anteile werden gehalten über ASEAG
- 2) Anteile werden gehalten über STAWAG
- 3) nach Ergebnisabführung; ohne Bilanzgewinn
- 4) Anteile werden gehalten über STAWAG Energie GmbH
- 5) Wertansätze zum 31. Dezember 2019
- 6) Anteile werden durch Turnow West I GmbH & Co. KG und Turnow West II GmbH & Co. KG gehalten
- 7) Eigenkapital inklusive Deckungsrücklage
- 8) Anteile werden gehalten über regio iT
- 9) vorläufige Jahresabschlusszahlen

- 10) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 331 TEuro ausgewiesen
- 11) Anteile werden gehalten über FACTUR Billing Solutions GmbH
- 12) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 20.587 TEuro
- 13) Anteile werden gehalten über Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG
- 14) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 139.133 TEuro ausgewiesen.
- 15) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 12.204 TEuro

- 16) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 1.425 TEuro ausgewiesen.
- 17) Anteile werden über Regionetz GmbH gehalten
- 18) Anteile werden über ELWEA GmbH gehalten
- 19) Anteile werden über die Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG gehalten

Sonstige Angaben

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung bestehen aus einer Festvergütung und betragen im Berichtsjahr 14.488,56 Euro.

Name	Festvergütung in Euro
Dr. Christian Becker	7.244,28
Michael Carmincke	7.244,28

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit eine pauschale Aufwandsentschädigung gemäß § 11 des Gesellschaftsvertrags, dabei erhalten der Vorsitzende den 2-fachen und die stellvertretenden Vorsitzenden den 1,5-fachen Betrag. Darüber hinaus wird pro Sitzung und Teilnehmer ein Betrag von 50 Euro vergütet.

Mitglieder des Aufsichtsrats

		Gesamtbezüge in Euro
Sibylle Keupen, Vorsitzende	ab 11.12.2020	391
Marcel Philipp, Vorsitzender	bis 11.12.2020	5.086
Dr. Tim Grüttemeier, 1. stellv. Vorsitzender		4.200
Manfred Wiemers, 2. stellv. Vorsitzender		4.200
Jörg Bogoczek	ab 11.12.2020	246
Gaby Breuer	bis 11.12.2020	2.518
Julia Brinner	ab 11.12.2020	246
Leo Buse		2.950
Leo Deumens	bis 11.12.2020	2.718
Guido Finke		2.950
Wilfried Fischer	ab 11.12.2020	246
Rolf Kitt	bis 11.12.2020	2.568
Boris Linden	ab 11.12.2020	246
Iris Lürken	bis 11.12.2020	2.618
Kaj Neumann	ab 11.12.2020	246
Daniela Parting	ab 11.12.2020	246
Michael Rau	bis 11.12.2020	2.718
Frank Reichmann		2.950
Karl Schultheis	bis 11.12.2020	2.668
Michael Servos	bis 11.12.2020	2.668
Mark Teuku	bis 11.12.2020	2.718
Peter Tillmanns	ab 11.12.2020	246
Jacob von Thenen	ab 11.12.2020	246
Wilfried Warmbrunn		2.950

48.839

Die Angabe der im Geschäftsjahr erfassten Abschlussprüfer-Honorare i. S. d. § 285 Nr. 17 HGB erfolgt im Konzernanhang.

Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge oder Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die das im vorliegenden Abschluss vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft wesentlich beeinflussen.

Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt dem Aufsichtsrat vor, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 13.641.076,42 Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

Aachen, den 10. Mai 2021

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

Die Geschäftsführung



Dr. Christian Becker



Michael Carmincke

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht

erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der

deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur

Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es

Bericht des Aufsichtsrats

besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Duisburg, den 14. Mai 2021

PKF Fasselt
Partnerschaft mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Rechtsanwälte



Jahn
Wirtschaftsprüfer



Pentschev
Wirtschaftsprüfer

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 sowie der Lagebericht sind von der in der Gesellschafterversammlung am 26. Juni 2020 zum Abschlussprüfer bestellten PKF Fasselt Partnerschaft mbB, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Berlin, geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB zum Jahresabschluss und Lagebericht wurde ohne Einschränkung erteilt.

Der Aufsichtsrat hat aufgrund regelmäßiger Berichte der Geschäftsführung sowie in seinen Sitzungen während des Geschäftsjahres durch Erörterungen über Lage und Entwicklung der Gesellschaft unter Einbeziehung der Konzernunternehmen seiner gesetzlichen Prüfungs- und Überwachungspflicht entsprochen. Er hat von dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichts durch den Abschlussprüfer zustimmend Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat billigt den aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 und den Lagebericht und empfiehlt die Feststellung des Jahresabschlusses durch die Gesellschafterversammlung.

Aachen, den 18. Juni 2021

Der Aufsichtsrat



Keupen
Vorsitzende

(Der vorstehende Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 (Bilanzsumme EUR 123.003.677,10; Jahresfehlbetrag EUR 13.641.076,42) und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020 der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen.)

Bericht

Berichterstattung
über den Konzern >>

Konzernlagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen, (E.V.A.) ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig.

Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG, Aachen, (ASEAG) und Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, (STAWAG), die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen.

Im Laufe der langjährigen Geschichte der **ASEAG** haben sich die Schwerpunkte innerhalb des satzungsgemäßen Geschäftsmodells verschoben, sodass derzeit

- der Betrieb von Omnibuslinien zur Personenbeförderung in der Region Aachen
- der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen und
- die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte

im unmittelbaren Fokus der Geschäftstätigkeit liegen. Dabei werden sämtliche Aktivitäten im Hinblick auf den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen durch die 100-prozentige Tochtergesellschaft Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG) wahrgenommen. Alternative Mobilitätskonzepte werden im Hause der ASEAG entwickelt. Dabei wird softwareseitig auf eine IT-Lösung der Better Mobility GmbH, Aachen, (Better Mobility) zurückgegriffen. Die Gesellschaft wurde 2019 gemeinsam mit der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh, Aachen, (regio iT) gegründet

und soll die gemeinschaftliche entwickelte Mobilitätsplattform „Mobility Broker“ technologisch fortentwickeln und überregional als IT-Lösung vermarkten.

Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG bis zum Jahr 2027, die durch ihre Aufgabenträger Stadt Aachen und StädteRegion Aachen im April 2017 erfolgte, ist eine gute Basis geschaffen worden, den neuen Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden.

Die **STAWAG** ist der Dienstleister rund um Energie und Wasser in Aachen. Kernaufgabe des Unternehmens ist die zuverlässige, preisgünstige und umweltschonende Versorgung der Aachener Bürgerinnen und Bürger mit Strom, Gas, Wasser und Wärme. Darüber hinaus bietet die STAWAG ihren Kunden in den Segmenten Haushalt, Gewerbe und Industrie umfassende Beratungs- und Serviceleistungen zum umweltschonenden und effizienten Einsatz von Energie. Die Tochtergesellschaften der STAWAG sind verantwortlich für den Betrieb und die Unterhaltung der Versorgungsnetze (Regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz)) sowie der städtischen Abwasserkanäle (STAWAG Abwasser GmbH, Aachen, (STAWAG Abwasser)) und für den zukunftsweisenden Ausbau der Eigenerzeugung, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien (STAWAG Energie GmbH, Aachen, (STAWAG Energie)). Darüber hinaus werden für lokal und bundesweit agierende Vertriebe, wie auch für Verteilnetzbetreiber, effiziente Kundenservice-, Markt- und Abrechnungsprozesse modular im Kundenzuschnitt angeboten (FACTUR Billing Solutions GmbH, Aachen, (FACTUR)).

Zum 1. Januar 2020 hat die regio iT den IT-Geschäftsbetrieb des Civitec Zweckverbandes für kommunale Informationstechnik, Siegburg, (Civitec) im Wege eines Asset-Deals erworben. Die regio iT firmiert weiterhin unter dem am Markt etablierten Namen. Civitec war als strategischer Partner und Kunde bereits bisher mit 1 Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT beteiligt, stockt im Gegenzug seine Anteile an der regio iT auf 18 Prozent der Geschäftsanteile auf. Drei Prozent der Anteile erfolgen durch den Verkauf von Anteilen der E.V.A. an Civitec. Der Vertrag wurde am 20. Dezember 2019 in Aachen notariell beurkundet. Die E.V.A. wird demnach zum 1. Januar 2020 durch den Asset-Deal und den Verkauf der Anteile noch 38,64 Prozent Geschäftsanteile der regio iT halten.

Die E.V.A. hält unverändert 5,9 Prozent der Geschäftsanteile an der gewoge AG, Aachen, (gewoge).

Gemäß Gesellschaftsvertrag der E.V.A. besteht für die Stadt Aachen eine Ausgleichspflicht, um eine bilanzielle Überschuldung der Gesellschaft zu vermeiden und den wirtschaftlichen Fortbestand der Gesellschaft zu sichern. Die Stadt Aachen verpflichtet sich, einen Verlustausgleich zu leisten, wenn das handelsbilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft gemäß § 266 Abs. 3 A HGB die Hälfte des Stammkapitals unterschreitet. Die Summe der jährlich auszugleichenden Beträge soll 70 Mio. Euro nicht überschreiten. Zur Stärkung des Eigenkapitals hat die Stadt Aachen für 2020 33,1 Mio. Euro den Kapitalrücklagen zugeführt.

Das Dienstleistungsgeschäft basiert auf den mit den Konzerngesellschaften abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für kaufmännisch-administrative Tätigkeiten sowie für Gebäudedienstleistungen.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Jahr 2020 sank das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) preisbereinigt um 4,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Nach zehn Jahren Wirtschaftswachstum in Folge ging die Wirtschaftsleistung Deutschlands somit erstmals wieder deutlich zurück. Zurückgegangen war das BIP zuletzt im Jahr 2009, als Deutschland wie die meisten anderen Länder weltweit von den Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen war. Grund für den starken Einbruch im Jahr 2020 sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der damit einhergehende Shutdown der Wirtschaft. (Quelle: statista Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland gegenüber dem Vorjahr von 1992 bis 2020)

Laut Herbstprognose der Europäischen Union dürfte die europäische Wirtschaft im Jahr 2020 sogar um 7,4 Prozent geschrumpft sein, wobei die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie in der Europäischen Union (EU) sehr unterschiedlich ausfallen. Maßgeblich hierfür ist die unterschiedliche Intensität der Ausbreitung des Virus, die verschiedenen ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, die sektorale Zusammensetzung der Volkswirtschaften und die Stärke der nationalen politischen Maßnahmen (Quelle: Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 5. November 2020: Herbstprognose 2020: Unterbrechung der wirtschaftlichen Erholung – Wiederaufflammen der Pandemie führt zur verstärkten Unsicherheit).

Durch die Corona-Krise ist seit dem Jahr 2013 in Deutschland erstmalig eine Steigerung der Arbeitslosigkeit im Jahr 2020 zu verzeichnen. Im Dezember 2020 wurden rund 2,7 Mio. Arbeitslose gezählt, was einer Arbeitslosenquote von 5,9 Prozent entspricht. Die Anzahl

der Erwerbstätigen mit Wohnsitz in Deutschland belief sich auf rund 44,6 Millionen Menschen. Damit lag die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2020 um 477.000 Personen oder 1,1 Prozent niedriger als 2019 und war auch um 76.000 Personen oder 0,2 Prozent geringer als 2018. Damit endete in der Corona-Krise der über 14 Jahre anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit in Deutschland. (Quelle: Destatis, Pressemitteilung Nr. 041 vom 29. Januar 2021)

Der Energieverbrauch in Deutschland ist im Jahr 2020 um 8,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und erreichte mit 398,8 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (Mio. t SKE) einen historischen Tiefstand. Nach Ermittlung der Arbeitsgemeinschaft (AG) Energiebilanzen beträgt der Rückgang im Vergleich zum Jahr 2006, dem Jahr mit dem bislang höchsten Energieverbrauch in Deutschland seit der Wiedervereinigung, sogar rund 21 Prozent. Infolge des rückläufigen Verbrauchs sowie weiteren Verschiebungen im Energiemix zugunsten der erneuerbaren Energien und des Erdgases rechnet die AG Energiebilanzen mit einem Rückgang der energiebedingten CO₂-Emissionen in einer Größenordnung von rund 80 Mio. t SKE, was einer Minderung gegenüber dem Vorjahr um rund 12 Prozent entspricht. Die deutlich rückläufige Verbrauchsentwicklung ist dabei vor allem auf die Corona-Pandemie zurückzuführen. Hinzu kamen langfristige Trends, wie die weitere Zunahme der Energieeffizienz, die Substitution im Energiemix bis hin zu einem höheren Anteil an erneuerbaren Energien sowie eine vergleichsweise milde Witterung (Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., Pressedienst, Nr. 7 | 2020).

Der Erdgasverbrauch verringerte sich im Jahr 2020 um 3,4 Prozent bzw. 106 Mio. t SKE gegenüber dem Vorjahr. Hauptursache für den Verbrauchsrückgang ist der gesunkene Erdgasbedarf der Sektoren Industrie sowie Gewerbe, Handel und Dienstleistungen infolge der Corona-Pandemie. In der Strom- und Wärmeerzeugung wurde dagegen mehr Erdgas eingesetzt. Bei den privaten Haushalten ist trotz der mildereren Temperaturen ein leichter Anstieg des Erdgasverbrauchs zu verzeichnen.

Die erneuerbaren Energien steigerten ihren Beitrag zum gesamten Energieverbrauch 2020 um insgesamt 3 Prozent auf 66,9 Mio. t SKE. Dabei stieg der Beitrag der Windkraft um 7 Prozent, die Solarenergie verzeichnete einen Zuwachs von 9 Prozent. Bei der Biomasse gab es nur ein kleines Plus von 1 Prozent. Der Primärenergieverbrauch aus biogenen Abfällen lag um 1 Prozent niedriger als im Vorjahr.

Geschäftsverlauf

Im Folgenden werden die Geschäftsverläufe der dezentral gesteuerten Konzerntochtergesellschaften beschrieben:

ASEAG:

Das Ergebnis der ASEAG in Höhe von –33 Mio. Euro liegt auf Planniveau. Dennoch gibt es innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung abweichende Positionen gegenüber der Wirtschaftsplanung.

Die Umsatzerlöse fallen insgesamt um 6,8 Mio. Euro geringer aus. Neben einer deutlichen, im Wesentlichen Corona-bedingten Reduktion der Verkehrserlöse um 8,4 Mio. Euro liegen die Nebenerlöse um rund 1,6 Mio. Euro über den Erwartungen. Dies liegt im Wesentlichen an vorzeitigen Vorauszahlungen von Zuschüssen für Schülerbeförderungen.

Aus sonstigen Erträgen ergeben sich positive Ergebniseffekte in Höhe von 9,9 Mio. Euro. Davon betreffen 7,1 Mio. Euro Billigkeitsleistungen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm vom Bund und Land NRW, 1,1 Mio. Euro Zuschüsse für die Umrüstung der Busse mit SCRT-Abgasfiltern, 0,6 Mio. Euro weitergeleitete Zuschüsse der Stadt Aachen aus der ÖPNV-Pauschale sowie 0,8 Mio. Euro aus der Auflösung von Rückstellungen.

Die Materialaufwendungen in Höhe von –53,5 Mio. Euro liegen um 0,6 Mio. Euro oberhalb des Planansatzes. Durch geringeren Verbrauch an Treibstoff im Zuge des durch die Corona-Pandemie geringeren Straßenverkehrs, eine nicht stattgefundene geplante Erhöhung der Eigenleistung (stattdessen Vergabe an Subunternehmer) sowie deutlich geringere Treibstoffbeschaffungskosten sind die entsprechenden Ausgaben gegenüber dem Wirtschaftsplan um rund 1,8 Mio. Euro geringer ausgefallen. Bei den sonstigen externen Fremdleistungen konn-

ten ebenfalls 0,9 Mio. Euro eingespart werden. Gegenläufig zeigen sich die Aufwendungen für Fahrzeuganmietungen. Diese sind gegenüber dem Wirtschaftsplan insgesamt um rund 3,3 Mio. Euro höher ausgefallen.

Die Kosten für den Personaleinsatz liegen bei der ASEAG mit –30,4 Mio. Euro um 0,8 Mio. Euro unter Plan. Die Kosten aus der Fahreranmietung von ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH, Eschweiler, (ESBUS) liegen mit rund 6 Mio. Euro um rund 0,1 Mio. Euro unter Plan. Die Arbeitsmarktsituation bleibt, wie bereits im Vorjahr, weiterhin schwierig. Diese führt dazu, dass ausscheidendes Fahrpersonal trotz intensiver Bemühungen nur mit einem Zeitverzug nachbesetzt werden konnte. Dies betrifft auch zunehmend die Subunternehmer. Die Aufwendungen für Altersvorsorgungen liegen inklusive Zinsanteil um 0,5 Mio. Euro unter dem Planansatz.

Aufgrund von Investitionsverschiebungen fallen die Abschreibungen um 0,3 Mio. Euro geringer aus.

Die Erträge/Verluste aus Gewinnabführungsverträgen/Verlustübernahmen fielen mit –1,9 Mio. Euro um 3,3 Mio. Euro geringer aus. Dies resultiert aus einer Corona-bedingten Verlustübernahme, wodurch das Ergebnis bei der APAG um 3,1 Mio. Euro sowie um 0,3 Mio. Euro bei der ASEAG-Reisen GmbH, Aachen, (ASEAG-Reisen) schlechter gegenüber dem Planansatz ausfiel. Das Ergebnis der ESBUS lag leicht über Planniveau.

Im Geschäftsjahr 2020 ist die langjährig positive Entwicklung im ÖPNV im Hinblick auf Umsätze und Fahrgastzahlen stark eingebremst worden. Ursache hierfür ist die Corona-Pandemie ab März 2020. Die Auswirkungen schienen sich im Sommer 2020 zwar deutlich abzuschwächen, nahmen dann aber zum Herbst mit dem erneuten Lockdown erheblich zu und werden sich auch weiterhin auf das Geschäftsjahr 2021 aus-

wirken. Wirtschaftlich werden die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie im Geschäftsjahr 2020 durch den ÖPNV-Rettungsschirm vom Bund und vom Land NRW aufgefangen.

Nachdem die Probleme bei der System Einführung der neuen Vertriebssoftware behoben werden konnten, liefen die Projekte für weitere vertriebliche Veränderungen weiter. Nach den Abonnenten und Großkunden sollten auch für Gelegenheitskunden neue Vertriebsseinrichtungen im Geschäftsjahr 2020 beispielsweise in Form von neuen Automaten zur Verfügung stehen. Diese Projekte verzögern sich teilweise aus technischen bzw. verfahrensrechtlichen Gründen und die zumindest zu Beginn Corona-bedingt ungewohnte Form der Zusammenarbeit mit den Lieferanten erschwerte den Prozess darüber hinaus. Nunmehr wird die Einführung der neuen Technologien für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2021 erwartet. Positive Einflüsse hat die Corona-Pandemie auf die Nutzung des Online-Vertriebsweges über die movA-App der ASEAG, bei dem der Umsatz deutlich zugenommen hat. Insgesamt befindet sich die ASEAG mit der Umsetzung des Elektronischen Fahrgeldmanagements (EFM) im Einklang mit den landespolitischen Zielen zur Digitalisierung des ÖPNV. Diese sind in der „ÖPNV Digitalisierungsoffensive NRW“ des Verkehrsministeriums des Landes NRW niedergelegt.

Bei den Fahrzeugen befindet sich das im Jahr 2018 gestartete Modernisierungs- und Erneuerungsprogramm kurz vor dem Abschluss, auch wenn es hier Corona-bedingt ebenfalls zu Verzögerungen kommt. Nach der umfassenden Umrüstung von älteren Fahrzeugen mit SCRT-Filtern und einer überdurchschnittlichen Neubeschaffung in 2019 (inkl. sieben Elektrobussen) wurden im Jahr 2020 nochmals 43 neue Busse in Betrieb genommen. Die ebenfalls für 2020 geplante Inbetriebnahme von fünf E-Solobussen und fünf E-Gelenkbussen verzögert sich jedoch auf das Jahr 2021 und die dann noch

ausstehende Auslieferung von weiteren zehn E-Gelenkbussen vom Jahr 2021 auf Anfang des Jahres 2022. Insgesamt hat die ASEAG seit dem Geschäftsjahr 2020 kein Fahrzeug mehr in Betrieb, das nicht mindestens die Anforderung der Euro 6-Norm erfüllt. Hierdurch leistet die ASEAG – in enger Abstimmung mit der Stadt Aachen – ihren Beitrag zur Reduzierung der Stickoxide in Aachen.

STAWAG:

Die STAWAG schließt das Geschäftsjahr 2020 mit einem handelsrechtlichen Verlust von –20,5 Mio. Euro, der den Planwert um 44,8 Mio. Euro unterschreitet. Dieser Jahresfehlbetrag ist neben Corona-bedingten Effekten durch einen signifikanten Sondereffekt im Zusammenhang mit dem Kohleausstieg begründet, der mit einem außerordentlichen Aufwand in Höhe von –51,3 Mio. Euro das deutlich positive operative Ergebnis der STAWAG in Höhe von 30,8 Mio. Euro deutlich überkompensiert.

Das Jahresergebnis der STAWAG ist im Geschäftsjahr 2020 maßgebend durch das im August 2020 verabschiedete Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung beeinflusst. Danach werden Braunkohlekraftwerke nach einem festen Zeitplan, der sich an den CO₂-Emissionen der Anlagen orientiert, bis 2038 auf Basis ausgehandelter Entschädigungssummen kontinuierlich vom Netz genommen. Die letzten Steinkohlekraftwerke werden dabei voraussichtlich spätestens bis 2033 stillgelegt. Bei der Steinkohle sieht das Gesetz zwei Verfahren vor. Zunächst werden im Zeitfenster September 2020 bis Juni 2023 insgesamt acht Ausschreibungen bei vorheriger Mitteilung über stillzulegende Kraftwerksleistungen durch die Bundesnetzagentur bis zum Zieljahr 2026 durchgeführt. Steinkohlekraftwerksbetreiber können in den Auktionsverfahren ein Gebot für eine Stilllegungsprämie

abgeben, wobei ein in den Jahren sukzessiv abschmelzendes Maximalgebot pro Megawatt (MW) gesetzmäßig festgeschrieben ist. Die Betreiber, die dabei die niedrigsten Gebote aufrufen, erhalten den Zuschlag für die Stilllegung. Ab 2027 erfolgt daran anschließend die Stilllegung der verbleibenden Steinkohlekraftwerksleistung durch eine ordnungsrechtliche Anordnung gemäß der verbliebenen altersgereichten Liste, die nach § 29 Abs. 4, Abs. 5 KVBG am 1. Juli 2021 durch die Bundesnetzagentur veröffentlicht wird. Die tatsächliche Stilllegungsverfügung erfolgt dabei jeweils 31 Monate vor dem jeweiligen Zieldatum. Das Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG, Lünen, (TKL), an dem die STAWAG mit 8,45 Prozent beteiligt ist, könnte dabei noch deutlich vor dem Jahr 2033 ordnungsrechtlich stillgelegt werden, zumal nach der kommerziellen Inbetriebnahme des TKL am 20. Juli 2013 noch sechs weitere Steinkohlekraftwerke mit einer Nettonennleistung von insgesamt 4,8 GW in Betrieb genommen worden sind. Im Zuge des am 1. September 2020 erstmals durchgeführten Auktionsverfahrens sind mit dem Kraftwerk Westfalen (RWE) und Moorburg (Vattenfall) mit einer Nettonennleistung von insgesamt 2,4 GW allerdings zwei Steinkohlekraftwerke, die nach dem TKL in Betrieb genommen wurden, bereits zur Stilllegung angemeldet worden. Insofern steht der tatsächliche ordnungsrechtliche Stilllegungszeitpunkt für das TKL derzeit noch nicht fest. Auf Basis einer jährlich beauftragten langfristigen Fundamentalanalyse für Steinkohlekraftwerke ist aktuell davon auszugehen, dass mit dem TKL bis zum erwarteten Stilllegungszeitpunkt 2030 ff. unter Berücksichtigung der noch bis Mitte 2033 laufenden Finanzierungskosten keine Gewinne mehr erwirtschaftet werden. Aufgrund der handelsrechtlichen Bilanzierungspflicht für drohende Verluste ist die STAWAG daher angehalten, ihre bisher gebildeten Drohverlustrückstellungen gemäß § 249 Abs. 1, Nr. 1 HGB für den Kraftwerksbetrieb zum 31. Dezember 2020

signifikant zu erhöhen, womit die zukünftig erwarteten Verluste als Barwert vollumfänglich im Jahresabschluss 2020 abgebildet werden. Die bei der STAWAG bilanzierte Drohverlustrückstellung für das TKL beträgt zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 insgesamt 87,5 Mio. Euro. Aufgrund des außerordentlichen Aufwands wird das insgesamt oberhalb des Wirtschaftsplans 2020 erzielte operative Jahresergebnis der STAWAG deutlich überkompensiert, sodass die STAWAG insgesamt einen Jahresfehlbetrag zum 31. Dezember 2020 in Höhe von 20,5 Mio. Euro ausweist.

Im Bereich der konventionellen Energieerzeugung ist die STAWAG mit 16,9 Prozent überdies an dem Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG, Aachen, (TGH) beteiligt. Im Gegensatz zum TKL besteht zwischen dem TGH und den Gesellschaftern kein Stromliefervertrag. Das Kraftwerk wird vielmehr zentral bewirtschaftet und fungiert als reine Finanzbeteiligung. Mit einem Gesellschaftsanteil von 13,7 Prozent ist die STAWAG auch am Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen, (TGE) beteiligt. Geschäftsgrundlage ist hierbei ein zwischen dem TGE und den Gesellschaftern bestehender Speichernutzungsvertrag. Aufgrund von anhaltenden witterungsbedingt geringen Preisvolatilitäten und einer zunehmend hohen Verfügbarkeit von LNG-Importen ist der Speicherbetrieb auch im Geschäftsjahr 2020 defizitär. Für mittelfristig weiterhin erwartete Verluste aus dem Speicherbetrieb bestehen bei der STAWAG Drohverlustrückstellungen, die sich zum 31. Dezember 2020 auf rund 6 Mio. Euro belaufen.

Neben der bereits im Dezember 2018 erfolgten Inbetriebnahme des Blockheizkraftwerks (BHKW) Campus Melaten mit einer elektrischen und thermischen Leistung von jeweils zehn Megawatt baut die STAWAG ihre Wärmeenerzeugung weiter aus. So ist im Geschäftsjahr 2020 mit dem Bau eines weiteren BHKW mit jeweils

22 MW thermischer und elektrischer Leistung und einem Wirkungsgrad von über 90 Prozent begonnen worden. Mit dem neuen BHKW reduziert sich der Primärenergiefaktor der von der STAWAG erzeugten Fernwärme von aktuell 0,7 auf 0,492. Die Inbetriebnahme des BHKW ist im September 2022 vorgesehen, womit ein weiterer wichtiger Schritt bei der strategischen Umsetzung, die Stadt Aachen bis 2030 vollständig kohlefrei mit Wärme zu versorgen, vollzogen wird.

Im Vertriebsbereich sind die Verkaufsmengen in der Stromsparte im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr um rund 97 Gigawattstunden gesunken. Dabei ist der Absatz im Tarifkundensegment um lediglich 3,6 Gigawattstunden zurückgegangen, während der größte Teil der Abweichung aus rückläufigen Absatzmengen für Industrie- und Gewerbekunden – unter anderem als Folge der Corona-Pandemie – resultiert. In der vertrieblichen Gassparte ist der Gesamtabsatz gegenüber dem Vorjahr aufgrund der warmen Witterung um rund 97 Gigawattstunden gesunken, wovon 60 Gigawattstunden aus dem Tarifkundensegment resultieren. Während die Strompreise zum 1. Februar 2020 aufgrund gestiegener Bezugskosten, Netzentgelte und Umlagen erhöht werden mussten, konnten die Gaspreise im Jahresverlauf 2020 konstant gehalten werden.

Im Rahmen der Zusammenführung der beiden ehemaligen Netzbetreiber INFRAWEST GmbH, Aachen, (INFRAWEST) und regionetz GmbH, Eschweiler, (regionetz) in die gemeinsame große Netzgesellschaft Regionetz erfolgt seit dem Geschäftsjahr 2018 eine Übertragung der Erlösobergrenze der ehemaligen regionetz auf die Regionetz, das heißt, dass die Netzbetreibertätigkeit der ehemaligen INFRAWEST, formell ergänzt um die neuen Netzgebiete, fortgeführt wird.

Im Strombereich bildete das Jahr 2020 das zweite Jahr der dritten Regulierungsperiode ab. Der jeweilige Bescheid zur Festlegung der jährlichen Erlösobergrenzen der ehemaligen INFRAWEST und der ehemaligen regionetz liegt zwischenzeitlich vor, wobei die Regionetz gegen beide Festlegungen Beschwerde beim zuständigen Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf eingereicht hat. Aktuell sind beide Verfahren beim Bundesgerichtshof (BGH) anhängig. Die im jeweiligen Bescheid enthaltenen Effizienzwerte für die dritte Regulierungsperiode Strom liegen für die ehemalige INFRAWEST bei 92,22 Prozent und für die ehemalige regionetz bei 94,94 Prozent. Die Regionetz hat im Strombereich für die Jahre 2019, 2020 und 2021, entsprechend den Vorgaben aus § 10 a ARegV, Anträge auf Einbeziehung eines Kapitalkostenaufschlags eingereicht.

Ausgehend von den Erlösobergrenzenfestlegungen der Behörden haben die Netzbetreiber zum 1. Januar eines jeden Jahres die Erlösobergrenze anzupassen und die hieraus resultierenden Netzentgelte inklusive der schriftlichen Dokumentation der Entgeltermittlung bei den Regulierungsbehörden vorzulegen. Das jeweilige Ergebnis aus der von der Regulierungsbehörde zuletzt durchgeführten Kostenprüfung stellt hierbei das Ausgangsniveau für die dritte Regulierungsperiode dar.

Im Strombereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz für das Jahr 2020 mit 129,5 Mio. Euro etwa 11,1 Mio. Euro über dem Niveau aus dem Vorjahr. Die Steigerung der Erlösobergrenze vom Jahr 2019 zum Jahr 2020 ist hauptsächlich auf eine Erhöhung der Kosten für die vorgelagerten Netzebenen, eine Erhöhung des Kapitalkostenaufschlags, höhere Personalzusatzkosten und einen Zuschlag aus dem Abschluss des Beschwerdeverfahrens der ehemaligen regionetz für die zweite Regulierungsperiode zurückzuführen. Aus Letzterem resultieren für die Regionetz Erlösobergren-

zenaufschläge in den Jahren 2020 bis 2024. Zum Ende des Geschäftsjahres 2020 bestehen im Strombereich für die zweite Regulierungsperiode damit keine laufenden Beschwerdeverfahren der Regionetz mehr.

Bereits im Jahr 2016 hat die Bundesnetzagentur die Festlegung von Eigenkapitalzinssätzen für die dritte Regulierungsperiode der Anreizregulierung im Strom- und Gasbereich jeweils durch Beschluss vom 5. Oktober 2016 abgeschlossen. Hiernach sinken die festgelegten Eigenkapitalzinssätze gegenüber den Zinssätzen für die zweite Regulierungsperiode erheblich ab. Mit Beschluss vom 28. November 2018 für Strom bzw. vom 21. Februar 2018 für Gas hat die Bundesnetzagentur schließlich auch die Festlegung des allgemeinen sektoralen Produktivitätsfaktors für die dritte Regulierungsperiode im Strombereich mit einer Höhe von 0,9 Prozent bzw. im Gasbereich in Höhe von 0,49 Prozent abgeschlossen. Die Regionetz hat, wie zahlreiche weitere Netzbetreiber auch, Beschwerde gegen die vorgenannten Feststellungsverfahren beim Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf eingereicht.

Nach einem langen gerichtlichen Verfahren liegt nunmehr eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH, Urteil aus Juli 2019) zu den Eigenkapitalzinsen vor, die die Vorgehensweise der Bundesnetzagentur bei der Ermittlung der Eigenkapitalzinssätze für die dritte Regulierungsperiode bestätigt und somit das vorherige Urteil des OLG Düsseldorfs aus März 2018 zu diesem Sachverhalt gegenstandslos macht. Formell bestehen die Beschwerdeverfahren der Regionetz zu diesem Sachverhalt aktuell allerdings weiterhin fort, da zu einzelnen Verfahren noch Verfassungsbeschwerden anhängig sind.

Die Gerichtsverfahren zum generellen sektoralen Produktivitätsfortschritt Strom und Gas sind nach aktuellem Stand ebenfalls noch nicht rechtskräftig abgeschlossen, sodass hierzu

die weitere Entwicklung der entsprechenden Beschwerdeverfahren abzuwarten bleibt. Für den Gasbereich wird für Ende Januar ein erstes Urteil des BGH erwartet.

Das Jahr 2020 bildet im Gasbereich das dritte Jahr der dritten Regulierungsperiode der Anreizregulierung. Ein verbindlicher Bescheid zur Erlösbergrenzenfestlegung für die Jahre 2018 bis 2022 liegt bis zum heutigen Zeitpunkt nur für die ehemalige INFRAWEST vor. Für die Erlösbergrenzenfestlegung der ehemaligen regionetz stehen die Anhörung sowie die Erteilung eines verbindlichen Bescheids weiterhin noch aus. Zwischenzeitlich sind allerdings auch für die ehemalige regionetz das sogenannte Ausgangsniveau als Ergebnis der durchgeführten Kostenprüfungen sowie der zuletzt im Dezember 2018 von der Landesregulierungskammer NRW mitgeteilte finale Effizienzwert bekannt. Die im Bescheid der INFRAWEST bzw. in der letzten Mitteilung der Regulierungsbehörde enthaltenen Effizienzwerte für die dritte Regulierungsperiode Gas liegen für die ehemalige INFRAWEST bei 98,98 Prozent und für die ehemalige regionetz bei 77,58 Prozent.

Im Gasbereich haben die ehemalige INFRAWEST und die ehemalige regionetz zum 30. Juni 2017, erstmals entsprechend den Vorgaben aus § 10 a ARegV, einen Antrag auf Kapitalkostenaufschlag bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht. In der Folge wurden für die Jahre 2019, 2020 und 2021 jeweils zum 30. Juni des Vorjahres entsprechende Folgeanträge gestellt.

Im Gasbereich liegt die zulässige Erlösbergrenze der Regionetz unter Berücksichtigung der mitgeteilten Effizienzwerte und des Kapitalkostenausgleichs für das Jahr 2019 mit rund 71 Mio. Euro etwa 5,5 Mio. Euro über dem Niveau der für das Jahr 2019 genehmigten Erlösbergrenze. Die Steigerung lässt sich insbesondere auf die Übernahme des Gasnetzes

in Dinslaken zurückführen. Weitere Effekte sind ein höherer Betrag aus dem Regulierungskonto, eine Erhöhung des Kapitalkostenaufschlags und höhere Personalzusatzkosten, die einer Senkung der vorgelagerten Netzkosten gegenüberstehen.

Die Regionetz hat im Geschäftsjahr 2020 insgesamt 66,4 Mio. Euro investiert, wobei auf das Stromnetz 16,3 Mio. Euro und auf das Gasnetz 24,9 Mio. Euro entfielen. Ins Wassernetz hat die Regionetz 10,2 Mio. Euro, in die Straßenbeleuchtung 0,5 Mio. Euro und in das Netzleitsystem 2 Mio. Euro investiert. Auf das Telekommunikationsnetz entfallen weitere 3,8 Mio. Euro und die übergreifenden sonstigen Investitionen belaufen sich auf rund 3,7 Mio. Euro. Die restlichen etwa 5 Mio. Euro resultieren insbesondere aus dem bereits beschriebenen Erwerb der Stromnetze in den Ortsteilen Stolberg-Breinig und Eschweiler-Dürwiß zum 31. Dezember 2020.

Das Ergebnis vor Steuern (EBT) der Regionetz beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 2020 etwa 44,5 Mio. Euro und liegt damit etwa 7,2 Mio. Euro unterhalb des in der Wirtschaftsplanung prognostizierten Niveaus. Dieses Minderergebnis resultiert fast ausnahmslos aus den witterungs- und pandemiebedingten Mindererlösen im Strom- und Gasbereich, die nur teilweise durch entsprechende Kostensenkungen kompensiert werden konnten. Das Ergebnis wird über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag (EAV) – nach Abzug der Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg, (EWV) in Höhe von 12,2 Mio. Euro und der darauf entfallenden Steuern in Höhe von 2,3 Mio. Euro – mit einem verbleibenden Betrag von 30 Mio. Euro an die STAWAG abgeführt.

Im Geschäftsjahr 2020 wurden im Windbereich weitere Weichen gestellt, um das unmittelbare und mittelbare Anlagenportfolio der STAWAG

Energie weiter auszubauen. So wurden Baugenehmigungen für den Bau weiterer Windparks in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern mit einer Nennleistung von insgesamt rund 60 MW erteilt. Die geplante Inbetriebnahme der drei Windparks ist im Jahr 2022 vorgesehen.

Bei der STAWAG Energie wurden Anfang des Jahres 2020 die Arbeiten für die letzten beiden Windenergieanlagen des Windparks Münsterwald GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Münsterwald) fertiggestellt. Nunmehr tragen an diesem Standort insgesamt sieben Anlagen zur nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Aachen bei und leisten mit einer jährlichen Stromproduktion von rund 56 Millionen Kilowattstunden einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz. Über eine Bürgerbeteiligung konnten sich interessierte Bürger über ein Bürgerdarlehen am Windpark beteiligen. Das Volumen von 2,5 Millionen Euro war von rund 600 Stromkunden der STAWAG schnell überzeichnet, was die Befürwortung der Bevölkerung für den Ausbau der erneuerbaren Energien für eine klimafreundliche Energieversorgung widerspiegelt. Im Geschäftsjahr 2020 hat die STAWAG Energie ein EBT von 10,3 Mio. Euro erzielt und damit das Ergebnisniveau des Vorjahres von 10,1 Mio. Euro noch mal leicht übertroffen. Neben den erzielten Erträgen aus der Projektentwicklung haben die nachhaltigen Beteiligungsergebnisse aus den bestehenden Solar- und Windparks wesentlich zum positiven Ergebnis der STAWAG Energie, das über den bestehenden EAV an die STAWAG abgeführt wird, beigetragen.

Das Geschäftsjahr 2020 war für die FACTUR, neben den durch die Corona-Pandemie ausgelösten organisatorischen und technischen Herausforderungen, insbesondere durch die erforderlichen Anpassungen der Markt- und Geschäftsprozesse im Zuge des Gesetzes über den Messstellenbetrieb (MsbG) geprägt. Das

Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hat am 31. Januar 2020 die „technische Möglichkeit zum Einbau intelligenter Messsysteme nach § 3 MsbG“ festgestellt. Damit beginnt die gesetzliche Verpflichtung zum Rollout intelligenter Messsysteme zum 24. Februar 2020 durch die zuständigen Messstellenbetreiber. Für die effiziente Umsetzung der Energiewende wurde somit ein entscheidender Grundstein gelegt. Mit dem Einbau von modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen schreibt das MsbG vor, dass eine Trennung zwischen Netznutzungs- und Messstellenbetriebsabrechnung vorgenommen wird. Der Messstellenbetreiber ist dabei verpflichtet, mit dem Einbau von modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen zwischen Netznutzungs- und Messstellenbetriebsabrechnung zu trennen. Diese Form der Abrechnung der Messentgelte wurde in den Netz- und Lieferantensystemen systemisch implementiert, wobei die FACTUR die hieraus entstandenen bzw. noch entstehenden Beratungsprojekte und die damit verbundenen prozessualen Änderungen in den Dienstleistungsprozessen sowohl auf der Netz- als auch auf der Vertriebsseite erfolgreich umsetzt.

Daneben wird die Geschäftstätigkeit der FACTUR weiterhin von der Entwicklung sinkender Margen bei Energieprodukten, von steigenden Großhandelspreisen sowie von einer erhöhten Wechselbereitschaft der Endkunden beeinflusst. Der vertraglich vereinbarte Zählpunktpreis ist dabei maßgeblich für den Umsatz der FACTUR, wobei sowohl Kundenverlust- als auch Kundenzuwachsraten einen direkten Einfluss auf das Ergebnisniveau der FACTUR haben. Seit 2017 erbringt die FACTUR auch die Kundenservice- und Abrechnungsdienstleistung für die MONTANA Energie GmbH & Co. KG, Grunwald, (MONTANA). Mit zunächst rund 206.000 Strom- und Gaszählpunkten sind aufgrund der signifikanten Neukundenge-

winnung zum 31. Dezember 2020 etwa 464.500 Zählpunkte in der Belieferung, was sich bei der FACTUR in einer entsprechenden Umsatzsteigerung für die Full-Service-Dienstleistung niederschlägt. Im vierten Quartal 2020 wurde zudem die Prozessdienstleistung der Kunden der Wilken PRO GmbH, Ulm, (Wilken PRO) übernommen, wobei diese Dienstleistung auf der Software Wilken ENER:GY erbracht wird. Die Wilken PRO ist ein Joint Venture der FACTUR und der Wilken Gruppe mit Sitz in Aachen. Kernidee ist die Verquickung von Softwareentwicklung und Prozessautomatisierung im Hause Wilken und der Fachexpertise bei der FACTUR. Der Gesamtumsatz der FACTUR liegt zum 31. Dezember 2020 bei insgesamt rund 27,6 Mio. Euro, wobei ein EBT in Höhe von 4,9 Mio. Euro erwirtschaftet wurde, das über den bestehenden EAV vollständig an die STAWAG abgeführt wird.

Bei der Neuordnung des Wassergewinnungsbereichs im Geschäftsjahr 2018 hat die STAWAG im Wege der Ausgliederung ihre Grundwassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen sowie die dazugehörigen Grundstücke und Gebäude auf die WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH, Roetgen, (WAG) übertragen. Die WAG, an der die STAWAG, neben der enwor – energie & wasser vor ort GmbH, Herzogenrath, (enwor), zu 50 Prozent beteiligt ist, wird im Jahr 2020 Umsatzerlöse von 29,2 Mio. Euro und ein Ergebnis nach Steuern (EAT) von voraussichtlich rund 1,9 Mio. Euro erzielen. Im Geschäftsjahr 2020 hat die WAG ein Beteiligungsergebnis von jeweils rund 0,4 Mio. Euro an ihre beiden Gesellschafter phasenverschoben ausgeschüttet. Von dem im Geschäftsjahr 2019 erzielten Jahresergebnis der WAG in Höhe von insgesamt 1,4 Mio. Euro wurden rund 0,6 Mio. Euro auf neuen Gewinn vorgetragen.

Die STAWAG ist mit einem Anteil von 25,1 Prozent an den Stadtwerken Lübeck GmbH, Lübeck, (Stadtwerke Lübeck) beteiligt. Die Stadtwerke Lübeck haben zum 1. Juli 2020 mit der Hansewerk AG, Quickborn, (Hansewerk) einen neuen regional ausgerichteten gemeinsamen Netzverbund gegründet. Die bisherige Netz Lübeck GmbH, Lübeck, (Netz Lübeck) wurde dabei in die TraveNetz GmbH, Lübeck, (TraveNetz) umfirmiert. Die neue TraveNetz umfasst insgesamt 119 kommunale Strom- und Gasnetze. Rund 100 bisher von der Hansewerk bzw. ihren Tochtergesellschaften, der Schleswig Holstein Netz AG, Quickborn, (SHNG) und der HanseGas GmbH, Quickborn, (HNG), betreuten Konzessionsgebiete wurden im Zuge der Kooperation in die bisherige Netz Lübeck eingebracht und werden von dieser gemeinsam mit den dort bereits bestehenden Netzgebieten betrieben. Im Gegenzug erhält die SHNG an der TraveNetz eine Beteiligung von 25,1 Prozent, wobei die übrigen 74,9 Prozent von den Stadtwerken Lübeck gehalten werden. Insgesamt werden über die Strom- und Gasnetze etwa 368.000 Menschen versorgt, womit die TraveNetz einer der größten Energienetzbetreiber Schleswig-Holsteins ist. Für das Geschäftsjahr 2020 erwartet die Stadtwerke Lübeck ein EBT vor Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin STAWAG in Höhe von 20,6 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2020 hat die STAWAG eine Ausgleichszahlung aus dem Geschäftsjahr 2019 in Höhe von rund 3,2 Mio. Euro phasenverschoben vereinnahmt. Insgesamt hat die STAWAG aus der Beteiligung an den Stadtwerken Lübeck bislang etwa 26,5 Mio. Euro an Ausgleichszahlungen erhalten.

Die STAWAG hält seit 2013 als strategischer Partner der Stadtwerke Rösrath – Energie GmbH, Rösrath, (Stadtwerke Rösrath) einen Gesellschafteranteil von 49 Prozent. Geprägt ist das Jahresergebnis der Gesellschaft durch die Geschäftsfelder Energieversorgung und Bäderbetrieb. Zum 1. Januar 2017 haben die

Stadtwerke Rösrath das Stromnetz in Rösrath übernommen und gleichzeitig einen Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. In der für die STAWAG im Rahmen eines bestehenden Tracking-Stock-Modells relevanten Versorgungssparte wird für das Geschäftsjahr 2020 ein positives Ergebnis von rund 0,7 Mio. Euro erwartet. Insgesamt wird der erwirtschaftete Gewinn der Stadtwerke Rösrath voraussichtlich rund 0,2 Mio. Euro betragen. Im Geschäftsjahr 2020 hat die STAWAG ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,3 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2019 phasenverschoben vereinnahmt.

Darüber hinaus ist die STAWAG seit 2013 an der enewa GmbH, Wachtberg, (enewa) mit einem Gesellschafteranteil von 49 Prozent beteiligt. Die Gesellschaft ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Energieversorgung und im Bäderbetrieb aktiv. Darüber hinaus hat die enewa zum 1. Januar 2018 das Eigentum des Stromnetzes in Wachtberg erworben und gleichzeitig einen Pacht- und einen Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2020 ein Ergebnis von insgesamt rund 0,3 Mio. Euro. Das für die STAWAG im Rahmen des Tracking-Stock-Modells relevante Ergebnis des Versorgungsbereichs beläuft sich dabei auf rund 0,8 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2020 hat die STAWAG ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,2 Mio. Euro von der enewa aus dem Geschäftsjahr 2019 phasenverschoben vereinnahmt.

Ebenso hat sich die STAWAG bereits im Geschäftsjahr 2015 mit 49 Prozent an der Gemeindewerke Ruppichteroth GmbH, Ruppichteroth, (GWR) beteiligt. Die GWR ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und im Energievertrieb Strom und Gas tätig. Zum 1. Januar 2017 hat die GWR das Stromnetz eigentumsrechtlich übernommen, das aktuell an die Westnetz GmbH, Dortmund,

(Westnetz) verpachtet ist. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2020 ein Ergebnis in Höhe von 0,2 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2020 hat die STAWAG ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von rund 56 TEuro von der GWR aus dem Geschäftsjahr 2019 phasenverschoben vereinnahmt.

Eine weitere strategische Partnerschaft ist die STAWAG im Geschäftsjahr 2014 mit den Energiewerken Waldbröl GmbH, Waldbröl, (Eww) eingegangen. Im Geschäftsjahr 2017 hat die STAWAG ihren Gesellschaftsanteil im Zuge einer Neuordnung der Eww in eine Vertriebsgesellschaft Strom und Gas von ursprünglich 49 Prozent auf 51 Prozent erhöht. Zwischen der Eww und der STAWAG wurde daher ein EAV abgeschlossen. Im Geschäftsjahr 2020 hat die Eww ein negatives Ergebnis in Höhe von rund 28 TEuro erzielt, das von der STAWAG ausgeglichen wird.

Aufgrund der Neuvergabe der Konzessionen in der Gemeinde Waldbröl hat die STAWAG mit Vertrag vom 18. Dezember 2020 die Geschäftsanteile der Stadtwerke Waldbröl GmbH, Waldbröl, an der Eww vollständig übernommen und hält somit 100 Prozent der Geschäftsanteile an der Eww. Mit Vertrag vom 18. November 2020 überträgt die STAWAG alle Geschäftsanteile an der Eww an die AggerEnergie GmbH, Gummersbach. Beide Verträge entfalten ihre wirtschaftliche Wirkung zum 1. Januar 2021.

Der Anteil der STAWAG am Telekommunikationsanbieter NetAachen GmbH, Aachen, (NetAachen) liegt bei 16 Prozent. Für das Geschäftsjahr 2020 wird die NetAachen nach vorläufigen Angaben ein EAT von 3,5 Mio. Euro erwirtschaften. Die STAWAG vereinnahmt im Geschäftsjahr 2020 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2019 in Höhe von rund 0,4 Mio. Euro.

Die Technischen Werke Naumburg GmbH, Naumburg, (TWN), an der die STAWAG einen

Anteil von 2 Prozent hält, wird im Geschäftsjahr 2020 ein voraussichtliches Jahresergebnis von rund 2,2 Mio. Euro erzielen. Die STAWAG vereinnahmt im Geschäftsjahr 2020 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2018 in Höhe von rund 28 TEuro.

Die smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen, (smartlab) an der die STAWAG Anteile von 35 Prozent hält, wird im abgelaufenen Geschäftsjahr 2020 einen voraussichtlichen Jahresfehlbetrag von 851,2 TEuro erzielen. Unter Berücksichtigung eines bestehenden Gewinnvortrags von 325 TEuro wird der Bilanzverlust in Höhe von 589 TEuro durch eine anteilige Einzahlung aller Gesellschafter in die Kapitalrücklage der smartlab entsprechend ausgeglichen.

Anfang 2018 hat sich die STAWAG zusammen mit der Mark-E Aktiengesellschaft, Hagen, (Mark-E) mit jeweils 50 Prozent an der neu gegründeten PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG, Hagen, (PSW Rönkhausen) beteiligt. Die Gesellschaft ist Eigentümerin des Pumpspeicherkraftwerks (PSW) mit einer installierten Leistung von 140 Megawatt, das für rund 25 Mio. Euro umfangreich saniert wurde. Das PSW ist an die Mark-E verpachtet, die auch den kommerziellen Betrieb der Anlage verantwortet. Aus der Pachtgesellschaft vereinnahmt die STAWAG 2020 eine vertraglich fixierte Garantiedividende von jährlich 375 TEuro.

Unter Berücksichtigung der vereinnahmten Beteiligungserträge erzielt die STAWAG im Geschäftsjahr 2020 insgesamt einen Verlust (EBT) vor Verlustübernahme von rund 20,5 Mio. Euro, was maßgeblich durch die signifikante Zuführung zu der Drohverlustrückstellung für das TKL im Zug des Kohleausstiegs begründet ist. Zur teilweisen Kompensation des Jahresfehlbetrags plant die STAWAG eine Entnahme aus der Gewinnrücklage in Höhe von rund 10,25 Mio. Euro und einen entsprechenden Ertrag aus der Verlustübernahme durch die E.V.A.

regio iT:

Zum 1. Januar 2020 hat die regio iT den IT-Geschäftsbetrieb der Civitec im Wege eines Asset-Deals erworben. Der Civitec war als strategischer Partner und Kunde bereits bisher mit 1 Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT beteiligt, stockte in diesem Zusammenhang seine Anteile an der regio iT auf 18 Prozent der Geschäftsanteile auf. Die regio iT firmiert weiterhin unter dem am Markt etablierten Namen. Als nun größter kommunaler IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen betreut die regio iT künftig mehr als 14 Mio. Einwohner in NRW direkt und indirekt mit Services am Unternehmenssitz in Aachen sowie den Niederlassungen in Siegburg, in Gütersloh sowie in weiteren Geschäftsstellen. Im Geschäftsjahr 2020 haben sich die wichtigsten wirtschaftlichen Kennziffern der regio iT hervorragend entwickelt. Entgegen der Marktentwicklung der IT-Branche konnte die regio iT ihren Umsatz und ihr Jahresergebnis steigern. Die Bundesregierung hatte u. a. im Rahmen des im Juni 2020 beschlossenen Konjunktur- und Zukunftspakets eine Aufstockung bereits laufender Digitalisierungs-Förderprogramme im kommunalen Umfeld beschlossen.

Vor diesem Hintergrund, aber auch vor dem Hintergrund von Wettbewerbsdruck bzw. steigenden gesetzlichen Anforderungen, haben unsere Kunden gezielt in die Digitalisierung von Geschäftsprozessen und die Modernisierung der IT-Systeme investiert. Die Corona-Pandemie hat zudem Digitalisierungsbedarf transparent gemacht und die Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen beschleunigt. Bedingt durch die Corona-Pandemie war ein beherrschendes Thema des Berichtsjahres die mobile Digitalisierung (z. B. Home-Office, Distanzlernen). Dies zeigt sich auch in der sehr deutlichen Steigerung der Umsätze aus dem Handels-/Leasinggeschäft. Hier konnte der Umsatz um 8,7 Mio. Euro oder 87,9 Prozent auf 18,6 Mio. Euro erheblich gesteigert werden. Wachstumstrei-

ber waren in diesem Umsatzsegment Mobile Devices bzw. Arbeitsplatzausstattung, z. B. für Schulen/Lehrer. Erneut und deutlich konnte trotz der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie das Beratungsgeschäft in allen Unternehmensbereichen gesteigert werden. Präsenztermine konnten durch Videokonferenzen ersetzt werden. Nachdem im Vorjahr in diesem Umsatzsegment mit 9,6 Mio. Euro bereits ein hervorragender Umsatz erzielt wurde, konnte dieser erneut gesteigert werden. Mit einem erzielten Beratungsumsatz von 12,1 Mio. Euro wurde ein neuer Bestwert erwirtschaftet.

Auch die Umsätze aus Produkt- und Applikationsbetrieb konnten deutlich gesteigert werden, hier konnte eine Steigerung um 33 Mio. Euro oder 64,6 Prozent auf 84,1 Mio. Euro erzielt werden. Auf Basis der breiten Produktpalette der regio iT konnten sowohl Umsatzzuwächse bei Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert werden. Sehr positiv haben sich insbesondere auch die übernommenen Kundenverträge bzw. deren Umsätze mit den Zweckverbandsmitgliedern des Civitec entwickelt. Da die Leistungen des Civitec bis 2019 überwiegend umsatzsteuerfrei waren, wurde mit dem Übergang der Kundenverträge auf die regio iT mit den Kunden eine schrittweise Überwälzung des Umsatzsteuersaldos in den kommenden Jahren vereinbart. Jedoch konnten schon im ersten Jahr des Zusammenschlusses die vertraglich vereinbarten Umsätze gesteigert und somit auch bei den Zweckverbandskommunen Umsatzzuwächse erzielt werden.

Dementsprechend liegt auch der Gesamtumsatz mit 122,3 Mio. Euro deutlich über dem Vorjahreswert (76,3 Mio. Euro). Die Gesamtleistung eines (IT-)Dienstleistungsunternehmens korreliert im hohen Maße mit der Personalkapazität. Die deutliche Steigerung des Gesamterfolges führt demnach auch zu höheren Personalkosten: Einem Vorjahreswert von 31,4 Mio. Euro steht ein Wert im Berichtsjahr von 46,6 Mio. Euro ent-

gegen. Mit 10,7 Mio. Euro im Berichtsjahr liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 2,1 Mio. Euro über dem Vorjahreswert (8,6 Mio. Euro). Aufgrund der hervorragenden Geschäftsentwicklung konnte das Ergebnis des Vorjahres vor Steuern (3,2 Mio. Euro) deutlich auf 5,6 Mio. Euro gesteigert werden. Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt 3,8 Mio. Euro (Vorjahr: 2,2 Mio. Euro). Diese hervorragende Entwicklung schon im ersten Jahr des Zusammenschlusses mit dem Civitec ist ein Spiegelbild der Digitalisierungsaktivitäten unserer Gesellschafter und Kunden. Sowohl bei den Kommunen als auch bei den kommunalen Unternehmen wurden entsprechende Projekte beauftragt. Beginnend mit Infrastruktur-Projekten (VDI/mobiles Arbeiten) sowie der Konsolidierung von Infrastruktur-Services in unserem Rechenzentrum. Wachstumstreiber war weiterhin die Digitalisierung von (Verwaltungs-)Prozessen, wie z. B. Dokumentenmanagementsysteme, elektronische Akten, Bürgerportale sowie SAP-Projekte bei Kommunen und kommunalen Unternehmen. Zusammenfassend sind es vielfältige Digitalisierungsthemen, die zu der hervorragenden Entwicklung der Gesamtleistung der regio iT im Geschäftsjahr 2020 geführt haben.

E.V.A.:

Die E.V.A. erzielte für das Geschäftsjahr 2020 ein positives Betriebsergebnis in Höhe von 1,6 Mio. Euro. Das operative Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. liegt damit deutlich über dem Planwert von 0,8 Mio. Euro.

Die Gesamtleistung einschließlich der sonstigen betrieblichen Erträge bleibt mit 17,3 Mio. Euro um 0,1 Mio. Euro unter dem Planansatz. Dies resultiert aus geringeren Umsatzerlösen aus Weiterberechnungen. Die Gesamtaufwendungen fallen im Jahr 2020 mit -15,6 Mio. Euro um 0,9 Mio. Euro geringer aus als geplant.

Das Betriebsergebnis überschreitet das Vorjahresergebnis um 1,4 Mio. Euro.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Konzerngesellschaften werden grundsätzlich dezentral gesteuert. Nachfolgend werden daher die wesentlichen Leistungsindikatoren der einzelnen Gesellschaften (Geschäftsbereiche) dargestellt.

ASEAG:

Zur internen Steuerung der ASEAG werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Betriebsleistung in Nutzkilometer
- Beförderte Personen
- Anzahl Mitarbeiter
- Jahresergebnis

Nachfolgende Tabelle zeigt die Leistungsindikatoren – teilweise mit ergänzenden Informationen:

		Wirtschaftsplan	Jahresabschluss	+/-
Nutzwagenkilometer eigene Leistung inkl. ESBUS	in tausend	9.950	8.819	-1.131
Nutzwagenkilometer angemietete Leistung ohne ESBUS	in tausend	9.485	10.143	658
	in tausend	19.435	18.963	-472
Beförderte Personen	in tausend	71.437	42.933*	-28.504
	in tausend	71.437	63.844**	-7.593
Beförderungserlöse	TEuro	57.088	48.699	-8.389
Zuschüsse	TEuro	8.414	9.577	1.067
Kosten Treibstoff	TEuro	-6.026	-4.216	1.810
Kosten Busanmietungen inkl. ESBUS	TEuro	-30.389	-33.701	-3.312
Mitarbeiteräquivalente (ESBUS)	Anzahl	139	129	-10
Kosten Fahreranmietungen (ESBUS)	TEuro	-6.078	-5.991	87
Mitarbeiteräquivalente eigene	Anzahl	557	555	-2
Kosten Personal	TEuro	-33.547	-32.075	1.473
darin enthalten:				
Kosten Altersversorgung	TEuro	-2.364	-1.717	648
Zinsaufwendungen im Wesentl. für Altersversorgung	TEuro	-10.116	-10.309	-192
Ergebnis ASEAG	TEuro	-33.006	-33.031	-25
darin enthalten:				
Ergebnis APAG	TEuro	1.300	-1.775	-3.075
Ergebnis ASEAG Reisen	TEuro	0	-278	-278
Ergebnis ESBUS	TEuro	23	117	94

* Die Berechnung erfolgt in Anlehnung an die VDV-Empfehlung zur Anpassung der Nutzungshäufigkeit bei Zeitkarten in der Corona-Pandemie.

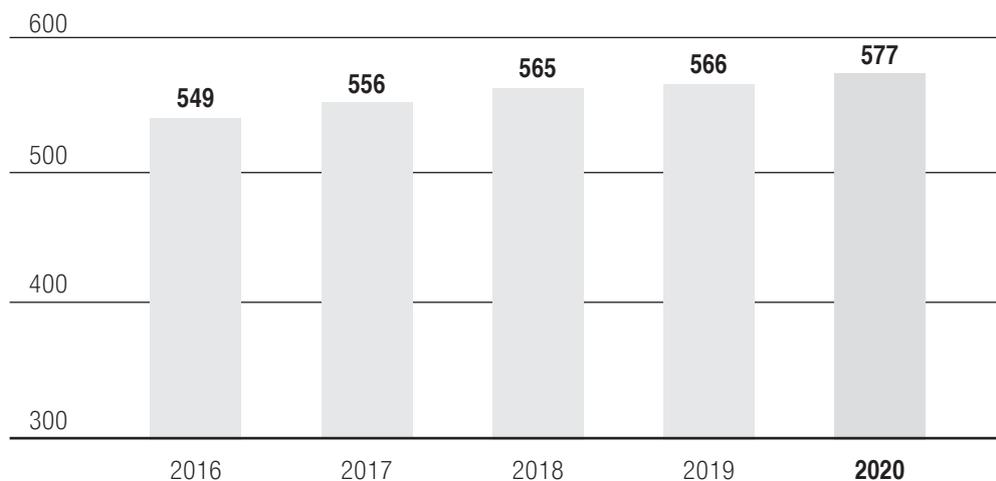
** Die Berechnung erfolgt ohne Berücksichtigung der pandemiebedingt reduzierten Nutzungshäufigkeit der Zeitkarten.

Stand 31.12.2020

Zum 31. Dezember 2020 beschäftigte die ASEAG 578 Mitarbeiter/-innen. Die Anzahl der Mitarbeiter/-innen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 11 Mitarbeiter. Den 47 Neueintritten standen 36 Austritte gegenüber.

Auch im Jahr 2020 wurden Fahrerschulungen im Rahmen der pandemiebedingten Möglichkeiten durchgeführt. In allen Bereichen fördert die ASEAG ihre Mitarbeiter/-innen und bietet Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen an. Dabei wurde 2020 verstärkt auf Online-Schulungen umgestellt.

Mitarbeiter gesamt



Mitarbeiter gesamt	2016	2017	2018	2019	2020
Vollzeitkräfte	469	475	478	480	490
Teilzeitkräfte	61	64	70	68	69
Auszubildende	19	17	17	18	18
	549	556	565	566	577

STAWAG:

Für die Steuerung der STAWAG sind die Umsatzerlöse (abhängig von ausgespreisten und abgesetzten Mengen) sowie die finanziellen Kennzahlen EBITDA, EBIT und EBT relevant. Deren Entwicklungen sind im Folgenden dargestellt:

Kennzahl	Plan 2020	Ist 2020	Abweichung	Abweichung %
Umsatzerlöse (TEuro)	296.629	311.947	15.318	5,2
EBITDA (TEuro)	-3.263	-51.150	-47.887	-1.467,6
EBIT (TEuro)	-9.187	-56.725	-47.538	-517,4
EBT (TEuro)	24.333	-20.471	-44.804	-184,1

Die Umsatzerlöse der STAWAG liegen im abgelaufenen Geschäftsjahr 2020 mit rund 311,9 Mio. Euro rund 5,2 Prozent über dem geplanten Niveau. Das EBIT liegt mit rund -56,7 Mio. Euro um 47,5 Mio. Euro unterhalb des Planwertes. Insgesamt erzielt die STAWAG

ein EBT von -20,5 Mio. Euro und unterschreitet den ursprünglichen Planwert infolge des negativen Sondereffektes um etwa 44,8 Mio. Euro.

Das Vertriebsgeschäft stellt sich hinsichtlich der Mengenentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr 2020 wie folgt dar:

Sparte (Menge) Vertriebsgeschäft	Plan 2020	Ist 2020	Abweichung	Abweichung %
Strom (Mio. kWh)	690	729	39	5,7
Gas (Mio. kWh)	1.148	1.107	-41	-3,6
Wasser (Mio. m ³)*	15	16	1	6,7
Wärmecontracting (Mio. kWh)	11	10	-1	-9,1

* ohne Verlustmengen

In der Stromsparte konnte der leichte Mengentrückgang im Sonderkundenbereich durch überplanmäßige Akquise Erfolge bei den Tarifkunden vollständig kompensiert werden. Auch im Gasgeschäft konnte ein Mengenzuwachs durch die Gewinnung neuer Tarifkunden erreicht werden.

Die Netzausspeisungen im Strombereich liegen zum Jahresende um etwa 4,95 Prozent unter dem Planwert sowie etwa 3,6 Prozent unterhalb des Vorjahreswertes, was ausschließlich aus den Auswirkungen der Corona-Pandemie und der damit im Zusammenhang stehenden Lock-Down-Maßnahmen resultiert. Im Gasbereich liegen die Netzausspeisungen witterungsbe-

dingt zum Ende des Jahres mit etwa 6 Prozent unterhalb des bereinigten Planwertes. Teilweise kompensiert wurde dieser Effekt durch die zusätzlichen Netzausspeisungen im Netzgebiet Dinslaken, sodass sich insgesamt eine Netzausspeisung ergibt, die etwa 1 Prozent unterhalb des Planwertes liegt.

Sparte (Menge)				
Netzausspeisung	Plan 2020	Ist 2020	Abweichung	Abweichung %
Strom (Mio. kWh)	2.265	2.153	-112	-4,95
Gas (Mio. kWh)	5.514	5.457	-57	-1,04

Die beschäftigten Mitarbeiter/-innen bzw. die Vollzeitäquivalente (VZÄ) der STAWAG beliefen sich – ohne Berücksichtigung des Vorstands, der Auszubildenden und der Aushilfen – zum Jahresende 2020 auf 98,1 VZÄ. Zusätzlich

waren zum 31. Dezember 2020 769,5 VZÄ bei den Tochtergesellschaften Regionetz (522,8 VZÄ), STAWAG Energie (34,8 VZÄ), FACTUR (210,1 VZÄ) und Eww (1,8 VZÄ) beschäftigt.

Mitarbeiteräquivalente	Plan 2020	Ist 2020	Abweichung	Abweichung %
STAWAG	103	98,1	-4,9	-4,8
Regionetz	538,4	522,8	-15,6	-2,9
STAWAG Energie	37,1	34,8	-2,3	-6,2
FACTUR	204,8	210,1	+5,3	+2,6
Eww	1,8	1,8	+/-0,0	+/-0,0

Das Durchschnittsalter der Belegschaft der STAWAG beträgt im Geschäftsjahr 2020 45,82 Jahre. Die STAWAG zeichnet sich als Arbeitgeber durch eine geringe Fluktuationsquote aus, die sich in einer durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von rund 13,6 Jahren niederschlägt.

regio iT:

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. Euro):

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter, mehrjähriger Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des **Rohergebnisses** und der einzelnen Umsatzsegmente. Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 70,6 Mio. Euro im Berichtsjahr (Vorjahr: 47,7 Mio. Euro). Das geplante Rohergebnis (67,3 Mio. Euro) wurde deutlich übertroffen (+3,3 Mio. Euro). Die Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb liegen mit 84,1 Mio. Euro ebenfalls über Planniveau (79,5 Mio. Euro). Deutlich überplanmäßig haben sich auch die Umsätze aus Handels- und Leasinggeschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (7,5 Mio. Euro) konnten sehr deutlich um 11,1 Mio. Euro übertroffen werden.

Ein weiterer wichtiger Indikator der eigenen Wertschöpfung ist der Anteil der Umsätze aus Projektleistungen und Beratung. Einem geplanten Umsatz von 9,5 Mio. Euro (9,4 Prozent der Gesamtumsätze) stand ein erzielter Umsatz von 12,1 Mio. Euro gegenüber.

Demzufolge lag das Ergebnis vor Steuern mit 5,6 Mio. Euro um 3,9 Mio. Euro sehr deutlich über dem Planwert (1,7 Mio. Euro). Die Gesamtleistungsrendite (vor Steuern) lag im Berichtsjahr in der Folge bei 4,5 Prozent (Plan 1,6 Prozent, Vorjahr: 4,2 Prozent).

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen Anforderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

Das Managementsystem (IMS) der regio iT hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Mittlerweile ist das Managementsystem so aufgebaut, dass es möglich ist, die drei für die regio iT wichtigen Normen ISO 9001 (Organisation und Prozesse), ISO 27001 (Sicherheit) und ISO 20000 (Servicemanagement) zeitgleich von den externen Auditoren hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen zu lassen. Die Audits fanden im Juni 2020 für die Standorte Aachen und Gütersloh statt. Das Auditergebnis bestätigt, dass das Qualitäts-, Informations-, Sicherheits- und Servicemanagement-System für diese Standorte wirksam implementiert ist. Insgesamt wurden keine wesentlichen Abweichungen zu den zugrundeliegenden Normforderungen festgestellt.

Die Einführung von intelligenten Messsystemen (Smart Metern) ist das Startsignal für die Digitalisierung der Energiewende in Deutschland. Die Voraussetzung für die Bereitstellung von IT-Services und die Durchführung von Geschäftsprozessen (Smart Meter Gateway Administration) ist eine Bestätigung bzw. Zertifizierung, dass die regio iT die Anforderungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik gemäß Messstellenbetriebsgesetz § 25 erfüllt. Im Rahmen der IMS Audits wurde bestätigt, dass die regio iT diese Anforderungen umgesetzt hat und anwendet. Diese ergänzende Zertifizierung (nach BSI TR-03109-6, Version 1) ist bis 2023 gültig.

Für die regio iT bedeuten die positiven Ausichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Daher ist es für die regio iT bei der Gewinnung neuer Fachkräfte ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit 2011 hält die regio iT das Siegel „Beruf und Familie“ der Hertie-Stiftung (berufundfamilie GmbH). Das Siegel bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote der regio iT zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Die regio iT ist nach der Bestätigung der Zertifizierung im Jahr 2020 auch weiterhin berechtigt, dieses Siegel bis 2023 zu führen.

E.V.A.:

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse
- Betriebsergebnis
- Beteiligungsergebnis
- Anzahl Mitarbeiter

E.V.A. Leistungsindikatoren		Wirtschaftsplan	Jahresabschluss
Umsatzerlöse	TEuro	16.428	16.267
EBIT	TEuro	831	1.643
Beteiligungsergebnis	TEuro	-12.134	-42.153
davon ASEAG	TEuro	-33.000	-33.031
davon STAWAG	TEuro	19.618	-10.236
davon regio iT	TEuro	1.082	948
davon gewoge	TEuro	166	166
Anzahl Mitarbeiter	MAÄ ¹⁾	117,7	107,5

1) MAÄ = Mitarbeiteräquivalent, entspricht einem Vollzeitmitarbeiter/-in

Die **Umsatzerlöse** aus dem operativen Geschäft der E.V.A. in Höhe von 16,3 Mio. Euro fielen um 0,1 Mio. Euro geringer aus als der Planwert. Sie bestanden aus Erlösen für kaufmännische Dienstleistungen und für Gebäudedienstleistungen in Höhe von 13 Mio. Euro (Plan: 12,8 Mio. Euro) und aus Weiterberechnungen an Konzerngesellschaften in Höhe von 3,2 Mio. Euro (Plan: 3,6 Mio. Euro), insbesondere aus weiterberechneten EDV-Kosten, aus Beratungs- und Prüfungsaufwendungen sowie aus freiwilligen Sozialaufwendungen (z. B. Job-Ticket). Die Planabweichung von 0,4 Mio. Euro resultiert insbesondere aus weggefallenen Weiterberechnungen von Seminaaraufwendungen, da aufgrund der Corona-Pandemie das geplante Führungskräfteentwicklungsprogramm nicht durchgeführt werden konnte.

Bei den **sonstigen betrieblichen Erträgen** in Höhe von rund 1 Mio. Euro handelt es sich fast ausschließlich um Erträge aus dem Anteilsverkauf der regio iT (3 Prozent) an die Civitec, die bereits in der Planung berücksichtigt waren. Ansonsten beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge außerplanmäßige Sachverhalte, insbesondere Erträge aus Erstattungen des Arbeitsamtes und der Krankenkassen.

Die **Gesamtaufwendungen** unterschritten mit 15,6 Mio. Euro den Ansatz aus der Wirtschaftsplanung (16,6 Mio. Euro) um 0,9 Mio. Euro.

- Der Materialaufwand fällt mit -3,7 Mio. Euro aufgrund einer geringeren Inanspruchnahme von Fremdleistungen Dritter, insbesondere von IT-Beratungen der regio iT, um insgesamt 0,1 Mio. Euro niedriger aus als geplant.
- Der Personalaufwand weist mit -9,3 Mio. Euro eine Planunterschreitung von 0,7 Mio. Euro auf. Diese ist auf geringere Vergütungen und soziale Abgaben zurückzuführen, da der Personalbestand der E.V.A. den Planwert in Höhe von 117,7 Mitarbeiteräquivalenten

(Vollzeitstellen) um 9,8 Mitarbeiteräquivalenten unterschreitet.

- Die Abschreibungen liegen mit -0,1 Mio. Euro um 0,1 Mio. Euro unter dem Planwert. Die für 2020 geplanten Abschreibungen ergeben sich zu einem Großteil aus den für 2019 geplanten Investitionen in Höhe von 0,6 Mio. Euro. Von diesen Investitionen wurden jedoch nur 0,2 Mio. Euro realisiert. Die Investitionen wurden zum Teil verschoben oder werden in das laufende SAP-Projekt S/4 HANA integriert.
- Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen bei -2,5 Mio. Euro und unterschreiten den Planwert um 0,1 Mio. Euro. Geringere Aufwendungen ergeben sich insbesondere bei den Fortbildungs- und Seminaaraufwendungen sowie Reisekosten von insgesamt 0,4 Mio. Euro. Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus dem geplanten konzernweiten Führungskräfteentwicklungsprogramm (Budget 0,3 Mio. Euro), das aufgrund der Corona-Pandemie nicht durchgeführt wurde. Gegenläufig wirken sich insbesondere höhere Beratungs- und Rechtskosten aus, die den Planwert von 0,4 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro überschreiten. Weiterhin wurden nicht geplante sogenannte Verwarentgelte für Bankguthaben und IHK-Beiträge in Höhe von insgesamt 0,1 Mio. Euro erhoben.

Insgesamt erzielte die E.V.A. für das Geschäftsjahr 2020 ein positives Betriebsergebnis in Höhe von 1,6 Mio. Euro. Das operative Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. lag damit um 0,8 Mio. Euro über dem Planwert.

Das Gesamtergebnis der E.V.A. wurde wesentlich geprägt durch die Gewinnabführung bzw. durch die Verlustübernahme von der STAWAG und von der ASEAG sowie durch die Beteiligungsergebnisse der regio iT und der gewoge.

Die E.V.A. weist für 2020 ein **Beteiligungsergebnis** von -42,1 Mio. Euro (Plan: -12,1 Mio. Euro) aus. Die maßgebliche Ursache für die negative Planabweichung ist die Verlustübernahme der STAWAG in Höhe von -10,2 Mio. Euro (Plan: 19,6 Mio. Euro), was maßgeblich durch die signifikante Zuführung zu der Drohverlustrückstellung für das TKL im Zuge des Kohleausstiegs begründet ist. Zur teilweisen Kompensation des Jahresfehlbetrags der STAWAG in Höhe von -20,5 Mio. Euro wird eine Entnahme aus der Gewinnrücklage in Höhe von rund 10,2 Mio. Euro eingeplant. Der Verlust der **ASEAG** für das Geschäftsjahr 2020 in Höhe von -33 Mio. Euro liegt auf Planniveau. Die **regio iT** hat aus dem Jahresüberschuss 2019 ein Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,9 Mio. Euro an die E.V.A. ausgeschüttet und lag somit um 0,1 Mio. Euro unter Plan. Der Ergebnisbeitrag der gewoge lag mit 0,2 Mio. Euro ebenso auf Planniveau.

Der E.V.A.-Konzern beschäftigte zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 insgesamt 1.741 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inklusive Auszubildende und Aushilfen.

Ertragslage

Im Berichtsjahr 2020 wurden neben der E.V.A. insgesamt 17 (Vorjahr: 18) Tochterunternehmen gemäß Aufstellung des Anteilsbesitzes in den Konsolidierungskreis einbezogen. Die Energiewerke Waldbröl GmbH, Waldbröl, wurde aus dem Konzernabschluss ausgegliedert.

Die Ertragslage des E.V.A.-Konzerns wurde im Berichtsjahr 2020 durch die wirtschaftliche Geschäftsentwicklung und Ergebnisbeiträgen der Beteiligungsgesellschaften aus der Energieversorgung und aus dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bestimmt. Im laufenden Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine negative Ergebnisentwicklung.

Bei der STAWAG wurde erstmalig ein Fehlbetrag von 20,5 Mio. Euro (Vorjahr: Gewinnabführung 32 Mio. Euro) vor Auflösung von Gewinnrücklagen und einer Verlustübernahme, ausgewiesen. Wesentliche Ursache hierfür war eine Zunahme bei den drohenden Verlusten aus dem konventionellen Kraftwerksbereich.

Bei der Regionetz beträgt das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT) der Regionetz nach sonstigen Steuern im abgelaufenen Geschäftsjahr 44,5 Mio. Euro (Vorjahr: 59,5 Mio. Euro) und fließt nach Abzug der Ausgleichszahlung an den außenstehenden Gesellschafter EWW (12,2 Mio. Euro) und den darauf entfallenden Steuern (2,3 Mio. Euro) über den geschlossenen Ergebnisabführungsvertrag in Höhe von etwa 30 Mio. Euro an die STAWAG.

Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2020 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 33 Mio. Euro abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverschlechterung von 2,7 Mio. Euro. Davon resultieren insgesamt -0,2 Mio. Euro aus einem schlechteren Betriebsergebnis und -2,5 Mio. Euro aus einem ebenfalls rückläufigen Finanz- und Beteiligungsergebnis, wovon 3,5 Mio. Euro auf eine Ergebnisverschlechterung bei der APAG zurückzuführen sind. Hingegen verringerte sich der Zinsaufwand zu den Pensionsrückstellungen um rund 1,1 Mio. Euro.

Der Konzern-Umsatz verringerte sich im Geschäftsjahr um 4,6 Mio. Euro bzw. 0,7 Prozent auf 689,8 Mio. Euro (Vorjahr: 694,4 Mio. Euro). Ausschlaggebend für den Umsatzrückgang ist hierbei im Wesentlichen die Umsatzentwicklung bei der STAWAG, bei der ASEAG und bei der APAG. Die Umsätze bei der Regionetz und bei der FACTUR nahmen hingegen zu.

Die Umsatzentwicklung bei der STAWAG war hingegen rückläufig. Bei der STAWAG wurden im Stromgeschäft die Verkaufspreise im Tarifkundensegment zum 1. Februar 2020 aufgrund

der Weitergabe von Kostensteigerungen erhöht. Die erzielten Umsatzerlöse aus diesem Segment konnten die rückläufigen Umsätze bei den Sondervertragskunden im Geschäftsjahr leicht überkompensieren. Trotz der erfolgreichen Kundenbindung und der Kundenrückgewinnung waren die Absatzmengen im Tarifikundengeschäft leicht rückläufig. Im Sonderkundengeschäft waren die Absatzmengen – vor allem bei Fahrplanlieferungen – gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Somit fällt das Stromvertriebsergebnis insgesamt mit einer Verringerung von rund 4,6 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr schlechter aus. Bei der Stromvermarktung aus dem konventionellen Kraftwerksbereich nahmen die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr um 3,3 Mio. Euro ab. Die Verkaufspreise blieben unverändert auf dem Niveau vom 1. Oktober 2019. Im Tarifikundensegment lagen die Absatzmengen im Wesentlichen witterungsbedingt unterhalb des Vorjahresniveaus. Auch im Sondervertragskundensegment waren die Absatzmengen rückläufig, sodass die Umsatzerlöse insgesamt um 1,2 Mio. Euro abnahmen.

In der Sparte Fernwärme gab es eine Preiserhöhung zum 1. Juli 2020. Die gestiegenen Verkaufspreise konnten die rückläufigen Absatzmengen kompensieren, sodass die Umsatzerlöse auf Vorjahresniveau lagen.

Seit der letzten Erhöhung der allgemeinen Wasserpreise zum 1. März 2017 blieben die Preise im Berichtsjahr konstant. In Folge der trockenen Witterung im Jahr 2019 und im Berichtsjahr 2020 lag der Umsatz auf Vorjahresniveau.

Der Umsatz in der Sparte Stadtentwässerung erhöhte sich geringfügig um rund 0,7 Mio. Euro auf 21,5 Mio. Euro.

Bei der Regionetz wurden im Geschäftsjahr insgesamt 2.153 GWh und damit etwa 3,6 Prozent weniger als noch im Geschäftsjahr 2019 aus dem von der Regionetz betriebenen Stromnetz ausgaspeist. Im Gasbereich betrug die von der

Regionetz abgewickelte Netzdurchleitung für insgesamt 274 Lieferanten und zwei Netzkunden mit direktem Netznutzungsvertrag insgesamt 5.457 GWh und damit etwa 0,3 Prozent weniger als noch im Jahr 2019. Die Umsatzerlöse der Regionetz betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr für alle Medien gemeinsam 402,2 Mio. Euro (Vorjahr: 375,6 Mio. Euro).

Die Umsatzerlöse der ASEAG aus Verkehrseinnahmen zzgl. Zuschüsse sanken trotz Tarifierhöhung von nominal 1,77 Prozent zum Vorjahr um 6,6 Mio. Euro auf 59,2 Mio. Euro. Die sonstigen Umsatzerlöse, wie zum Beispiel Fahrzeugvermietungen, Sonderverkehre und Leistungen für andere Verkehrsunternehmen, sanken um 0,5 Mio. Euro auf rund 5,1 Mio. Euro. Ausschlaggebend für die rückläufigen Umsatzerlöse war die Corona-Pandemie ab März 2020.

Bei der APAG lagen die Umsatzerlöse des Jahres 2020 mit 10,1 Mio. Euro um 4,4 Mio. Euro (30,5 Prozent) unter dem Vorjahreswert. Bei den Kurzparkern sanken die Erlöse um 3,7 Mio. Euro (36,3 Prozent), bei den Dauerparkern verminderten sich die Erlöse um 0,1 Mio. Euro (4,6 Prozent).

Bei der FACTUR belaufen sich im Geschäftsjahr 2020 die konzernfremden Umsätze auf 10,7 Mio. Euro. Im Vergleich zum Vorjahreswert von 8,8 Mio. Euro beträgt die Differenz 1,9 Mio. Euro. Ursächlich für diese Steigerung ist unser Kunde MONTANA, der seit Juli 2018 Prozessdienstleistungen von uns bezieht. Die Umsätze mit verbundenen Unternehmen erreichen im Jahr 2020 ein Volumen von 16,9 Mio. Euro (Vorjahr: 16,1 Mio. Euro). Diese Veränderung von 0,8 Mio. Euro resultiert aus der Ende 2019 übernommenen Marktkommunikation, sowie der neuen Prozesse für MOS Billing und Wechselprozesse im Messwesen (WiM) für die Netzgesellschaft. Insgesamt bewegt sich der Gesamtumsatz im Jahr 2020 mit 27,6 Mio. Euro um 2,6 Mio. Euro über dem Niveau des Jahres 2019 (Vorjahr: 25 Mio. Euro).

Die sonstigen betrieblichen Erträge im Konzern erhöhten sich um 4,1 Mio. Euro auf 26,3 Mio. Euro. Sie beinhalten unter anderem die Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 5,9 Mio. Euro, die Anlagenabgänge in Höhe von 6,8 Mio. Euro, die Zuschüsse in Höhe von 9,2 Mio. Euro sowie die sonstigen periodenfremden Erträge in Höhe von 0,4 Mio. Euro.

Die Materialaufwendungen des Konzerns erhöhten sich um 70,6 Mio. Euro auf 507 Mio. Euro. Hierbei entfielen auf bezogene Waren 304,3 Mio. Euro (Vorjahr: 229,5 Mio. Euro) und auf bezogene Leistungen 202,7 Mio. Euro (Vorjahr: 206,9 Mio. Euro).

Im Geschäftsjahr 2020 beschäftigte der E.V.A.-Konzern im Konsolidierungskreis im Jahresdurchschnitt 1.643 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 1.622), 51 Auszubildende und 33 Aushilfen. Die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse (ohne Auszubildende und Aushilfen) stiegen insgesamt um 21 gegenüber dem Vorjahr. Bei der Bewertung der Pensionsrückstellung wurden im Berichtsjahr die aktuellen Heubeck-Richttafeln RT 2018 angewandt. Der Personalaufwand verringerte sich im Berichtsjahr um insgesamt 1,5 Mio. Euro auf 121,4 Mio. Euro.

Die Abschreibungen des Anlagevermögens erhöhten sich um 3,2 Mio. Euro auf 45,3 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr. Hierin enthalten sind außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 0,6 Mio. Euro.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerten sich um 13,2 Mio. Euro auf 73,2 Mio. Euro. Sie beinhalten im Wesentlichen die Konzessionsabgaben in Höhe von 24,6 Mio. Euro (Vorjahr: 24,8 Mio. Euro), die Aufwendungen für Beratungs- und für Prüfungskosten in Höhe von 5,3 Mio. Euro (Vorjahr: 7,9 Mio. Euro) und für Marketingmaßnahmen in Höhe von 3,4 Mio. Euro (Vorjahr: 3,9 Mio. Euro) sowie für Versicherungsprämien in Höhe von 3 Mio. Euro (Vorjahr:

3,1 Mio. Euro). Die periodenfremden Aufwendungen betragen 0,9 Mio. Euro (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro).

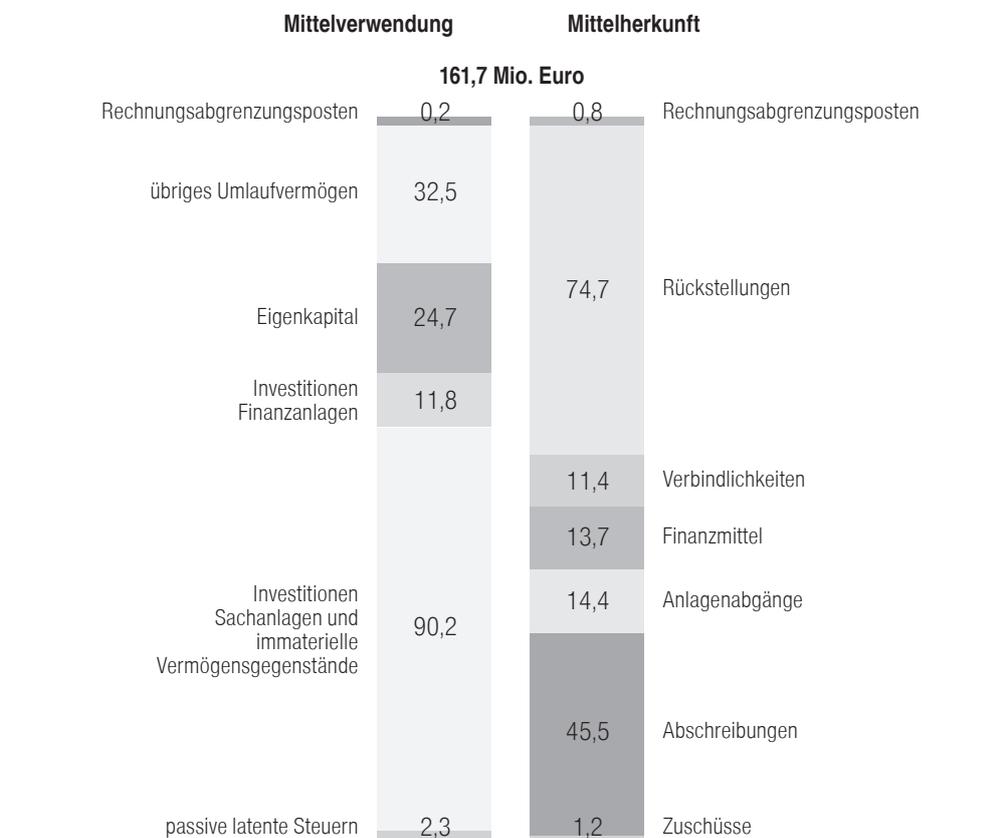
Das Betriebsergebnis verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr um 52,7 Mio. Euro auf nunmehr -8,2 Mio. Euro.

Das Finanzergebnis verbesserte sich um 12,2 Mio. Euro auf -27,8 Mio. Euro. Das bessere Finanzergebnis resultiert im Wesentlichen aus dem rückläufigen negativen Zinsergebnis in Höhe von -42,2 Mio. Euro (Vorjahr: -45,9 Mio. Euro), aus den rückläufigen Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von -0,3 Mio. Euro (Vorjahr: 6,8 Mio. Euro) sowie aus einem besseren Beteiligungsergebnis von 12,9 Mio. Euro (Vorjahr: 10,7 Mio. Euro). Die gesamten Zinsaufwendungen zu Pensionsrückstellungen betragen im Berichtsjahr 34,9 Mio. Euro (Vorjahr: 38,5 Mio. Euro).

Das Konzernergebnis vor Steuern beträgt -36 Mio. Euro und liegt damit um 40,6 Mio. Euro unter dem Vorjahresergebnis.

Die Ertragsteuern betragen insgesamt 6,5 Mio. Euro und beinhalten Nachbelastungen nach Verrechnung mit Erstattungsansprüche für Vorjahre in Höhe von 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: Erstattungsansprüche -0,1 Mio. Euro).

Finanzlage



Im Jahr 2020 belief sich das Finanzierungsvolumen des E.V.A.-Konzerns auf 161,7 Mio. Euro. Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und in Sachanlagen betragen insgesamt 90,2 Mio. Euro und betrafen Erneuerungen und Ertüchtigungen in die Strom-, die Gas-, die Wasser- und die Wärmenetze sowie in das Straßenbeleuchtungsnetz bei der Regionetz, der STAWAG und der Alsdorf Netz in Höhe von rund 68,7 Mio. Euro. Weitere Investitionen erfolgten bei der ASEAG für Fahrzeuge des Personennahverkehrs mit Elektroantrieb und konventionellem Antrieb in Höhe von 5,1 Mio. Euro nach Abzug von Zuschüssen. Darüber hinaus erfolgten weitere Investitionen in das Finanzan-

lagevermögen aus Beteiligungen, vornehmlich an Windparkgesellschaften bei der STAWAG Energie. Die diesbezüglichen Geschäftsanteile an Windparkgesellschaften, die zur Veräußerung anstehen, werden im Umlaufvermögen ausgewiesen.

Zur weiteren Optimierung der kurz- und mittelfristigen Finanzierungsstrategie besteht ein konzernweites einstufiges Cash-Pooling-System bei der E.V.A., in das alle Konzerngesellschaften außer die Regionetz sowie die Solar- und Windparkgesellschaften, eingebunden sind. Das Cash-Pooling-System verwaltet alle liquiden Mittel und stellt den notwendigen Betriebsmittelbedarf den Konzerngesellschaften zur Verfügung.

Bei der Mittelherkunft standen insgesamt 59,9 Mio. Euro aus Abschreibungen und aus Anlagenabgängen sowie weitere 74,7 Mio. Euro aus höheren Rückstellungen zur Verfügung. Bei den Rückstellungen entfallen auf die Zunahme bei den Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen 22,7 Mio. Euro und bei den sonstigen Rückstellungen 59,8 Mio. Euro. Hingegen nahmen die Steuerrückstellungen um 7,9 Mio. Euro ab. In den sonstigen Rückstellungen sind Drohverlustrückstellungen der STAWAG aufgrund der Beteiligung an der Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG, Lünen, (TKL) aus dem konventionellen Stromerzeugungsbereich und aus Stromlieferverträgen sowie aus der Beteiligung an der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen, (TGE) für die Bewirtschaftung des Gasspeicherbetriebs enthalten.

Ferner standen Finanzierungsmittel aus Verbindlichkeiten in Höhe von 11,4 Mio. Euro und aus Finanzmitteln in Höhe von 13,7 Mio. Euro zur Verfügung.

Die gestiegenen Verbindlichkeiten resultieren mit 22,1 Mio. Euro aus höheren Darlehensschulden und mit 0,2 Mio. Euro aus Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen. Gegenläufig hierzu waren die übrigen Bilanzposten aus dem Verbindlichkeitspiegel in Höhe von 10,9 Mio. Euro. Bei den bestehenden kurzfristigen Betriebsmittelkreditlinien gegenüber Kreditinstituten profitierte der Konzern weiterhin von dem geringen Zinsniveau auf dem Geld- und Kapitalmarkt. Im E.V.A.-Konzern werden derivative Finanzinstrumente in Form von Commodity-Swap-Geschäften zur Absicherung von Zinsrisiken aus Darlehen eingesetzt.

Vermögenslage

	Vermögen	Kapital	
	1.238,5 Mio. Euro		
Rechnungsabgrenzungsposten	8,4	5	Rechnungsabgrenzungsposten
übriges Umlaufvermögen	228,2	262	kurzfristige Rückstellungen/ Verbindlichkeiten
Guthaben bei Kreditinstituten	35,9	38,3	latente Steuern
immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	799,7	679,1	langfristige Rückstellungen/ Verbindlichkeiten
Finanzanlagen	166,3	42,9	Zuschüsse
		211,2	Eigenkapital

Die Bilanzsumme des Konzerns erhöhte sich zum Bilanzstichtag um 61,2 Mio. Euro (5,2 Prozent) auf 1.238,5 Mio. Euro.

Das Sachanlagevermögen in Höhe von insgesamt 788 Mio. Euro wird von den technischen Netzanlagen der Regionetz in Höhe von 367 Mio. Euro dominiert. Zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 11,7 Mio. Euro ergeben sich insgesamt 64,6 Prozent des Gesamtvermögens. Die Finanzanlagen betreffen im Wesentlichen die nichtkonsolidierten Beteiligungen der STAWAG und der STAWAG Energie an Energieerzeugungsgesellschaften und an Stadtwerken und betragen 13,4 Prozent der Bilanzsumme. Die restlichen Vermögensanteile resultieren mit 2,9 Prozent aus liquiden Mitteln, mit 18,4 Prozent aus dem sonstigen Umlaufvermögen und mit 0,7 Prozent aus dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Die Kapitalseite besteht zu 54,8 Prozent aus langfristigen Mitteln, die im Wesentlichen mit 392,7 Mio. Euro aus Pensionsrückstellungen, mit 234,5 Mio. Euro aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, mit 12,5 Mio. Euro aus Darlehensschulden gegenüber Gesellschaftern sowie mit 24 Mio. Euro aus Darlehen aus Stiftungsmitteln, die durch die Stadt Aachen verwaltet werden, resultieren. Die Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung des passiven Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung beträgt 17,1 Prozent. Damit ist das Anlagevermögen zu 92,2 Prozent durch langfristige Mittel gedeckt.

Die restlichen Mittel bestehen mit 21,2 Prozent aus kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten, mit 3,4 Prozent aus Zuschüssen, mit 3,1 Prozent aus latenten Steuern sowie mit 0,4 Prozent aus dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

III. Prognosebericht

In ihrem Frühjahrgutachten prognostizieren die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute einen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 3,7 Prozent im laufenden Jahr und um 3,9 Prozent im Jahr 2022.

Der erneute Shutdown verzögert die wirtschaftliche Erholung, die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal wird um 1,8 Prozent sinken. Die neue Infektionswelle und die damit verbundenen Eindämmungsmaßnahmen führen zu einer Abwärtsrevision der Prognose für das Jahr 2021 um 1 Prozentpunkt im Vergleich zum Herbstgutachten 2020. In ihrer Prognose gehen die Institute davon aus, dass der derzeitige Shutdown zunächst fortgesetzt wird und dabei auch die zuletzt erfolgten Lockerungen wieder weitgehend zurückgenommen werden. Erneute Lockerungsschritte werden erst ab Mitte des zweiten Quartals erwartet, eine Aufhebung der Beschränkungen dann bis zum Ende des dritten Quartals.

Angesichts der zu erwartenden Lockerungen dürfte auch die Erholung der Erwerbstätigkeit im Sommerhalbjahr an Fahrt gewinnen. Im Jahresdurchschnitt ist für das Jahr 2021 ein Anstieg der Erwerbstätigkeit um 26.000 Personen zu erwarten. Im kommenden Jahr dürfte der Anstieg 539.000 Personen betragen, wobei das Vorkrisenniveau im ersten Halbjahr erreicht wird. Im Zuge der Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen ab Mai wird auch die Zahl der Arbeitslosen verstärkt zurückgehen.

Die Prognose des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geht in seinem Frühjahrgutachten 2021 und 2022 davon aus, dass im Jahr 2021 das preisbereinigte BIP um 3,1 Prozent steigen wird. Die Arbeitslosenquote wird im Jahr 2021 mit 5,9 Prozent auf dem Vorjahresniveau erwartet. Die Verbraucherpreisinflation dürfte

vor allem in diesem Jahr aufgrund höherer Energiepreise sowie des Auslaufens der Umsatzsteuersenkung vorübergehend anziehen. Für die Jahre 2021 und 2022 rechnet der Sachverständigenrat mit jahresdurchschnittlichen Inflationsraten in Deutschland von 2,1 Prozent beziehungsweise 1,9 Prozent.

Zurzeit besteht in Deutschland und Europa das Risiko einer dritten Infektionswelle – verstärkt durch die Verbreitung von Mutationen des SARS-CoV-2-Virus. Ein starker Anstieg der Infektionszahlen könnte die konjunkturelle Erholung verzögern, insbesondere, wenn die Industrie stark von Einschränkungen und Betriebsschließungen betroffen wäre. Dagegen könnten schnellere Impffortschritte die Pandemie früher eindämmen, die Aufhebung von Einschränkungen erlauben und die Erholung beschleunigen.

In ihrer Konjunkturumfrage zu Jahresbeginn 2021 kommt die Industrie- und Handelskammer Aachen (IHK) zum Ergebnis, dass bei einem Großteil der Unternehmen in der Region Aachen sich die aktuelle Situation deutlich verbessert hat, wenngleich noch etliche Betriebe unter den Folgen der Corona-Pandemie leiden. Jeder dritte Befragte beurteilt die aktuelle Situation positiv, jeder fünfte Unternehmer ist nicht zufrieden. Besonders betroffen ist weiterhin das Gastgewerbe, das seit dem ersten Lockdown im Frühjahr massive Umsatzeinbrüche verzeichnet, während in der Industrie eine ausgewogene Lagebewertung vorherrscht.

Bei der Mehrzahl der Industriebetriebe ist die Auslastung ihrer Produktionskapazitäten spürbar gestiegen. Diese positive Entwicklung zum Jahresende 2020 hat jedoch nicht ausgereicht, um die Ertragslage in Summe zu verbessern. Die gute Nachricht: Die meisten Befragten sehen nach wie vor keine gravierenden finanziellen Konsequenzen für ihr Unternehmen. Drei von zehn Befragten rechnen damit, dass die

Nachfrage weiter anzieht, rund jeder vierte ist zurückhaltend. Über alle Branchen hinweg wird nur ein leichtes Umsatzwachstum vorhergesagt.

Die Arbeitslosenquote stieg in der Region Aachen innerhalb eines Jahres um 1 Prozentpunkt auf 6,9 Prozent. In NRW liegt sie aktuell bei 7,5 Prozent, in Deutschland bei 5,9 Prozent. Der verhältnismäßig geringe Anstieg der Arbeitslosigkeit ist auch dem Instrument der Kurzarbeit zu verdanken, durch das viele Betriebe in der Lage waren, ihre Mitarbeiter zu halten.

Der Wirtschaftsplan der E.V.A. für das Jahr 2021 geht von einem ausgeglichenen Betriebsergebnis aus. Gegenüber dem Betriebsergebnis 2020 ist das eine Ergebnisverschlechterung von rund 1,6 Mio. Euro. Ursächlich hierfür ist eine um 0,8 Mio. Euro geringere Gesamtleistung in Höhe von 16,5 Mio. Euro sowie ein um 0,8 Mio. Euro höherer Gesamtaufwand in Höhe von 16,5 Mio. Euro. Die Reduzierung der Gesamtleistung im Wirtschaftsplan ist darauf zurückzuführen, dass im Geschäftsjahr 2020 sonstige betriebliche Erträge aus dem Verkauf von regio iT-Anteilen an den Civitec in Höhe von rund 1 Mio. Euro enthalten sind, für 2021 sind jedoch keine sonstigen betrieblichen Erträge geplant. Dagegen liegen die für 2021 geplanten Umsatzerlöse mit 16,5 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro über denen des Jahres 2020. Die Erhöhung des Gesamtaufwands in der Planung 2021 begründet sich im Wesentlichen mit einem höheren Personalaufwand, der mit 10,3 Mio. Euro um rund 0,9 Mio. Euro höher ausfällt als der Personalaufwand im Jahre 2020. Der Personalkostenanstieg resultiert aus einem geplanten Personalzugang von 4,6 Mitarbeiteräquivalenten (MAÄ) sowie aus einer geplanten Tariflohnsteigerung von 2,5 Prozent. Gegenläufig wirkt sich im Wirtschaftsplan im Vergleich zum Vorjahr der um 0,2 Mio. Euro geringere sonstige betriebliche Aufwand aus.

Ferner wurden ein negatives Beteiligungsergebnis in Höhe von -14,5 Mio. Euro und ein

negatives Zinsergebnis von -1,4 Mio. Euro in der Planung berücksichtigt. Für das laufende Geschäftsjahr 2021 ergibt sich gemäß Wirtschaftsplanung somit ein Jahresfehlbetrag vor Steuern und vor Ausgleichzahlung in Höhe von -15,9 Mio. Euro und unter Berücksichtigung der geplanten Steueraufwendungen in Höhe von -3,4 Mio. Euro ein Jahresfehlbetrag nach Steuern von -19,3 Mio. Euro. Um die Hälfte des Stammkapitals zu sichern, wurde eine Ausgleichszahlung durch die Stadt Aachen in Höhe von 19,3 Mio. Euro angenommen, sodass das geplante Jahresergebnis nach Ausgleichszahlung Null Mio. Euro beträgt.

Das geplante negative Beteiligungsergebnis der E.V.A. in Höhe von -14,5 Mio. Euro wird sich - voraussichtlich aufgrund der bei der STAWAG bereits im Jahre 2020 gebildeten Drohverlustrückstellung für den defizitären Betrieb des TKL und der sich aus der fortan sukzessiven Inanspruchnahme der gebildeten Drohverlustrückstellung ergebenden positiven Ergebniseffekte - in den Folgejahren deutlich erhöhen. Zurzeit geht die E.V.A. davon aus, dass sich das Beteiligungsergebnis für das Jahr 2021 um rund 10,8 Mio. Euro auf 3,7 Mio. Euro verbessern wird.

Ohne Berücksichtigung von Geschäftsführern, Auszubildenden und Aushilfskräften wird die geplante Personalstärke zum Ende des Geschäftsjahres 2021 114 Mitarbeiteräquivalente betragen.

Die Corona-Pandemie ist kunden- und erlösseitig eines der beherrschenden Themen des ÖPNV-Marktes. Losgelöst jedoch von dieser Thematik wird die Rolle des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bei der Gestaltung der Verkehrswende intensiver denn je diskutiert. Die **ASEAG** hat im Herbst 2019 - also vor Ausbruch der Corona-Pandemie - ihre „Vision 2027“ in die politische Diskussion eingebracht, die neben einem erheblichen Ausbau

der Infrastruktur auch eine generelle Leistungsausweitung von etwa 30 Prozent des heutigen Leistungsangebots beinhaltet. Die Diskussion hierüber kam zwar zwischenzeitlich leicht ins Stocken, aber mit Beginn des Kommunalwahlkampfes 2020 war Klimaschutz und die Rolle des ÖPNV hierbei parteiübergreifend wieder auf der Agenda. Mit der Verabschiedung des „Integrierten Klimaschutzkonzeptes“ im Stadtrat der Stadt Aachen, das u. a. die Umsetzung der Vision 2027 der ASEAG als ein Maßnahmenpaket zum Klimaschutz beinhaltet, wurde ein wesentlicher Eckpfeiler für kurz- bis mittelfristige Angebotsausweitungen gesetzt. Auch seitens der StädteRegion Aachen gibt es klare Hinweise, dass das Thema Verkehrswende ein bedeutender Bestandteil der Klimaschutzmaßnahmen sein wird. Zahlreiche Städte und Gemeinden der StädteRegion Aachen sind an die ASEAG herangetreten, um Konzepte für eine Angebotserweiterung gemeinsam mit der ASEAG zu erarbeiten. Dabei spielt die derzeit Corona-bedingte geringere Nachfrage nach der Verkehrsleistung vorerst keine Rolle. Mit einem Leistungsvolumen von knapp 19 Mio. Nutz-km pro Jahr ist die ASEAG das größte Verkehrsunternehmen im Aachener Verkehrsverbund (AVV). Dieses Leistungsvolumen darf über den Vergabezeitraum bis 2027 als gesichert angenommen werden und vor dem Hintergrund der derzeitigen politischen Rahmenbedingungen geht die ASEAG von einer sukzessiven Zunahme des Leistungsangebots aus. Darüber hinaus ist es weiterhin ein Ziel der ASEAG, die Vermarktung des ÖPNV auch in außerstädtischen Kernbereichen voranzutreiben. Neben den aktuellen Beratungen der Städte und Gemeinden gehen bereits konkrete Projekte in die Umsetzung. So ist es beispielsweise gelungen, im Rahmen von Förderprojekten des Landes NRW sowohl für Roetgen als auch für den teilweise ländlich geprägten Ortsteil Laurensberg der Stadt Aachen einen bedarfsorientierten Verkehr – Produktname NetLiner – zu gewinnen. Die Betriebs-

aufnahme wird im Jahr 2021 erfolgen. Im Jahr 2022 wird dann ein ebenfalls geförderter Schnellbus Aachen-Monschau die Bedienqualität auf dieser Relation weiter verbessern. Selbstverständlich schreiten auch die vom AVV koordinierten Untersuchungen zur Regio-Tram, einer Bahnverbindung zwischen Baesweiler und Aachen über Alsdorf und Würselen voran, die nach heutiger Auffassung auch von der ASEAG betrieben werden soll. Im Vorlauf auf diese Verbindung wird derzeit auch eine Taktverdichtung der heutigen Buslinie auf dieser Relation diskutiert. Während die politischen Diskussionen angebotsseitig auf eine weitere Ausweitung des Leistungsangebots hindeuten, ist im Hinblick auf die tarifpolitischen Maßnahmen bei den Fahrkartenpreisen aktuell eher eine Tendenz zu weiteren Fahrpreisvergünstigungen zu erkennen. Wenn es dazu kommt, wird dies die Ergebnissituation der ASEAG insgesamt belasten.

Nach einem dynamischen Personalaustauschprozess in den letzten Jahren zwischen ESBUS als Fahrbetriebstochter und der ASEAG zeigte sich kurzzeitig ein leicht abgeschwächtes Fluktuationsniveau im Fahrdienst der ASEAG. Inzwischen geht die ASEAG jedoch davon aus, dass es in den kommenden Jahren noch einmal zu einer verstärkten Nutzung der Möglichkeit zur „Rente mit 63“ geben wird. Aus diesem Grund hat die ASEAG ihre Bemühungen am Arbeitsmarkt für Busfahrer nochmals intensiviert, um bereits heute vorhandene Stellen wiederzubesetzen und gleichzeitig den stetig steigenden Bedarf zum Beispiel aufgrund von bestellten Mehrleistungen abzudecken. In den übrigen Funktionsbereichen der ASEAG werden keine signifikanten Veränderungen erwartet, sodass insgesamt von einem Personalbestand von ca. 563 Mitarbeiteräquivalenten im Jahr 2021 ausgegangen wird. Dies ist gegenüber 2020 lediglich eine geringe Zunahme. Der Abgang älterer Mitarbeiter wird dabei durch die Gesetzgebung zur Rente mit 63 auch in den kommenden Jah-

ren tendenziell beschleunigt. Der kostensenkenden Entwicklung durch den Personalabgang von Mitarbeitern mit weitreichenden Besitzstandswahrungen gegenüber Neubeschäftigten wirkt entgegen, dass die Gewerkschaften weiterhin hohe Tarifforderungen stellen. Darüber hinaus entstehen aufgrund der Schwierigkeiten in der Personalbeschaffung betriebliche Forderungen, die ebenfalls kostentreibend wirken. Insgesamt wird von Personalkosten in Höhe von 34,5 Mio. Euro ausgegangen. Hinzu kommen die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen, die aufgrund weiter fallender Zinsen auch im Jahr 2021 das Ergebnis erheblich belasten werden. Der Tarifabschluss zwischen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und dem Verband Nordrhein-Westfälischer Omnibusunternehmen e.V. (NWO), der Arbeitgeberverband der privaten Omnibusunternehmen in NRW, hat dazu geführt, dass faktisch aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG) keine Risiken mehr für die Vergabe an private Subunternehmen bestehen. Die Reduzierung des Kostenvorteils setzt sich durch den privaten Tarif gegenüber dem kommunalen Spartentarif durch hohe Tarifabschlüsse und sich verändernde sonstige Arbeitsbedingungen bei den Subunternehmern weiter fort.

Corona-bedingt kam es im Jahr 2020 zu einem erheblichen Rückgang der Beförderungserlöse, die jedoch durch einen ÖPNV-Rettungsschirm des Landes NRW und des Bundes vollständig aufgefangen wurden. Ein solcher Rettungsschirm wird derzeit auch für das Jahr 2021 auf politischer Ebene diskutiert und hat nach Einschätzung von Vertretern des AVV bzw. des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV) gute Chancen zumindest in großen Teilen realisiert zu werden. Auffällig bei der Entwicklung der Beförderungserlöse war dabei, dass – wie erwartet – die Kundensegmente besonders stark zurückgegangen sind, in denen der Fahrgast kurzfristige Entscheidungen treffen muss

bzw. kann – z.B. Einzeltickets, Wochenkarten (Spontankunden). Produkte mit einer regelmäßigeren Nutzung waren nicht so stark betroffen – Abo-Karten, Job-Tickets. Für 2021 geht die ASEAG von Beförderungserlösen in Höhe von 54,6 Mio. Euro aus. Die Vorstellung der Ergebnisse aus der im Jahr 2019 durchgeführten Verkehrserhebung wird im ersten Halbjahr 2021 erwartet. In die Planung ist die im AVV beschlossene Preissteigerung von 1,96 Prozent zum 1. Juli 2021 und ein Corona-bedingter Mengenabschlag im Bereich der Spontankunden eingeflossen. Aufgrund der aktuellen Diskussionen, die derzeit bezüglich der Rolle des ÖPNV in Deutschland geführt werden – insbesondere vor dem Hintergrund umweltpolitischer und sozialpolitischer Fragestellungen – geht die ASEAG von einer kurz- bis mittelfristigen Erholung der Nachfrage aus, sobald sich ein Ende der Corona-Pandemie abzeichnet. Effekte daraus lassen sich jedoch zurzeit nicht beziffern. Dabei wird es auch zu Tarifwanderungsbewegungen von höherpreisigen Gelegenheitsnutzer-Produkten zu Stammnutzer-Produkten kommen, sodass hiermit nicht zwangsweise Mehrerlöse verbunden sind. Andere wichtige Erlöspositionen wie Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung (§ 11a ÖPNVG-NRW) und für Schwerbehinderte (§§ 228 ff. SGB IX), sowie Zuschüsse für das Mobilitätsticket (Sozialticket) werden als konstant angesehen. Für die Entwicklung der Dieselpreise sind abgeschlossene Dieselswaps und die zum Planungszeitpunkt bekannte Forward-Kurve für Dieselswapgeschäfte für ungesicherte Mengen in die Planung eingeflossen.

Die Fahrgastzahlen sind im Stammgebiet im Jahre 2020 Corona-bedingt stark rückläufig gewesen und werden sich auch im Jahr 2021 aufgrund der zu Beginn des Jahres bestehenden Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie wahrscheinlich nicht wieder erholen. Vor dem Hintergrund der gestarteten Impfungen und scheinbar auch ersten

Erfolgen bei der Linderung von Corona-Symptomen geht die ASEAG von einer Stabilisierung der Nachfrage in der zweiten Jahreshälfte 2021 aus, die aber frühestens im Jahr 2022 nachhaltig wirken kann. Wann die guten Zahlen und der stabile positive Nachfragetrend aus 2019 wieder erreicht werden, lässt sich derzeit nicht gesichert sagen und hängt neben den zurzeit günstigen politischen Rahmenbedingungen für den ÖPNV maßgeblich von den möglichen Langzeitwirkungen der Corona-Pandemie auf das Verbraucherverhalten ab. Die Fahrgastzahlen im Jahr 2020 sind im Wesentlichen durch ein trotz Corona-Pandemie recht stabiles Kaufverhalten im Stammkundensegment und ein in Abhängigkeit der jeweiligen Corona-Situation sehr schwankendes Nachfrageverhalten der Gelegenheitskunden zu erklären. Da die ASEAG bei den Stammkunden zwar über ein recht stabiles Kaufverhalten berichten kann, aber gleichzeitig davon ausgeht, dass die erworbenen Karten in geringerem Umfang als in den Vorjahren genutzt wurden, werden erstmalig zwei Angaben zu den statistischen Fahrgastzahlen angegeben. Vor dem Hintergrund, dass es im Jahr 2020 trotz Corona-Krise gelungen ist, weitere Arbeitgeber vom Job-Ticket zu überzeugen und inzwischen entsprechende Verträge zu unterzeichnen, blickt die ASEAG insgesamt optimistisch in die Zukunft und geht davon aus, dass sich die Nachfrage mittelfristig wieder stabilisieren wird. Hierzu werden auch die mit der Vision 2027 der ASEAG diskutierten angebotsseitigen Maßnahmen ihren Teil beitragen.

Nachdem im Jahr 2020 das Ergebnis auf Planniveau lag, wird für das Geschäftsjahr 2021 Corona-bedingt ein Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 40,5 Mio. Euro gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan erwartet. Dabei wirken sich neben Einnahmerückgängen aufgrund der Corona-Pandemie auch höhere Abschreibungen durch moderne Fahrgastinformationsmedien (z. B. Dynamische Fahrgastinfor-

mationssäulen, Internet und APPs), zeitgemäße Vertriebsinfrastruktur (z. B. elektronisches Fahrgeldmanagement) und Fahrzeuge mit modernen Antriebsformen (Euro 6- oder Elektrobusse) kostentreibend aus, ohne dass im verbliebenen Geschäft wesentliche Einsparungen generiert werden können. So hat die ASEAG zur Erhaltung ihres hohen technischen Standes ihrer Busflotte in den Jahren 2019 und 2020 zahlreiche neue Dieselbusse und sieben E-Solobusse angeschafft. Im ersten Halbjahr 2021 stehen weitere fünf E-Solobusse und fünf E-Gelenkbusse zur Auslieferung an, die für 2020 geplant waren, bevor dann zum Jahreswechsel 2021/2022 zehn weitere E-Gelenkbusse in Betrieb genommen werden sollen.

Aufgrund der Corona-Pandemie kommt es für das Geschäftsjahr 2020 anstelle einer positiven Ergebnisabführung der APAG an die ASEAG zu einer Verlustübernahme. Das Ergebnis liegt im Geschäftsjahr 2020 mit –1.775 TEuro deutlich unter dem Planniveau. Für die mittelfristige Zukunft erwartet die APAG weiterhin ein Ergebnis von über 1,5 Mio. Euro, wobei eine erwartete Teilschließung des Parkhauses Rathaus das Ergebnis 2022 erheblich zusätzlich belasten wird. Diese gegenüber den Vorjahren moderatere Einschätzung der Ergebnissituation beruht im Wesentlichen darauf, dass umfangreiche Sanierungsarbeiten, insbesondere beim Parkhaus Rathaus, aber auch in anderen Objekten entsprechend belastend auf das Ergebnis einwirken. Dabei kommt auch zum Tragen, dass Kosten für Betonarbeiten aufgrund der guten Auslastung der Unternehmen teilweise sich sehr volatil entwickeln. Nachdem es nach der Eröffnung des Aquis Plaza zu einer Neusortierung der Kundenströme im Parkbereich gekommen war, hatte sich inzwischen ein neuer, stabiler Zustand eingestellt. Durch die Schließung des Parkhauses Büchel im Geschäftsjahr 2020 wird der Prozess nun erneut angestoßen.

Durch die Teilnahme am Förderprojekt „Mobility Broker“ hatte die ASEAG im Jahr 2017 die technische Basis geschaffen, um den Kunden ein multimodales Verkehrsangebot zu unterbreiten. Durch konsequente Fortentwicklung dieser Mobilitätsplattform hat die ASEAG im Herbst 2019 unter dem Namen movA eine neue App am Markt platziert, über die auch der ÖPNV-Ticketverkauf ermöglicht wird. Gleichzeitig ist diese Technologie die Basis, mit der die ASEAG die betriebliche Mobilität von Firmenkunden gestalten kann. Die IT-seitige Weiterentwicklung dieser Technologie erfolgt seit Oktober 2019 in der gemeinsam mit der regio iT gegründeten Better Mobility. Diese Gesellschaft wird die technische Lösung dann außerhalb der StädteRegion Aachen insbesondere anderen Verkehrsbetrieben zur Nutzung anbieten und konnte im Geschäftsjahr 2020 die Ausschreibung der Rheinbahn AG aus Düsseldorf gewinnen. Auf den lokalen Markt in der StädteRegion Aachen besteht bei mehreren Geschäftspartnern großes Interesse. Neue Abschlüsse konnten aber erst zu Beginn des Geschäftsjahrs 2021 verzeichnet werden. Ein Grund ist neben der Erklärungsbedürftigkeit des Produktes auch die Corona-bedingte Zurückhaltung bei der Gestaltung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements. Mit Abnahme der Corona-bedingten Einschränkungen geht die ASEAG hier von einer anziehenden Nachfrage aus, da über die movA-App Kundenanforderungen deutlich individueller abgebildet werden können als in der klassischen ÖPNV-Vertriebslandschaft. Bei allen Nachteilen, die die Corona-Pandemie für den ÖPNV mitbringt, so zeigt sich auch im ÖPNV, dass die Pandemie ein deutlicher Treiber der Digitalisierung ist – es kam im Geschäftsjahr 2020 zu einem sprunghaften Anstieg der online-verkauften Tickets.

Die zu Beginn des Geschäftsjahres 2021 aufgrund des Corona-Virus bestehenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens werden

auch das kommende Geschäftsjahr negativ beeinflussen. In die Wirtschaftsplanung sind zwar solche negativen Effekte eingeflossen, aber ob dies ausreicht, ist aktuell nicht final zu beurteilen und hängt von der Fortdauer des Ereignisses ab. Dabei gilt, wie im Jahr 2020 auch, dass Umsätze im Gelegenheitsverkehr und bei kurzfristig zu nutzenden Zeitkarten besonders gefährdet sind.

Die Energieversorgung im Aachener Stadtgebiet und im städteregionalen Umfeld ist durch die Corona-Krise weder gefährdet noch beeinträchtigt. Die **STAWAG** hat hierfür, wie viele andere Stadtwerke und Verteilnetzbetreiber auch, weitreichende Maßnahmen ergriffen, um eine möglichst geringe Gefährdung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherzustellen.

Mögliche mit der Corona-Krise verbundenen Ertragseinbußen der STAWAG im Geschäftsjahr 2021 können derzeit noch nicht quantifiziert werden. So werden sich im Geschäftsjahr 2021 weiterhin pandemiebedingte rückläufige Absatz- und Durchleitungsmengen, vor allen Dingen im Gewerbe- und im Industriekundenbereich, ergeben. Überdies bestehen weiterhin höhere Risiken durch Forderungsausfälle. Gegenläufig könnte sich die bislang vergleichsweise kalte Witterung oder auch eine erhöhte Absatzmenge im Privatkundensegment, insbesondere im Strombereich, auswirken. Da eine belastbare Einschätzung über den Geschäftsverlauf 2021 aktuell nicht möglich ist, beschränken sich nachfolgend aufgezeigte Mengenentwicklungen auf die in der Wirtschaftsplanung 2021 zugrunde gelegten Planwerte. Die finanziellen Kennzahlen berücksichtigten dagegen die im Jahresabschluss 2020 signifikante Erhöhung der bilanzierten Drohverlustrückstellungen für den Kraftwerksbetrieb Lünen und eine ab dem Geschäftsjahr 2021 damit verbundene deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen Ertragskraft gegenüber der Wirtschaftsplanung 2021.

Aus vertrieblicher Sicht ist aufgrund von erwarteten Kundenverlusten im Privat- und im Gewerbekundenbereich und aufgrund einer Fokussierung auf kleine bis mittelgroße Abnehmer mit entsprechenden Renditeanforderungen im Strombereich ein Mengenrückgang gegenüber dem Vorjahr zu erwarten. Auch in der Gassparte ist von einem leichten Kundenrückgang im Privat- und Gewerbekundenbereich auszuge-

hen, der jedoch durch einen Kundenzuwachs im Industrie- und Geschäftskundensegment überkompensiert wird. Im Wasserbereich wird gegenüber dem Vorjahr mit einem eingeschwungenen Verbrauch bei gleichbleibendem Kundenbestand gerechnet. Im Bereich Wärmecontracting ist aufgrund von Akquise-Erfolgen im Geschäftsjahr 2021 ebenfalls ein Mengenzuwachs zu erwarten.

Mengenentwicklung Vertriebsgeschäft

Sparte	Ist 2020	Plan 2021	Abweichung	Abweichung %
Strom (Mio. kWh)	729	663	-66	-9,1
Gas (Mio. kWh)	1.107	1.236	+129	+11,7
Wasser (Mio. m ³)*	16	15	-1	-6,3
Wärmecontracting (Mio. kWh)	10	14	+4	+40,0

* ohne Verlustmengen

Nachdem die Temperaturen im Jahr 2020 über dem langjährigen Mittel lagen, dürfte im Falle eines Jahres 2021 mit normalen Temperaturen der witterungsabhängige Teil der Gas- und Stromnachfrage stimuliert werden. Der konjunkturabhängige Teil der Strom- und Gasnachfrage ist insbesondere vom weiteren Verlauf der Pandemie-Entwicklung abhängig.

Netzausspeisung Regionetz

Sparte	Ist 2020	Plan 2021	Abweichung	Abweichung %
Strom (Mio. kWh)	2.152,6	2.264,6	+112,0	+5,2
Gas (Mio. kWh)	5.456,6	5.740,5	283,9	+5,2

Insgesamt wird die operative Ertragskraft der STAWAG im Geschäftsjahr 2021, neben dem deutlich positiven Effekt, der sich aus der fortan sukzessiven Inanspruchnahme der gebildeten Drohverlustrückstellung für den defizitären Betrieb des TKL ergibt, weiterhin durch hohe Aufwendungen für die Altersversorgung aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase belastet. Insgesamt ist aber davon auszugehen, dass der geplante Ergebnisbeitrag von rund 24,7 Mio. Euro deutlich überschritten wird und die STAWAG im Geschäftsjahr 2021 ein Ergebnisniveau von etwa 35 Mio. Euro erzielen wird.

Finanzielle Kennzahlen

Kennzahl	Ist 2020	Plan 2021	Abweichung	Abweichung %
Umsatzerlöse (TEuro)	311.948	294.405	-17.543	-5,6
EBITDA (TEuro)	-51.150	-3.190	47.960	93,8
EBIT (TEuro)	-56.725	-9.363	47.332	83,5
EBT (TEuro)	-20.471	24.686	45.157	220,6

Die STAWAG wird im Geschäftsjahr 2021 weiterhin stetig das Ziel verfolgen, die einzelnen Geschäftsfelder vor dem Hintergrund der sich zunehmend ändernden Marktbedingungen weiterzuentwickeln und zu optimieren. Dazu wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Projektentwicklung und die Stabilisierung des vertrieblichen Stammgeschäftes fortgesetzt. Ein Schwerpunkt der STAWAG liegt darüber hinaus auf der Steuerung und auf der Weiterentwicklung der Regionetz und auf der Nutzung weiterer Synergiepotenziale. Eine weiterhin positive Ergebnisentwicklung erwartet die STAWAG auch aus ihren wachsenden Geschäftsaktivitäten im Bereich der Rekommunalisierung und im energiewirtschaftlichen Kundenservice sowie im Prozess- und Dienstleistungsbereich.

Ferner hat sich die STAWAG bis 2030 fünf Ziele für eine klimafreundliche Energieversorgung gesetzt. Dazu gehört die Versorgung der Stadt Aachen mit Strom aus eigenen regenerativen Energieerzeugungsanlagen, die Förderung klimafreundlicher Mobilität, die klimafreundliche Fernwärme-Erzeugung auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung, Tiefengeo- und Solarthermie, die Förderung der Energieeffizienz, z.B. durch Anreize zum Energiesparen für Endkunden und die Ausrichtung innerbetrieblicher Prozesse nach Anforderungen des Klimaschutzes, wie z.B. die Förderung des Fahrradfahrens.

Die **regio iT** setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden auch weiterhin organisch zu wachsen. Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit Partnern in kommunaler Trägerschaft steht die regio iT weiterhin offen gegenüber. Für den Markt der Informationstechnik wird nach dem Corona-bedingten Einbruch wieder von einem Wachstumspfad ausgegangen: Mit einem voraussichtlichen Umsatz von 98,6 Milliarden Euro und einem Wachstum von 4,2 Prozent im Jahr 2021 wird dieser innerhalb der Informations- und Kommunikationstechnik-Branche (ITK-Branche) wieder als Wachstumstreiber gesehen. Mit einem Volumen von 27 Milliarden Euro legt das Software-Segment voraussichtlich auch wieder zu (+4,1 Prozent). Auch die IT-Services verzeichnen mit einem voraussichtlichen Plus von 1,1 Prozent ein Wachstum auf ein Marktvolumen von 40 Milliarden Euro. Nachdem das Segment IT-Hardware auch im Krisenjahr 2020 mit beachtlichen 3,2 Prozent gewachsen ist, wird für 2021 sogar von einem Wachstum von 8,6 Prozent ausgegangen. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet auch weiterhin Chancen für die regio iT.

Durch das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen und -Technologien, ist die regio iT auf diese Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Stärkstes Wachstumsthema wird hierbei die digitale Transformation sein. In diesem Themenfeld investieren insbesondere auch die deutschen Behörden, denn es besteht immer noch Nachholbedarf. Experten gehen davon aus, dass sich mittels Digitalisierung die Aufwände für öffentliche Dienstleistungen bei Behörden und Bürgern um die Hälfte reduzieren ließen. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat in vielen Verwaltungsprozessen und im Bildungsbereich

die Digitalisierungspotenziale klar aufgezeigt. Angefangen bei Themen wie mobilem Arbeiten & Lernen bis hin zu IT-gestützten Schnittstellen bzw. Datenaustausch zwischen verschiedenen Behörden.

Ein Engpassfaktor für das Wachstum ist jedoch nach wie vor der Fachkräftemangel. Grundlage der Markteinschätzung für 2020/2021 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM. Darüber hinaus ist die regio iT auch im Jahr 2021 bei innovativen und geförderten Forschungsprojekten in Konsortien vertreten. So beschäftigt sich die regio iT bereits seit mehreren Jahren mit den Entwicklungen rund um die Blockchain-Technologie (Distributed Ledger Technology), um Erfahrungen hinsichtlich möglicher Einsatzszenarien für Kommunen und kommunale Unternehmen zu sammeln und ihrem Kundenkreis entsprechende Lösungen anbieten zu können.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2021 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. Euro).

Finanzielle Leistungsindikatoren (Mio. Euro)

	Ist 2020	Plan 2021	Abweichung I/P absolut	Abweichung I/P %
Gesamtumsatz	122,3	122,5	0,2	0,2
davon				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	84,1	88,2	4,1	4,9
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	12,1	11,8	-0,3	-2,5
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	18,6	14,8	-3,8	-20,4
Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	9,9 %	9,6 %	-	-
Rohergebnis/-ertrag ¹⁾	70,6	75,3	4,7	6,7
Personalkostenquote ²⁾	38,1 %	41,6 %	-	-
Ergebnis vor Steuern	5,6	4,0	-1,6	-28,6
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	4,6 %	3,3 %	-	-

1) Rohergebnis = (Umsatz + sonstige Erträge + aktivierte Eigenleistungen/Bestandsveränderungen) ./ Materialaufwand

2) Personalkostenquote = Personalkosten (inkl. fremdl. Beamte) / Umsatz

Für das Geschäftsjahr 2021 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb mit 88,2 Mio. Euro eine Steigerung von 4,1 Mio. Euro. Neue Produkte, bei denen Wachstumschancen gesehen werden, sind das Produkt Virtual Desktop Infrastructure (VDI), Produkte im Bereich Intelligentes Messwesen für die Energieversorgungswirtschaft, Full-Service-Dienstleistungen im Schulbereich, und (Bürger-) Portallösungen/Digitalisierung im kommunalen Umfeld (Modellregionen). Zudem ergeben sich auch weiterhin Umsatzpotenziale im Kundenkreis bzw. durch die übernommenen Kundenverträge des Civitec.

Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung gehen wir bei einem geplanten Wert von 11,8 Mio. Euro in etwa vom Vorjahresniveau aus. Auch weiterhin ist es das Ziel der regio iT, Umsätze aus Projektleistung und Beratung in Höhe von ca. 10 Prozent des Gesamtumsatzes zu erwirtschaften. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen (2020) sowie umfangreichen Projekt-/Beratungsanfragen über alle Unternehmensbereiche und Kun-

dengruppen hinweg wird dieses Umsatzniveau als realisierbar eingeschätzt. Treiber sind insbesondere Projekt-/Beratungsanfragen im Kontext der Digitalisierung von Kommunen (Modellregionen) und Schulen sowie Energie & Mobilität. Erkennbar ist, dass die Kunden entsprechende Budgets für den Weg der Digitalisierung eingeplant haben bzw. derzeit auch vielfältige Fördermittel bereitstehen. Zusammen mit unseren Consultants wurden auch schon entsprechende Förderanträge mit konkreten Projektskizzen für Landes-/Bundesmittel gestellt. Den vielfältigen Chancen im Kontext dieser Zukunftsthemen stehen aber auch Budgetrisiken entgegen, insbesondere bei der Fragestellung der Bewilligung der Fördermittel für unsere Kunden und damit auch mittelbar für die regio iT.

Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft erwarten die regio iT nach den hohen Einmaleffekten im Pandemiejahr 2020 zwar rückläufige Erlöse (-3,8 Mio. Euro), die aber voraussichtlich mit 14,8 Mio. Euro nach wie vor auf sehr hohem Niveau liegen werden. Trotz der positiven Marktprognose verbleibt das Risiko,

dass die Hersteller der hohen Nachfrage nur mit sehr langen Lieferzeiten begegnen können.

Wesentlichste gegenläufige Kostenposition sind die Personalkosten. Hier erwarten wir eine Steigerung von 46,6 Mio. Euro auf 50,9 Mio. Euro.

In der Folge erwartet die regio iT für 2021 eine Steigerung des Rohergebnisses von 70,6 Mio. Euro auf 75,3 Mio. Euro, bei einem Rückgang des Ergebnisses vor Steuern von 5,6 Mio. Euro auf 4 Mio. Euro. Dieses liegt dann um 1,6 Mio. Euro unter dem durch Einmaleffekte geprägten Niveau des Berichtsjahres 2020.

Zusammenfassend geht die regio iT trotz der anhaltenden Corona-Pandemie von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2021 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können.

Das Beteiligungsergebnis der regio iT ist phasenverschoben. Für das Wirtschaftsjahr 2021 wird das anteilige Ergebnis in Höhe von 0,9 Mio. Euro des Jahresüberschusses des Geschäftsjahres 2020 erwartet.

Für das Beteiligungsergebnis **gewoge** wurden in der Wirtschaftsplanung rund 0,2 Mio. Euro angenommen. Es wird davon ausgegangen, dass die Ausschüttung der Dividende 2020 auf Planniveau im Sommer 2021 erfolgt.

IV. Chancen- und Risikobericht

Entsprechend § 91 Abs. 2 Aktiengesetz hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem eingerichtet, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess führen regelmäßige Risiko-Inventuren nach einem konzerneinheitlichen Verfahren zu einer vollständigen Dokumentation aller Einzelrisiken. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die Gefahren und Chancen, die sie in ihren Bereichen erkannt haben, durch Abschätzung der Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren. Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an die Leitungsorgane der Gesellschaft sowie deren Aufsichtsgremien zusammen. Aus den Ergebnissen der Risiko-Inventuren werden Maßnahmen zur Steuerung, zur Begrenzung und zur Minderung der Risiken abgeleitet. Die Risiken der E.V.A. sind aufgrund ihres Geschäftsmodells wenig operativ induziert. Diese liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG.

Die Risikolage der STAWAG sowie ihrer Tochtergesellschaften Regionetz, STAWAG Energie und FACTUR steht zum Stichtag 31. Dezember 2020 weiterhin im Zeichen der Fortentwicklung der deutschen Energiewende. Maßgebend war das im August 2020 verabschiedete Gesetz zur Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung, wonach Braunkohlekraftwerke nach einem festen Zeitplan bis 2038 kontinuierlich vom Netz genommen werden und Steinkohlekraftwerke nach einem Auktionsverfahren mit

Stilllegungsprämie oder durch ordnungsrechtliche Anordnung voraussichtlich bis spätestens 2033 abgeschaltet werden. Auch bei den Strombörsenpreisen waren im Jahr 2020 pandemiebedingt keine Kennzeichen von Erholung sichtbar. Die STAWAG geht daher nicht mehr davon aus, dass perspektivisch noch positive Deckungsbeiträge aus dem Kraftwerksbetrieb des Steinkohlekraftwerks Lünen erzielt werden können und bildet die zukünftig zu erwartenden Verluste nunmehr vollumfänglich im Jahresabschluss 2020 ab.

Im Betrieb des Gasspeichers EPE zeigte sich im Jahr 2020 zwar eine leichte Erholung, die sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen könnte, doch rechnet die STAWAG weiterhin nicht mit positiven Deckungsbeiträgen.

Am Ausbau regenerativer Stromerzeugungsanlagen beteiligt sich die STAWAG mit ihrer 100-prozentigen Tochter STAWAG Energie seit vielen Jahren. Dies erfolgt unter der Anwendung des jeweils gültigen Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Nach der EEG-Reform 2017 wird die Höhe der Förderung nicht mehr vom Gesetzgeber vorgegeben, sondern durch ein wettbewerbliches Ausschreibungsverfahren ermittelt. Die STAWAG Energie beteiligt sich an solchen Ausschreibungsverfahren, sieht den Grund für das schleppende Ausbautempo regenerativer Anlagen jedoch mehr im Genehmigungsprozess als im Ausschreibungsverfahren. Aus der EEG-Novelle 2021 könnten sich Chancen für den Ausbau von PV-Anlagen entwickeln.

Die anhaltend niedrigen Kapitalmarktzinsen gestatten weiterhin zinsgünstige Fremdkapitalaufnahmen in allen Vertragslaufzeiten bei STAWAG und Regionetz, führen im Gegenzug aber in 2020 und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in den kommenden Jahren wieder zu erhöhten Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen bei der STAWAG, der FACTUR und der Regionetz. Diese wirtschaftliche Zusatzbelastung durch

das prognostizierte Absinken des Rechnungszinssatzes ist in der aktuellen mittelfristigen Wirtschaftsplanung bis 2025 berücksichtigt. Darüber hinaus gehören die unbeeinflussbaren Wetterrisiken mit ihren positiven und negativen Effekten auf die Absatzmengen unverändert zum Geschäftsmodell der STAWAG. Die im Geschäftsjahr 2020 weitreichend durchgeführte Risikovorsorge für den konventionellen Kraftwerksbereich bedeutet für die STAWAG, dass sie in Zukunft ihre Ergebnislage signifikant und dauerhaft verbessern kann. Chancenreich und strategisch bedeutend bleibt für die STAWAG weiterhin ihre in der Regionetz bestehende Netzkooperation mit der EWW. Die Regionetz engagiert sich sehr für ihre bestehenden und die Übernahme neuer Konzessionen und investiert regelmäßig in den Erhalt ihrer Strom- und Gasnetze. Auch die Ausweitung des Dienstleistungsgeschäftes bietet die Chance, das Know-how im Kerngeschäft Netze bei anderen Kommunen einzubringen und nachhaltige Ergebnisbeiträge sicherzustellen. Die auf dem Gebiet regenerativer Energien spezialisierte Tochtergesellschaft STAWAG Energie hat schon eine Vielzahl unterschiedlichster Projekte erfolgreich umgesetzt und unterstreicht damit ihre Kompetenz zur Erschließung neuer Wertschöpfungsbereiche, sodass die aus diesem Geschäftsfeld zukünftig zu erwartenden wirtschaftlichen Erfolge die Risiken übersteigen werden.

Aus heutiger Sicht sind daher keine Risiken zu erkennen, die den Fortbestand der STAWAG-Gruppe oder einzelner Segmente im Berichtszeitraum gefährdet haben oder über diesen hinaus gefährden könnten.

Im Risikoportfolio der ASEAG zum 31. Dezember 2020 ist das Risiko einer Pandemie neu aufgenommen worden. Auch wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit einer erneuten Pandemie in den kommenden Jahren nach der derzeit bestehenden Corona-Pandemie als gering eingestuft wird, so zeigt sich doch in der derzeitigen Pan-

demie, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen erheblich sind. Für das Geschäftsjahr 2020 werden diese Auswirkungen in großen Teilen durch den ÖPNV-Rettungsschirm aufgefangen und auch für das Geschäftsjahr 2021 bestehen gute Chancen, dass es zu einem zweiten ÖPNV-Rettungsschirm kommen wird. Dennoch wird die Corona-Pandemie die seitens der Politik angestrebte Verkehrswende hin zu mehr umweltfreundlicher Mobilität – wozu auch der ÖPNV zählt – zumindest kurzfristig bremsen. Mittel- bis langfristig wird davon ausgegangen, dass in städtischen Räumen der Trend hin zum ÖPNV wieder einsetzen wird.

Aktuelle Zinsprognosen, die einen stark absinkenden Abzinsungssatz für die Bewertung der Pensionsrückstellungen beinhalten, sind in die mittelfristige Wirtschaftsplanung der ASEAG eingeflossen. Dennoch können sich weiter verändernde Rahmenparameter (Zinssätze/-prognosen, Tarifabschlüsse) zu zusätzlichen erheblichen Ergebnisbelastungen entwickeln. Dagegen konnten die Zusatzbelastungen aus dem im Jahr 2010 geänderten BilMoG bereits im Jahr 2017 abgeschlossen werden. Um insgesamt die Abhängigkeit der Pensionsrückstellungen von der Zinsentwicklung zu reduzieren, hat die ASEAG den Durchführungsweg für neu zu schaffende Altersvorsorge im Jahr 2016 geändert. Dies ermöglicht eine andere bilanzielle Darstellungsweise, ohne dass jedoch dadurch die letztendlich zu zahlende Altersvorsorge in der Höhe beeinflusst wird. Der für die ASEAG durch die Direktvergabe bestehende Bestandschutz bis 2027 trägt auch darüber hinaus kein Risiko, sofern der politische Wille hierzu gegeben ist. Daran hindert auch die aktuelle Rechtsprechung zur Inhouse-Vergabe nach § 108 GWB nichts. Würde vor der Corona-Pandemie das Risiko einer erneuten Korrektur des Beteiligungswertes der APAG als eher gering angesehen, so hat dieses Risiko vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie wieder an Bedeutung ge-

wonnen. Zum einen ist zurzeit nicht vorhersehbar, wie sich die Pandemie auf die Innenstädte und damit die Parkhausnutzung auswirkt und zum anderen hat die Pandemie gezeigt, wie sensibel der Betrieb von Parkhäusern auf ein Ereignis einer Pandemie reagiert. Dies könnte dazu führen, dass entsprechende Risikofaktoren bei der Unternehmensbewertung ungünstiger ausfallen werden und somit den Unternehmenswert der APAG reduzieren. Zunehmende Instandhaltungsaufwendungen stellen eine weitere Herausforderung dar. Als stabilisierender Effekt auf den Unternehmenswert ist das derzeitige niedrige Zinsniveau anzusehen. Insgesamt gilt es, das Bewertungsrisiko der Beteiligung stets zu überwachen. Das Kostenrisiko bei der Beauftragung der Subunternehmer, das aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz aus dem Jahr 2012 entstanden war, ist entfallen, jedoch verbleibt das Risiko eines schleichenden, überproportionalen Kostenanstiegs, da die ASEAG in Zukunft mit einem deutlich stärkeren Tarifpartner zu verhandeln hat. Die aktuellen Schwierigkeiten aller Verkehrsunternehmen bei der Personalbeschaffung verstärken diesen Effekt sicher noch, weswegen dieser Sachverhalt in der Wirtschaftsplanung adäquat berücksichtigt wurde.

Weitere wesentliche Risiken ergeben sich aus Umweltbelangen. Sie machen es erforderlich, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Themen wie Umweltzone oder Dieselfahrverbote gehören inzwischen zum Alltag oder konnten durch Vergleiche vorerst beigelegt werden. Dennoch ist zu erwarten, dass durch die Clean Vehicles Richtlinie der EU weiterhin umweltpolitischer Druck auf der ASEAG lasten wird, da von der ASEAG als kommunales Unternehmen sicher in weiten Teilen eine Vorreiterrolle im Hinblick auf umweltfreundliche Technologien erwartet wird. Bei der Finanzierung dieser Maßnahmen setzt die ASEAG weiterhin auf Förderprogramme des

Landes bzw. Bundes und auf die Co-Finanzierung durch die Aufgabenträger als Besteller der Verkehrsleistungen.

Auch zukünftig bleibt ein wesentliches Risiko der ASEAG die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln. Sie variieren je nach Ticketart, unterliegen in der Regel keiner Dynamisierung und stehen häufig zur jährlichen Disposition an bei Haushaltsplanungen, sodass damit stets die Notwendigkeit verbunden ist, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete finanzielle Maßnahmen zu kompensieren. Die Verkehrsverbünde gehen derzeit davon aus, dass es aufgrund starker Gegenbewegungen unterschiedlichster Interessenvertreter in NRW während dieser Legislaturperiode keinen erneuten Versuch zur Mittelkürzung durch die Landesregierung geben wird.

Die E.V.A. nimmt im Konzern Querschnittsfunktionen in Form von Dienstleistungen wahr und ist darüber hinaus eine geschäftsführende Holding sowie eine steuerliche Organträgerin. Damit trägt sie sämtliche steuerliche Risiken aus den angeschlossenen Organgesellschaften, die sich aus den Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben.

Für erkennbare Risiken aus Betriebsprüfungen wird durch Rückstellungsbildung rechtzeitig vorgesorgt. Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass steuerliche Vorgänge zunehmend komplexer geworden sind, schwieriger zu deklarieren sind und sich zuweilen stark von der wirtschaftlichen Beurteilung in der Handelsbilanz entfernen können. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind allerdings aktuell nicht erkennbar.

Das Geschäftsergebnis der E.V.A. wird in hohem Maße von der Entwicklung der Ergebnisse im Energiebereich der STAWAG und von den Verlusten im ÖPNV-Bereich der ASEAG bestimmt. Tendenziell besteht hieraus die Gefahr einer Ergebnis- und Liquiditätsunterdeckung. Die im Geschäftsjahr 2020 von der STAWAG in hohem Maße gebildete Risiko-Vorsorge für künftige Verluste aus dem Steinkohlekraftwerksbetrieb Lünen lässt jedoch erwarten, dass die zukünftige Ertragskraft des Energiebereichs deutlich ansteigen wird und sich zunehmend kompensatorisch gegenüber den ÖPNV-Verlusten auswirkt. Hierzu leistet die Gesellschafterin der E.V.A. – die Stadt Aachen – mit einer Ausgleichszahlung in Höhe von 33,1 Mio. Euro für das Geschäftsjahr 2020 einen entscheidenden Beitrag im Zuge des bestehenden E.V.A.-Finanzierungskonzeptes. Die seitens der Stadt Aachen dann bisher geleisteten Ausgleichszahlungen belaufen sich damit auf rund 61 Mio. Euro. Das Risiko einer Überschreitung der vertraglich festgelegten Ausgleichsverpflichtung in Höhe von 70 Mio. Euro wird nach derzeitigem Kenntnisstand durch die im Jahr 2020 getroffenen Maßnahmen minimiert. Aus diesem Grund sieht die E.V.A.-Geschäftsführung momentan kein Risiko einer mittelfristigen Unterkapitalisierung der E.V.A. Aus finanzwirtschaftlicher Sicht kann sich die E.V.A. zwar weiterhin kurzfristige Liquidität über den konzerninternen Cash-Pool beschaffen, wird mittelfristig aber möglicherweise nochmals auf die Vergabe von Darlehen der ASEAG oder der Stadt Aachen zurückgreifen müssen.

Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation zeigt, dass die Gesellschafterin mit dem verabschiedeten Finanzierungskonzept den langfristigen Fortbestand der E.V.A. sicherstellt und der steuerliche Querverbund insofern weiterhin tragfähig ist. In Zukunft kommt es insofern verstärkt darauf an, dass das im Finanzierungskonzept begründete Gleichgewicht zwischen ÖPNV-Verlusten und energiewirtschaftlichen Gewinnen erhalten bleibt oder zusätzliche Mittel durch die Gesellschafterin in angemessener Höhe bereitgestellt werden. Konkretisierte Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften, soweit zulässig, durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt bzw. in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften abgebildet.

Aachen, den 26. Mai 2021

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung
Aachen

Die Geschäftsführung



Dr. Christian Becker



Michael Carmincke

Konzern

Konzernabschluss >>

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2020

Aktiva	Anhang	31.12.2020 Euro	31.12.2019 TEuro
A. Anlagevermögen	_ 1		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		300.327,96	633
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		9.884.635,88	7.455
3. Geschäfts- oder Firmenwert		797.687,00	870
4. Geleistete Anzahlungen		748.470,12	951
		<u>11.731.120,96</u>	<u>9.909</u>
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		50.037.074,73	51.556
2. Fahrzeuge für Personenverkehr		27.770.073,00	24.606
3. Technische Anlagen und Maschinen einschließlich Verteilungsanlagen		654.699.013,44	615.859
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		11.767.830,16	10.326
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		43.774.489,61	47.858
		<u>788.048.480,94</u>	<u>750.205</u>
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		11.470.988,85	13.431
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen		50.408.292,47	48.672
3. Beteiligungen		84.750.893,11	80.407
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		19.064.702,65	20.673
5. Sonstige Ausleihungen		572.540,37	626
		<u>166.267.417,45</u>	<u>163.809</u>
		966.047.019,35	923.923
B. Umlaufvermögen	_ 2		
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		4.066.613,62	3.661
2. Unfertige Leistungen		25.234.698,36	15.605
3. Waren		5.347.829,62	5.180
		<u>34.649.141,60</u>	<u>24.446</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		87.070.726,93	91.527
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		300.934,88	277
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		23.094.884,61	24.480
4. Forderungen gegen Gesellschafter		38.932.285,35	16.298
5. Sonstige Vermögensgegenstände		21.286.689,33	24.936
		<u>170.685.521,10</u>	<u>157.518</u>
III. Wertpapiere	_ 3		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		12.837.081,58	13.707
2. Sonstige Wertpapiere		10.000.000,00	0
		<u>22.837.081,58</u>	<u>13.707</u>
IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		35.895.574,61	49.598
		264.067.318,89	245.269
C. Rechnungsabgrenzungsposten		8.383.683,36	8.153
		1.238.498.021,60	1.177.345

Passiva	Anhang	31.12.2020 Euro	31.12.2019 TEuro
A. Eigenkapital	_ 4		
I. Gezeichnetes Kapital		14.049.880,00	14.050
II. Kapitalrücklage		43.753.000,00	43.753
III. Gewinnrücklagen		70.840.351,93	80.517
IV. Nicht beherrschende Anteile		174.260.568,85	177.570
V. Konzernbilanzverlust		<u>-114.577.485,91</u>	<u>-104.175</u>
		188.326.314,87	211.715
B. Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile		25.000,00	25
C. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	_ 5	22.878.430,00	24.224
D. Zuschüsse	_ 6		
1. Baukostenzuschüsse		39.882.535,25	41.612
2. Sonstige Zuschüsse		<u>3.048.114,15</u>	<u>63</u>
		42.930.649,40	41.675
E. Rückstellungen	_ 7		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		392.702.931,87	369.965
2. Steuerrückstellungen		1.905.861,13	9.818
3. Sonstige Rückstellungen		<u>159.865.025,41</u>	<u>99.997</u>
		554.473.818,41	479.780
F. Verbindlichkeiten	_ 8		
1. Genussscheinkapital		144.820,00	141
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		283.735.329,29	261.677
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		29.371.094,00	35.643
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		2.106.928,55	1.860
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		10.704.446,60	13.771
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		12.725.448,67	12.678
7. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>47.771.882,07</u>	<u>49.381</u>
		386.559.949,18	375.151
G. Rechnungsabgrenzungsposten	_ 9	4.980.675,64	4.133
H. Passive latente Steuern	_ 10	38.323.184,10	40.642
		1.238.498.021,60	1.177.345

Konzern – Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020

	Anhang	2020 Euro	2019 TEuro
1. Umsatzerlöse	_ 11		
a) Brutto-Umsatzerlöse		705.934.721,26	710.485
b) Strom- und Energiesteuer		-16.126.538,09	-16.127
		689.808.183,17	694.358
2. Erhöhung/Verminderung (-) des Bestands an unfertigen Leistungen		9.629.398,97	3.846
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		12.887.350,40	11.843
4. Sonstige betriebliche Erträge	_ 12	26.318.776,59	22.192
5. Materialaufwand	_ 13		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		-304.335.446,38	-229.546
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-202.652.820,46	-206.883
		-506.988.266,84	-436.429
6. Personalaufwand	_ 14		
a) Löhne und Gehälter		-99.556.871,47	-96.937
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-21.858.925,57	-25.940
		-121.415.797,04	-122.877
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-45.275.098,93	-42.035
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	_ 15	-73.188.689,52	-86.379
Betriebsergebnis		-8.224.143,20	44.519
9. Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	_ 16	6.468.804,12	5.440
10. Erträge aus Beteiligungen	_ 17	6.451.238,36	5.349
11. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	_ 18	117.134,71	57
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	_ 19	1.720.363,62	1.936
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	_ 20	288.121,94	143
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen	_ 21	-255.962,00	-6.856
15. Aufwendungen aus der Verlustübernahme		-307.076,75	-135
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	_ 22	-42.239.815,86	-45.870
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	_ 23	-6.538.142,69	-15.165
18. Ergebnis nach Steuern		-42.519.477,75	-10.582
19. Sonstige Steuern	_ 24	-1.198.986,75	-1.683
20. Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter		-12.203.626,82	-14.920
21. Erträge aus der Ausgleichsverpflichtung		33.053.000,00	12.095
22. Konzernjahresfehlbetrag		-22.869.091,32	-15.090
23. Verlustvortrag		-104.175.266,28	-91.763
24. Nicht beherrschenden Anteilen zustehender Gewinn		-957.172,58	-510
25. Nicht beherrschenden Anteilen zustehender Verlust		3.188.440,27	3.188
26. Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen		10.235.604,00	0
27. Konzernbilanzverlust		-114.577.485,91	-104.175

Konzernanhang

Konsolidierungskreis und Konsolidierungsgrundsätze

In den Konsolidierungskreis sind neben der E.V.A. siebzehn Tochtergesellschaften gemäß Aufstellung des Anteilsbesitzes zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 einbezogen.

Die Energiewerke Waldbröl GmbH, Waldbröl, wurde aus dem Konzernabschluss ausgegliedert.

Ein Wahlrecht nach § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB wurde in Bezug auf die Regionetz GmbH, Aachen, nicht ausgeübt.

Das dem Konzernergebnis zuzurechnende Jahresergebnis der folgenden Tochterunternehmen macht weniger als 3,5 Prozent aus und ist somit von untergeordneter Bedeutung. Ferner würde sich die Einbeziehung dieser Unternehmen nicht wesentlich auf die Konzern-Vermögens- und Finanzlage auswirken. Demgemäß wurden folgende Tochterunternehmen gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht in den Konzernabschluss einbezogen:

- Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH (Akreka), Aachen
- ASEAG-Reisen GmbH (ARG), Aachen
- ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS), Eschweiler
- STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär), Aachen
- Solaranlage Giebelstadt II Verwaltungs GmbH (SA Giebelstadt Verwaltung), Aachen
- STAWAG Infrastruktur Simmerath Verwaltungs GmbH (Simmerath Verwaltung), Simmerath
- STAWAG Infrastruktur Monschau Verwaltungs GmbH (Monschau Verwaltung), Monschau
- Infrastruktur Turnow West GmbH & Co. KG (Infrastruktur Turnow), Aachen

Die im Folgenden aufgeführten Tochterunternehmen werden gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 3 HGB nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen, da die Anteile mehrheitlich zum Zwecke ihrer Weiterveräußerung gehalten werden:

- Energiewerke Waldbröl GmbH, (Eww), Waldbröl
- Windpark Aachen-Nord GmbH & Co. KG (WP Aachen Nord), Aachen
- Windpark Monschau GmbH & Co. KG (WP Monschau), Aachen
- Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG (WP Münsterwald), Aachen
- Windpark Simmerath GmbH & Co. KG (WP Simmerath), Aachen

Die Beteiligung an den Stadtwerken Lübeck wird als Beteiligung an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode mit dem fortgeführten Buchwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem fortgeführten Buchwert und dem anteiligen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens wurde mit einer Laufzeit von fünf Jahren planmäßig linear abgeschrieben.

Die Beteiligung an der regio iT wird ebenfalls als Beteiligung an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode mit dem fortgeführten Buchwert angesetzt.

Die Beteiligung an der WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG), Roetgen, wird als Beteiligung an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode mit dem fortgeführten Buchwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert und dem anteiligen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens entspricht dem enthaltenen Geschäfts- oder Firmenwert und beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 1.284 TEuro. Der Geschäfts- oder Firmenwert wird mit einer Laufzeit von zehn Jahren planmäßig linear abgeschrieben. Die Abschreibung wird unter Abschreibungen auf Finanzanlagen und die Änderung

des Buchwertes unter Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen.

Die übrigen wesentlichen Beteiligungen sind ebenfalls in der gesonderten Aufstellung des Anteilsbesitzes aufgeführt. Die dort genannten Gesellschaften sind für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns aufgrund ihres geringen Ergebnisbeitrags von untergeordneter Bedeutung und werden deshalb nicht als assoziierte Unternehmen behandelt, sondern als Beteiligungen bilanziert.

Die Kapitalkonsolidierungen erfolgten – bezogen auf die Unternehmen, die vor dem 1. Januar 2010 erworben wurden – entsprechend § 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HGB a.F. (Buchwertmethode) zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung bzw. zum Zeitpunkt des Anteilserwerbs. Die aktiven und passiven Unterschiedsbeträge aus den Erstkonsolidierungen wurden den anderen Gewinnrücklagen zugeordnet. Die Kapitalkonsolidierungen erfolgten – bezogen auf die Unternehmen, die nach dem 31. Dezember 2009 erworben bzw. einbezogen wurden – entsprechend § 301 Abs. 1 HGB (Neubewertungsmethode) zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung bzw. zum Zeitpunkt des Anteilserwerbs. Forderungen und Verbindlichkeiten, Umsätze, Erträge und Aufwendungen zwischen den konsolidierten Unternehmen wurden eliminiert.

Zwischengewinne innerhalb der Konzernunternehmen wurden – soweit von Bedeutung – eliminiert.

Form und Darstellung des Jahresabschlusses

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die selbst geschaffenen gewerblichen Schutzrechte und ähnlichen Rechte und Werte werden zu Herstellungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, bewertet.

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen wurden planmäßig vorgenommen.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um lineare Abschreibungen bewertet. Die Herstellungskosten für selbst erstellte Anlagen enthalten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch in angemessenem Umfang Gemeinkosten. Erhaltene Investitionszuschüsse werden von den Anschaffungswerten abgesetzt.

Erhaltene Baukostenzuschüsse für Hausanschlusskostenbeiträge wurden von 2003 bis 2008 bei dem Sachanlagevermögen in Abzug gebracht. Ab dem Jahr 2009 werden die Baukostenzuschüsse für Hausanschlusskostenbeiträge passiviert und entsprechend der Nutzungsdauer der zugrunde liegenden Wirtschaftsgüter erfolgswirksam aufgelöst. Die Baukostenzuschüsse für das vorgelagerte Netz werden mit einer Laufzeit von 20 Jahren aufgelöst.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, wurde die Gliederung des Sachanlagevermögens um die Position Fahrzeuge für Personenverkehr ergänzt. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen grundsätzlich entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Anlagegüter. Im Rahmen des Jahresabschlusses wurde eine Harmonisierung der Nutzungsdauern vorgenommen. Dabei wurden Bestandsanlagen, deren Nutzungsdauer durch amtliche AfA-Tabellen geprägt waren, den Nutzungsdauern nach StromNEV und GasNEV angeglichen. Die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern betragen bei:

Immateriellen Vermögensgegenständen	3 - 10 Jahre
Gebäuden und Bauten	2 - 90 Jahre
Fahrzeugen für Personenverkehr	5 - 12 Jahre
Technischen Anlagen und Maschinen	1 - 45 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 - 25 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 250 Euro werden sofort als Aufwendungen behandelt. Zugänge zu den geringwertigen Anlagegütern im Wert zwischen 250 Euro und 800 Euro werden aktiviert und im laufenden Wirtschaftsjahr vollständig abgeschrieben.

Die Anteile an den nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Die enthaltenen Wertminderungen aus Vorjahren sind voraussichtlich von Dauer. Zinslose und niedrig verzinsliche Ausleihungen aus Arbeitgeberdarlehen werden mit 5,5 Prozent auf den Barwert abgezinst.

In den Vorräten sind die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu den durchschnittlichen Einstandspreisen oder zu niedrigeren Tageswerten bewertet. Die als Waren ausgewiesenen eingespeicherten Gasmengen sind zu Anschaffungskosten in gleitendem Durchschnitt oder zu niedrigeren realisierbaren Tageswerten bewertet. Unfertige Leistungen werden mit Herstellungskosten bewertet, die auch angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten und des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist, enthalten.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert oder – soweit erforderlich – zum Barwert bilanziert; erkennbare Ausfallrisiken werden durch angemessene Bewertungsabschläge berücksichtigt. In den Bereichen Energie- und Wasserversorgung sowie der Netzentgeltabrechnung kommt das rollierende Verfahren für die Abrechnung der Tarifkunden zum Einsatz. Damit bestehen aus der Hochrechnung Forderungen aus noch nicht abgerechneten Lieferungen, die mit erhaltenen Anzahlungen saldiert werden.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen im Umlaufvermögen werden zu ihren Anschaffungskosten ausgewiesen.

Liquide Mittel werden zum Nennwert angesetzt.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach der Projected-Unit-Credit-Methode unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze mit einem Zinsfuß von 2,3 Prozent p.a., einer erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerung von 2 bis 2,5 Prozent p.a., einer jährlichen Steigerung der Beitragsbemessungsgrundlage von 1,75 Prozent, einer jährlichen Rentenanpassung von 1 Prozent p.a. bis 1,8 Prozent p.a. auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck bewertet. Es wurde eine altersabhängige Fluktuation nach einer konzernweiten spezifischen Fluktuationstabelle zugrunde gelegt. Der in den Rückstellungszuführungen enthaltene Zinsanteil ist im Zinsaufwand ausgewiesen.

Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB beträgt 49.251 TEuro und ergibt sich aus dem Unterschied des Verpflichtungswerts zum 31. Dezember 2020 zwischen dem Verpflichtungswert zum 31. Dezember 2020 mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben bzw. zehn Geschäftsjahre.

Die Überprüfung der versicherungsmathematischen Gutachten zur Berechnung der Rückstellungen für Pensionen bei der Aufstellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2020 ergab, dass die Rückstellungen zum 31. Dezember 2019 um ca. 6,8 Mio. Euro überbewertet waren. Im Geschäftsjahr 2020 erfolgte daher die Korrektur in laufender Rechnung. Die daraus resultierende Auflösung der Rückstellung wird unter den Aufwendungen für Altersversorgung ausgewiesen.

Die langfristigen Rückstellungen werden nach § 253 Abs. 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst.

Bei den übrigen Rückstellungen wurde nach vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Die Rückstellungen sind grundsätzlich mit den Erfüllungsbeträgen passiviert.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Die latenten Steuern werden für zeitliche, sich in der Zukunft voraussichtlich umkehrende Differenzen zwischen handels- und steuerrechtlichen Bilanzansätzen gebildet, soweit dies nach § 274 und § 306 HGB zulässig ist. Die Berechnung der latenten Steuern erfolgte im Geschäftsjahr unter Verwendung eines Steuersatzes von 15,825 Prozent für Körperschaftsteuer und 16,625 Prozent für Gewerbesteuer. Aktive und passive latente Steuern werden miteinander saldiert.

Im Rahmen eines Umwandlungsvorgangs wurden das Vermögen und die Schulden der RegioTemp GmbH (vormals regionetz GmbH) rückwirkend zum 1. Januar 2018 verschmolzen. Die erlangten Vermögensgegenstände wurden im Konzernabschluss zu einem beizulegenden Wert nach der Neubewertungsmethode bilanziert. Dieser beizulegende Wert lag 134,2 Mio. Euro oberhalb der handelsrechtlichen Buchwerte. Der sich ergebende passive Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung betrug 26,9 Mio. Euro. Weiterhin resultierten aus der Hebung der stillen Reserven passive latente Steuern in Höhe von 43,6 Mio. Euro. Die Auflösung der gebildeten Passivposten erfolgt über eine Nutzungsdauer von 20 Jahren und korrespondiert mit den Abschreibungen, die sich aus der Hebung der stillen Reserve ergibt.

Konzern

Konzern-Anlagevermögen >>

Entwicklung des Konzern-Anlagevermögens

	Anschaffungs-/Herstellungskosten					Stand
	Stand 1.1.2020	Zugang	Abgang	Abgang aus Entkonsolidierung	Umbuchungen	31.12.2020
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	11.080.194,72	0,00	0,00	0,00	0,00	11.080.194,72
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	32.018.595,30	3.802.025,30	1.317.550,00	22.565,36	2.016.788,59	36.497.293,83
3. Geschäfts- oder Firmenwert	1.015.242,86	0,00	0,00	0,00	0,00	1.015.242,86
4. Geleistete Anzahlungen	951.013,68	351.230,94	0,00	0,00	-553.774,50	748.470,12
	<u>45.065.046,56</u>	<u>4.153.256,24</u>	<u>1.317.550,00</u>	<u>22.565,36</u>	<u>1.463.014,09</u>	49.341.201,53
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	139.375.784,33	654.870,70	1.485.608,27	145.634,52	659.439,53	139.058.851,77
2. Fahrzeuge für Personenverkehr	52.664.807,79	3.361.518,28 ¹⁾	6.019.863,32	0,00	3.801.922,72	53.808.385,47
3. Technische Anlagen und Maschinen	1.563.121.563,61	48.428.179,73	14.812.722,67	44.650,00	26.842.881,82	1.623.535.252,49
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	57.344.192,74	3.747.772,11 ²⁾	1.223.020,82	51.669,39	1.136.738,63	60.954.013,27
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	47.858.044,73	29.824.975,67	4.534,00	0,00	-33.903.996,79	43.774.489,61
	<u>1.860.364.393,20</u>	<u>86.017.316,49</u>	<u>23.545.749,08</u>	<u>241.953,91</u>	<u>-1.463.014,09</u>	1.921.130.992,61
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	13.498.848,86	0,00	1.960.000,00	0,00	0,00	11.538.848,86
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	63.093.454,06	6.068.804,12	4.148.514,27	0,00	0,00	65.013.743,91
4. Beteiligungen	106.037.889,48	5.704.250,00	1.360.017,48	0,00	0,00	110.382.122,00
5. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	20.672.641,83	0,00	1.607.939,18	0,00	0,00	19.064.702,65
		7.194,24 A				
6. Sonstige Ausleihungen	5.874.147,30	17.296,63	97.671,06	0,00	0,00	5.800.967,11
		7.194,24 A				
	<u>209.176.981,53</u>	<u>11.790.350,75</u>	<u>9.174.141,99</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	211.800.384,53
		7.194,24 A				
	<u>2.114.606.421,29</u>	<u>101.960.923,48</u>	<u>34.037.441,07</u>	<u>264.519,27</u>	<u>0,00</u>	2.182.272.578,67

A=Aufzinsung

1) nach Abzug von 5.926.458,43 Euro Investitionszuschüssen

2) nach Abzug von 1.176.548,34 Euro Investitionszuschüssen

Abschreibungen					Buchwerte		
Stand 1.1.2020	Abgang aus Entkonsolidierung	Zugang	Abgang	Zuschreibung	Stand 31.12.2020	Stand 1.1.2020	Stand 31.12.2020
Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
10.446.751,15	0,00	333.115,61	0,00	0,00	10.779.866,76	633.443,57	300.327,96
24.563.761,33	2.508,36	3.165.440,57	1.114.035,59	0,00	26.612.657,95	7.454.833,97	9.884.635,88
145.038,86	0,00	72.517,00	0,00	0,00	217.555,86	870.204,00	797.687,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	951.013,68	748.470,12
<u>35.155.551,34</u>	<u>2.508,36</u>	<u>3.571.073,18</u>	<u>1.114.035,59</u>	<u>0,00</u>	37.610.080,57	<u>9.909.495,22</u>	11.731.120,96
87.819.941,25	12.743,52	2.143.387,41	928.808,10	0,00	89.021.777,04	51.555.843,08	50.037.074,73
28.058.895,79	0,00	3.999.280,00	6.019.863,32	0,00	26.038.312,47	24.605.912,00	27.770.073,00
947.262.725,87	10.278,00	32.405.867,62	10.682.337,44	139.739,00	968.836.239,05	615.858.837,74	654.699.013,44
47.017.378,94	28.001,39	3.228.007,72	1.031.202,16	0,00	49.186.183,11	10.326.813,80	11.767.830,16
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	47.858.044,73	43.774.489,61
<u>1.110.158.941,85</u>	<u>51.022,91</u>	<u>41.776.542,75</u>	<u>18.662.211,02</u>	<u>139.739,00</u>	1.133.082.511,67	<u>750.205.451,35</u>	788.048.480,94
67.860,01	0,00	0,00	0,00	0,00	67.860,01	13.430.988,85	11.470.988,85
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14.422.006,44	0,00	183.445,00	0,00	0,00	14.605.451,44	48.671.447,62	50.408.292,47
25.631.228,89	0,00	0,00	0,00	0,00	25.631.228,89	80.406.660,59	84.750.893,11
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	20.672.641,83	19.064.702,65
<u>5.248.118,07</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>19.691,33</u>	<u>0,00</u>	5.228.426,74	<u>626.029,23</u>	572.540,37
<u>45.369.213,41</u>	<u>0,00</u>	<u>183.445,00</u>	<u>19.691,33</u>	<u>0,00</u>	45.532.967,08	<u>163.807.768,12</u>	166.267.417,45
<u>1.190.683.706,60</u>	<u>53.531,27</u>	<u>45.531.060,93</u>	<u>19.795.937,94</u>	<u>139.739,00</u>	1.216.225.559,32	<u>923.922.714,69</u>	966.047.019,35

Erläuterungen zur Konzernbilanz

_1 Anlagevermögen

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens und der Abschreibungen ergeben sich aus dem Anlagenspiegel.

_2 Umlaufvermögen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stammen im Wesentlichen aus Energie- und Wasserlieferungen und setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2020 TEuro	31.12.2019 TEuro
Forderungen aus noch nicht abgelesenem Verbrauch	178.837	151.661
Erhaltene Abschlagszahlungen	-135.482	-118.387
	43.355	33.274
Übrige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	43.716	58.253
Summe	87.071	91.527

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren mit 334 TEuro (Vorjahr: 277 TEuro) aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Es wurden Verbindlichkeiten in Höhe von 34 TEuro (Vorjahr: 0 TEuro) verrechnet.

Bei den Forderungen gegen Beteiligungsunternehmen handelt es sich um 11.402 TEuro (Vorjahr: 10.424 TEuro) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, 9.154 TEuro (Vorjahr: 7.869 TEuro) Zinsforderungen, Gewinnansprüche in Höhe von 2.095 TEuro (Vorjahr: 2.068 TEuro) und Darlehensforderungen 444 TEuro (Vorjahr: 4.119 TEuro).

Die Forderungen gegen Gesellschafter richten sich gegen:

Gesellschafter	31.12.2020 TEuro	31.12.2019 TEuro
Stadt Aachen	38.920	16.289
StädteRegion Aachen	12	9
Summe	38.932	16.298

Die Forderungen gegen Gesellschafter resultierten im Wesentlichen aus einem Ertragszuschuss, der Betriebsführung im Bereich der Stadtentwässerung mit der Stadt Aachen, Lieferung von Energie und Wasser sowie sonstigen Dienstleistungen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen geleistete Anzahlungen (9.500 TEuro), Steuererstattungsansprüche aus Umsatzsteuer (3.678 TEuro), die erst im Folgejahr fällig werden, und Kapitaldienstreservenkonto aus der Projektfinanzierung der Wind- und Solaranlagen (2.746 TEuro), die über die Laufzeiten der dazugehörigen Darlehen verpfändet sind.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben mit 11.971 TEuro (Vorjahr: 10.283 TEuro) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr und betreffen im Wesentlichen die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und die sonstigen Vermögensgegenstände.

_3 Wertpapiere

Die Anteile an verbundenen Unternehmen im Umlaufvermögen beinhalten die folgenden Gesellschaften bzw. Geschäftsanteile:

Gesellschaft	Geschäftsanteil %
Eww	51
WP Monschau	51
WP Münsterwald	51
WP Aachen Nord	51
WP Simmerath	51

Es ist geplant, die oben genannten Geschäftsanteile in den folgenden Geschäftsjahren zu veräußern.

Die sonstigen Wertpapiere betreffen eine gezeichnete Anleihe gegenüber der Quintel Private Bank S.A. mit einer Verzinsung von 0,3 Prozent und einer Fälligkeit im März 2021.

_4 Eigenkapital

An dem gezeichneten Kapital sind unverändert die Stadt Aachen mit Stammeinlagen von insgesamt 14.049 TEuro und die StädteRegion Aachen mit einer Stammeinlage von 1 TEuro beteiligt. Die Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB beträgt, wie im Vorjahr, 43.753 TEuro.

Die Gewinnrücklagen ergeben sich als Saldo aus dem über die Beteiligungsbuchwerte hinausgehenden Mehrvermögen der Konzernunternehmen und einem eliminierten Zwischengewinn aus der Erstkonsolidierung der FACTUR. Aktive (971 TEuro) und passive (37.750 TEuro) Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung wurden miteinander verrechnet.

Die Anteile von Minderheitsgesellschaftern betreffen die Kapitalanteile der außenstehenden Gesellschafter.

Der Eigenkapitalspiegel nach § 297 Abs. 1 HGB unter Anwendung des DRS 22 liegt diesem Abschluss als gesonderte Anlage bei.

_5 Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung

Der Unterschiedsbetrag ergab sich durch die Übernahme von Vermögensgegenständen nach der Erwerbsmethode und wird, beginnend mit dem 1. Januar 2018, über 20 Jahre aufgelöst.

_6 Zuschüsse

Bei den erhaltenen Baukostenzuschüssen für das vorgelagerte Netz und den Hausanschlusskostenbeiträgen betragen die planmäßigen Auflösungen zugunsten der Umsatzerlöse 4.450 TEuro (Vorjahr: 4.765 TEuro).

_7 Rückstellungen

Die Steuerrückstellungen betreffen Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.

Die sonstigen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen:

	TEuro
Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	94.774
Ausstehende Rechnungen	33.490
Ungewisse Verpflichtungen aus dem Personalbereich	18.078
Unterlassene Instandhaltung	3.553
Abrechnungsverpflichtungen aus der Verbrauchsabrechnung	1.360
Aufbewahrung und Archivierung	600
Prozesskostenrisiken	136

8 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten dienen im Wesentlichen der Finanzierung von Investitionen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen resultieren vornehmlich aus Energiebezug, Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren mit 510 TEuro (Vorjahr: 403 TEuro) aus Lieferungen und Leistungen. Weiterhin wurden Verbindlichkeiten in Höhe von 177 TEuro (Vorjahr: 157 TEuro) verrechnet.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen mit 10.674 TEuro Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und mit 30 TEuro anrechenbare Steuern.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betreffen mit 10.141 TEuro (Vorjahr: 10.094 TEuro) die Stadt Aachen und mit 2.584 TEuro (Vorjahr: 2.584 TEuro) die StädteRegion Aachen. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um verzinsliche Darlehensverpflichtungen in Höhe von 12.546 TEuro (Vorjahr: 12.546 TEuro).

Wesentliche sonstige Verbindlichkeiten betreffen mit 24.000 TEuro (Vorjahr: 24.000 TEuro) mehrere Darlehen der Stadt Aachen aus verschiedenen Stiftungen und Verbindlichkeiten aus Erdgas-, Lohn-, und Umsatzsteuern, Erstattungsverpflichtungen, Abgaben an die Aachener Verkehrsverbund GmbH, Aachen, (AVV) sowie Sozialversicherungsbeiträge.

Die Restlaufzeiten sämtlicher Verbindlichkeiten zeigt die nachfolgende Übersicht:

Konzernverbindlichkeiten	31.12.2020 gesamt TEuro	Restlaufzeiten			31.12.2019 gesamt TEuro	Restlaufzeiten		
		bis zu 1 Jahr TEuro	mehr als 1 Jahr TEuro	davon mehr als 5 Jahre TEuro		bis zu 1 Jahr TEuro	mehr als 1 Jahr TEuro	davon mehr als 5 Jahre TEuro
1. Genussscheinkapital	145	0	145	145	141	0	141	141
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	283.735 ¹⁾	49.191	234.544	154.517	261.677 ²⁾	36.924	224.753	147.605
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	29.371	29.371	0	0	35.643	35.643	0	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.107	2.107	0	0	1.860	1.860	0	0
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.704	10.704	0	0	13.771	13.771	0	0
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	12.725	179	12.546	12.546	12.678	132	12.546	12.546
7. Sonstige Verbindlichkeiten	47.773	23.773	24.000	24.000	49.381	25.306	24.075	24.000
davon aus Steuern	11.794	11.794	0	0	3.281	3.281	0	0
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	350	350	0	0	193	118	75	0
	386.560	115.325	271.235	191.208	375.151	113.636	261.515	184.292

1) Sicherungsübereignung mehrerer Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Höhe von 57.425 TEuro

2) Sicherungsübereignung mehrerer Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Höhe von 62.462 TEuro

_9 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren aus im Jahr 2020 für das Jahr 2021 vereinnahmten Umsätzen.

_10 Passive latente Steuern

Die passiven latenten Steuern in Höhe von 38.334 TEuro wurden mit aktiven latenten Steuern aus unterschiedlichen Vermögensbewertungen aufgrund von Zwischengewinneliminierungen in Höhe von 11 TEuro verrechnet.

Das Wahlrecht zur Bilanzierung von latenten Steuern nach § 274 HGB wird nicht ausgeübt. Die latenten Steuern nach § 274 HGB kann man der folgenden Tabelle entnehmen:

Bilanz-Posten	Buchwerte				Latente Steuern	
	laut Handelsbilanz	laut Steuerbilanz	Differenz	Steuersatz	aktiv	passiv
	TEuro	TEuro	TEuro		TEuro	TEuro
Aktiva						
Immaterielle Vermögensgegenstände	186	186	0	32,66 %	0	0
Sachanlagen	553.112	553.481	369	32,66 %	767	-646
Finanzanlagen (Beteiligungen Kapitalgesellschaften, sonst.)	116.457	114.698	-1.759	32,66 %	699	-1.273
Finanzanlagen (Beteiligungen Personengesellschaften)	86.751	83.728	-3.023	16,84 %	2.613	-3.122
Forderungen	92.991	93.021	30	32,66 %	10	0
Vorräte	0	500	500	32,66 %	163	0
Wertpapiere UV (Beteiligungen Kapitalgesellschaften)	59	104	45	32,66 %	15	0
Wertpapiere UV (Beteiligungen Personengesellschaften)	11.667	17.510	5.843	16,84 %	991	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	1.676	1.742	66	32,66 %	22	0
Summe Aktiva	862.899	864.970	2.071		5.280	-5.048
Passiva						
Sonderposten mit Rücklageanteil (§ 5 Abs. 7 EStG)	0	2.145	-2.145	32,66 %	0	-701
Rückstellungen	554.919	220.842	334.077	32,66 %	109.110	0
Verbindlichkeiten	193.317	193.312	5	32,66 %	2	0
Rechnungsabgrenzungsposten	35.532	35.447	85	32,66 %	28	0
Summe Passiva	783.768	451.746	332.022		109.140	-701
Aktivüberhang aus Differenz			334.093		108.671	

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

_11 Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse werden ausschließlich in Deutschland erzielt und verteilen sich wie folgt auf die Geschäftsbereiche:

	2020 TEuro	2019 TEuro
Stromversorgung	340.573	328.835
Gasversorgung	132.896	138.233
Wasserversorgung	34.599	34.448
Fernwärmeversorgung	20.247	19.986
Stadtentwässerung	23.169	22.114
	551.484	543.616
Energieerzeugung	48.343	51.855
Verkehr	63.351	70.395
Parkhausbewirtschaftung, Grundbesitzwirtschaft und sonstige Dienstleistungen	26.630	28.492
	689.808	694.358

_12 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 5.896 TEuro (Vorjahr: 7.458 TEuro) und mit 6.774 TEuro (Vorjahr: 1.557 TEuro) Erträge aus Anlagenabgängen. Darüber hinaus sind Erträge aus sonstigen Zuschüssen in Höhe von 9.154 TEuro (Vorjahr: 1.476 TEuro) enthalten. Die sonstigen periodenfremden und neutralen Erträge belaufen sich auf 386 TEuro (Vorjahr: 2.793 TEuro).

_13 Materialaufwand

Im Materialaufwand sind vornehmlich die Kosten für Energie- und Wasserbezug sowie für Netznutzungsentgelte, für Busanmietung, für Treibstoffe, für Personalgestellung und für Systemaufwendungen enthalten.

_14 Personalaufwand

Die Personalaufwendungen beinhalten 6.710 TEuro für Altersversorgung (Vorjahr: 7.782 TEuro).

Die Anzahl der Beschäftigten bei den Konzernunternehmen betrug im Jahresdurchschnitt:

	2020	2019
Mitarbeiter in Vollzeit	1.389	1.381
Mitarbeiter in Teilzeit	254	241
Aushilfen	33	39
	1.676	1.661
Auszubildende	51	46
Gesamt	1.727	1.707

_15 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen vor allem Konzessionsabgaben in Höhe von 24.620 TEuro (Vorjahr: 24.780 TEuro), Aufwendungen für Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten in Höhe von 5.308 TEuro (Vorjahr: 7.896 TEuro), Marketingmaßnahmen von 3.357 TEuro (Vorjahr: 3.860 TEuro) und Versicherungsprämien von 3.013 TEuro (Vorjahr: 3.083 TEuro). Die periodenfremden Aufwendungen betragen 858 TEuro (Vorjahr: 384 TEuro).

_16 Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Die Erträge stammen von den SW Lübeck, der regio iT und der WAG.

_17 Erträge aus Beteiligungen

Die Erträge aus Beteiligungen resultieren mit 1.925 TEuro (Vorjahr: 1.499 TEuro) aus verbundenen Unternehmen.

_18 Erträge aus Gewinnabführungsverträgen

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen resultieren wie im Vorjahr ausschließlich aus verbundenen Unternehmen.

_19 Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Im Vorjahr stammten Erträge in Höhe von 1 TEuro von verbundenen Unternehmen.

_20 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Im Vorjahr wurden Zinserträge mit verbundenen Unternehmen in Höhe von 1 TEuro erzielt.

_21 Abschreibungen auf Finanzanlagen

Es wurden Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte in Höhe von 256 TEuro (Vorjahr: 256 TEuro) vorgenommen. Im Vorjahr wurden zusätzlich Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von 6.600 TEuro vorgenommen.

_22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

In den Zinsaufwendungen sind die Zinsanteile aus den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen in Höhe von 34.922 TEuro (Vorjahr: 38.467 TEuro) enthalten.

23 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen die Organträgerin E.V.A., die verbundenen, vollkonsolidierten Unternehmen außerhalb des Organkreises sowie die latenten Steuern aufgrund von Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz.

	E.V.A.	Regionetz	Projektgesellschaften	latente Steuern	Gesamt	Vorjahr
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
Laufendes Jahr						
Körperschaftsteuer / SolZ	2.032	2.272	0	-1.057	3.247	7.880
Gewerbeertragsteuer	2.896	0	1.412	-1.110	3.198	7.347
	<u>4.928</u>	<u>2.272</u>	<u>1.412</u>	<u>-2.167</u>	6.445	<u>15.227</u>
für Vorjahre						
Körperschaftsteuer / SolZ	231	0	0	0	231	-40
Gewerbeertragsteuer	-138	0	0	0	-138	-22
	<u>93</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	93	<u>-62</u>
	5.021	2.272	1.412	-2.167	6.538	15.165

24 Sonstige Steuern

Die sonstigen Steuern betreffen mit 1.859 TEuro (Vorjahr: 1.684 TEuro) Aufwand des Berichtsjahres und mit 660 TEuro (Vorjahr: 1 TEuro) Erträge aus Vorjahren.

Anteilsbesitz der E.V.A.

zum 31. Dezember 2020

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2020 TEuro
Anteile an verbundenen Unternehmen (konsolidiert)			
Stadtwerke Aachen AG (STAWAG), Aachen	162.873	100,0	0 ³⁾
STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie), Aachen	77.925	100,0 ²⁾	0 ³⁾
Regionetz GmbH (vormals INFRAWEST GmbH) (Regionetz), Aachen	269.214	50,8 ²⁾	0 ³⁾¹⁵⁾
Alsdorf Netz GmbH, (Alsdorf Netz), Alsdorf	19.604	100,0 ¹⁷⁾	7
FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR), Aachen	467	100,0 ²⁾	0 ³⁾
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG), Aachen	9.332	94,9	0 ³⁾
Aachener Parkhaus GmbH (APAG), Aachen	1.911	100,0 ¹⁾	0 ³⁾
STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath	3.883	100,0 ¹⁷⁾	-17
STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau	4.024	100,0 ¹⁷⁾	-10
Energiewerke Waldbröl GmbH (Eww), Waldbröl	1.160	51,0 ²⁾	0 ³⁾
STAWAG Abwasser GmbH, Aachen	25	100,0 ¹⁷⁾	0 ³⁾
Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG (Giebelstadt), Aachen	7.271	80,0 ⁴⁾	975
Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG (Turnow West I), Aachen	2.153	59,9 ⁴⁾	488
Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG (Turnow West II), Aachen	1.909	59,9 ⁴⁾	617
Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG (SP Gödenroth), Aachen	574	100,0 ⁴⁾	54
Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG (SP Ilbesheim), Aachen	1.268	100,0 ⁴⁾	216
Windpark Laudert GmbH & Co. KG (WP Laudert), Aachen	2.478	100,0 ⁴⁾	377
Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG (Riegenroth), Aachen	6.450	59,0 ⁴⁾	750
Anteile an verbundenen Unternehmen (nicht konsolidiert)			
Windpark Simmerath GmbH & Co. KG (WP Simmerath), Aachen	11.540	100,0 ⁴⁾	1.574
Windpark Aachen-Nord GmbH & Co. KG (WP Aachen-Nord), Aachen	6.067	100,0 ⁴⁾	785
Windpark Monschau GmbH & Co. KG (WP Monschau), Aachen	5.830	100,0 ⁴⁾	751
Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG (WP Münsterwald), Aachen	8.411 ⁵⁾	100,0 ⁴⁾	-169 ⁵⁾
Infrastruktur Turnow West GmbH & Co. KG (Infrastruktur Turnow), Aachen	0 ¹⁰⁾	100,0 ⁶⁾	-28
STAWAG Infrastruktur Simmerath Verwaltungs GmbH, Simmerath	31 ⁵⁾	100,0 ¹⁷⁾	1 ⁵⁾
STAWAG Infrastruktur Monschau Verwaltungs GmbH, Monschau	31 ⁵⁾	100,0 ¹⁷⁾	1 ⁵⁾
Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH (Akreka), Aachen	1.452 ⁷⁾	100,0 ¹⁾	0
ASEAG-Reisen GmbH (ARG), Aachen	223	100,0 ¹⁾	0 ³⁾
ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS), Eschweiler	26	100,0 ¹⁾	0 ³⁾
STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär), Aachen	162	100,0 ⁴⁾	24
Solaranlage Giebelstadt II Verwaltungs GmbH (SA Giebelstadt Verwaltung), Aachen	42	80,0 ¹⁹⁾	2

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2020 TEuro
Wesentliche Beteiligungen			
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT), Aachen	10.909	38,6	3.736
vote iT GmbH (vote iT), Aachen	1.429	85,0 8)	128
cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (cogniport), Monschau	31	100,0 8)	-2
Better Mobility GmbH (Better Mobility), Aachen	209	49,5 1)	-77
Trianel GmbH (Trianel), Aachen	93.492 5)	12,0 2)	5.913 5)
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG (TGH), Aachen	0 5)16)	16,9 2)	3.408 5)
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG (TGE), Aachen	26.256 5)	13,7 2)	3.231 5)
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG (TKL), Lünen	0 5)14)	8,5 2)	-36.439 5)
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG (TWB), Aachen	299.019 5)	4,8 4)	9.862 5)
Stadtwerke Lübeck GmbH (Lübeck), Lübeck	127.764 5)	25,1 2)	0 5)12)
STAWAG Solar GmbH (STAWAG Solar), Aachen	32.621 5)	40,0 4)	1.691 5)
WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG), Roetgen	24.504 5)	50,0 2)	1.428 5)
StadtWerke Rösraht - Energie GmbH (Rösraht), Rösraht	4.621 5)	49,0 2)	194 5)
enewa GmbH (enewa), Wachtberg	5.647 9)	49,0 2)	251 9)
Gemeindewerke Ruppichterath GmbH, Ruppichterath	5.193 5)	49,0 2)	116 5)
Wilken Pro GmbH, (Wilken Pro), Ulm	74 5)	49,0 11)	15 5)
Solarpark Ronneburg GmbH & Co. KG (Ronneburg), Aachen	4.815	46,0 4)	1.073
Windpark Beltheim II GmbH & Co. KG (Beltheim II), Aachen	4.960	49,9 4)	1.016
Windpark Oberwesel II GmbH & Co. KG (Oberwesel II), Aachen	3.117	49,0 4)	462
Windpark Oberwesel III GmbH & Co. KG (Oberwesel III), Aachen	3.237	49,0 4)	600
Windpark Fischbachhöhe GmbH & Co. KG (WP Fischbachhöhe), Aachen	3.959	50,0 4)	296
ELWEA GmbH (ELWEA), Bottrop	790 5)	49,0 4)	2 5)
WEA Marl Betreibergesellschaft mbH & Co. KG, Marl	701 5)	100,0 18)	40 5)
Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (Trave EE), Lübeck	3.482 5)	50,0 4)	-686 5)
Windmüllerei Broderstorf IV GmbH & Co. KG, Lübeck	408 5)	100,0 13)	282 5)
Trave Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (Trave EE Verwaltung), Lübeck	38 5)	100,0 13)	2 5)
Trave Erneuerbare Energien Beteiligungs-Komplementär GmbH (Trave EE Beteiligung), Lübeck	36 5)	100,0 13)	2 5)
NetAachen GmbH (NetAachen), Aachen	10.858 5)	16,0 2)	2.340 5)
smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen	1.605 5)	35,0 2)	325 5)
Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH (IWA), Aachen	75 5)	46,0 2)	6 5)
Power Tower I Bruchteileigentümergeinschaft (Power Tower I BEG), Aachen	0 5)	25,0 2)	112 5)
PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG (PSW Rönkhausen), Hagen	9.705 9)	50,0 2)	1.029 9)
Windpark Bokel GmbH & Co. KG (WP Bokel), Lübeck	0 5)	100,0 13)	4 5)
Regio Nord Wind GmbH (Regio Nord), Hamburg	21 5)	50,0 13)	-5 5)

- 1) Anteile werden gehalten über ASEAG
- 2) Anteile werden gehalten über STAWAG
- 3) nach Ergebnisabführung; ohne Bilanzgewinn
- 4) Anteile werden gehalten über STAWAG Energie GmbH
- 5) Wertansätze zum 31. Dezember 2019
- 6) Anteile werden durch Turnow West I GmbH & Co. KG und Turnow West II GmbH & Co. KG gehalten
- 7) Eigenkapital inklusive Deckungsrücklage
- 8) Anteile werden gehalten über regio iT
- 9) vorläufige Jahresabschlusszahlen

- 10) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 331 TEuro ausgewiesen
- 11) Anteile werden gehalten über FACTUR Billing Solutions GmbH
- 12) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 20.587 TEuro
- 13) Anteile werden gehalten über Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG
- 14) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 139.133 TEuro ausgewiesen.
- 15) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 12.204 TEuro

- 16) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 1.425 TEuro ausgewiesen.
- 17) Anteile werden über Regionetz GmbH gehalten
- 18) Anteile werden über ELWEA GmbH gehalten
- 19) Anteile werden über die Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG gehalten

Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr 2020 beliefen sich die Vergütungen der E.V.A.-Aufsichtsratsmitglieder auf 93 TEuro und die Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung einschließlich der Vergütung für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Tochterunternehmen auf 666 TEuro. Die Pensionsbezüge der früheren Mitglieder der Geschäftsführung für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Tochterunternehmen und deren Hinterbliebenen betragen 581 TEuro im Berichtsjahr. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Geschäftsführern und deren Hinterbliebenen waren insgesamt 6.986 TEuro zurückzustellen.

Im Berichtsjahr beliefen sich die Honorare gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB im Konzern auf 529 TEuro. Das Gesamthonorar gliedert sich in 307 TEuro Abschlussprüfungsleistungen, 219 TEuro sonstige Leistungen und 3 TEuro Steuerberatung.

Am Bilanzstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen neben dem Bestellobligo (20,6 Mio. Euro) aus erteilten Aufträgen im Wesentlichen aus IT-Dienstleistungen 141,5 Mio. Euro, kurz-, mittel- und langfristigen Lieferverträgen für den Bezug von Energie und von Wasser von ca. 95,9 Mio. Euro, aus einem langfristigen Konzessionsvertrag sowie aus Parkhauspachtverträgen (3,2 Mio. Euro) und Verträgen über Fahrzeuganmietungen (33,8 Mio. Euro p.a.; davon 1,4 Mio. Euro gegenüber verbundenen Unternehmen). Verpflichtungen aus Miet-, Leasing-, Wartungs- und Dienstleistungsverträgen und sonstigen Dauerschuldverhältnissen sowie aus hinterlegten Sicherheiten bestehen in geschäftsüblichem Umfang und sind für die Beurteilung der Finanzlage insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

Bürgschaften bestanden bei der STAWAG bis zur Höhe von 19 Mio. Euro (Vorjahr: 29 Mio. Euro) für Zahlungsverpflichtungen der Trianel aus Energiehandelsgeschäften. Auf Basis der geplanten Erträge der Trianel ist mit keiner Inanspruchnahme zu rechnen.

Die STAWAG hat sich im Rahmen einer Patronatserklärung verpflichtet, die smartlab so zu stellen, dass ein eingeforderter Eigenanteil in Höhe von 0,2 Mio. Euro geleistet werden kann. Auf Basis der Wirtschaftsplanung der smartlab ist mit keiner Inanspruchnahme zu rechnen.

Im Rahmen der Restrukturierung der TGH hat die STAWAG am 16. März 2015 einen Darlehensvertrag mit der TGH abgeschlossen. In diesem Darlehensvertrag verpflichtet sich die STAWAG der TGH ein Darlehen von bis zu 18,4 Mio. Euro zu gewähren. Die TGH hat bisher 11,5 Mio. Euro in Anspruch genommen. Somit kann die TGH noch bis zu 6,9 Mio. Euro aus diesem Darlehensvertrag abrufen. Die STAWAG geht in ihrer Planung davon aus, dass die TGH das volle Darlehen bis zum Jahr 2022 in Anspruch nimmt.

Zur Absicherung der Bankverbindlichkeiten der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen, (TGE) hat die STAWAG laut Rahmenkreditlinie – wie im Vorjahr in Höhe von 135 Mio. Euro – ihre Geschäftsanteile einschließlich der Gewinnanteile an dieser Gesellschaft verpfändet.

Zur Absicherung der Bankverbindlichkeiten der TWB hat die STAWAG Energie ihre Kommanditanteile und alle gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen gegenüber der TWB zu Gunsten der finanzierenden Bank verpfändet.

Zur Absicherung der Bankverbindlichkeiten der Turnow West I und Turnow West II hat die STAWAG Energie ihre Kommanditanteile zugunsten der finanzierenden Bank verpfändet.

Zur Absicherung der Bankverbindlichkeiten der SP Ronneburg hat die STAWAG Energie ihre Kommanditanteile, jetzige und zukünftige Gewinnbeteiligungen, Rückzahlungen von Nachschüssen und Entschädigungsforderungen zu Gunsten der finanzierenden Bank verpfändet.

Die TGE, die TWB, die Turnow West I, die Turnow West II und der SP Ronneburg haben bislang alle Raten fristgerecht an die Kreditinstitute zurückgezahlt, so dass davon auszugehen ist, dass die Gesellschaften die Verpflichtungen auch weiterhin vertragsgemäß erfüllen werden. Mit einer Inanspruchnahme ist folglich nicht zu rechnen.

Im Rahmen von Beteiligungserwerben wurden jährliche Ergebnisgarantien in der Versorgungssparte von bis zu 430 TEuro (Vorjahr: 430 TEuro) gegeben. Eine Inanspruchnahme wird abhängig vom Akquisitionserfolg der Gesellschaften sein. Wenn die Beteiligungsgesellschaften Ergebnisse in der garantierten Höhe nicht erreichen, erfolgt der Ausgleich durch eine Einlage ins Eigenkapital der Beteiligungsgesellschaft in Höhe der Differenz zwischen den tatsächlichen Ergebnissen und den garantierten Ergebnissen. Es ist davon auszugehen, dass die Beteiligungsgesellschaften Ergebnisse in der garantierten Höhe nicht in jedem Geschäftsjahr erreichen werden.

Derivative Finanzinstrumente

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden die folgenden derivativen Finanzinstrumente eingesetzt:

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Nominalwert TEuro	Zeitwert TEuro	Laufzeit bis
1	SWAP	Zinsswap	6.250	-1.419	Juni 2028
2	SWAP	Zinsswap	2.508	-126	März 2024
3	SWAP	Zinsswap	8.500	-911	Juni 2029
4	SWAP	Zinsswap	2.508	-126	März 2024
5	SWAP	Zinsswap	3.613	-401	März 2029
6	SWAP	Zinsswap	4.333	-178	März 2024
7	SWAP	Zinsswap	3.672	-487	Dezember 2030
8	SWAP	Kohleforward	2.522	332	Dezember 2021
9	Forward	Stromforward	7.425	-1.605	Dezember 2021
10	Forward	EUA-Forward	3.147	1.168	Dezember 2021
11	Forward	Gas-Forward	4.401	1.482	März 2021
12	SWAP	Dieselölswap	4.277	89	Dezember 2023

Im Rahmen der Aufnahme von variablen Darlehen wurden die unter den Nummern 1 bis 7 aufgeführten Sicherungsgeschäfte abgeschlossen. Die Darlehen (Grundgeschäfte) werden mit den Sicherungsgeschäften zusammengefasst. Die Angaben zu den Zeitwerten beruhen auf den Berechnungen des Kreditinstituts, das die Derivate ausgegeben hat. Die Ermittlung erfolgte anhand bankinterner Bewertungsmethoden. Die Derivate, die unter den Nummern 1 bis 7 aufgeführt werden, weisen neben Betragsidentität auch die gleiche Laufzeit auf und sind aufgrund der deckungsgleichen Beziehungen nicht bilanziert (Critical-Term-Match-Methode im Rahmen des Micro-Hedging). Es wurde die Einfrierungsmethode verwendet.

Mit den unter Nummer 8 aufgeführten Kohleswaps (Commodity-Swaps) hat die STAWAG das Recht erworben, eine Menge von 51.000 metrischen Tonnen (MT) Steinkohle im Geschäftsjahr 2021 zu einem im Voraus definierten Preis zu erwerben. Der Zeitwert zum Bilanzstichtag beruht auf einem internen Vergleich von Bezugs- und Marktpreisen. Der Zeitwert des Kohleswaps wurde in eine Drohverlustrückstellung einbezogen, die das Risiko aus den Kraftwerken abbildet.

Die STAWAG hat, aufgeführt unter Nummer 9, für das Jahr 2021 eine Menge von 185.375 MWh Strom zu einem im Voraus definierten Preis verkauft. Der Marktwert ergibt sich nach interner Gegenüberstellung von EEX-Forward-Kurs und Festpreis des Forwards am Bilanzstichtag.

Die STAWAG hat, aufgeführt unter Nummer 10, für das Jahr 2021 Emissionszertifikate für eine Menge von 134.000 Tonnen zu einem im Voraus definierten Preis gekauft. Der Marktwert ergibt sich nach interner Gegenüberstellung von Börsenkurs und Festpreis des Forwards am Bilanzstichtag.

Die STAWAG hat, aufgeführt unter Nummer 11, für das Jahr 2021 zu einem im Voraus definierten Preis 317.843 MWh Erdgas verkauft. Der Forward ist durch den Bestand im Gasspeicher besichert. Der Marktwert ergibt sich nach interner Gegenüberstellung von Festpreis des Forwards und der Bewertung des Gasbestands zum gleitenden Durchschnitt am Bilanzstichtag.

Die ASEAG hat, aufgeführt unter Nummer 12, im Oktober 2020 des laufenden Geschäftsjahres Commodity-Swap-Geschäfte mit einer Laufzeit vom 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2023 abgeschlossen. Der Nominalbetrag der Swap-Geschäfte wird mit 4.276.248 Euro zur Dieselpreisabsicherung der antizipierten Grundgeschäfte eingesetzt und als entsprechende Bewertungseinheit gebildet. Über einen Zeitraum von drei Jahren gleichen sich die Wertänderungen voraussichtlich vollständig aus, da Grund- und Sicherungsgeschäft die gleichen Nominalbeträge und Fristigkeiten haben und demselben Risiko ausgesetzt sind. Zur Abbildung der gebildeten Bewertungseinheiten wird die Einfrierungsmethode gewählt. Der beizulegende positive Zeitwert der Swap-Geschäfte beträgt zum Bilanzstichtag 88.949 Euro nach bankeneigenen, proprietären Bewertungsmodellen der Commerzbank AG, Frankfurt. Aufgrund der gebildeten Bewertungseinheiten der Swaps mit den antizipierten Dieselbezügen und dem positiven beizulegenden Wert sind keine Rückstellungen für drohende Verluste aus den Swap-Geschäften zum Bilanzstichtag zu bilden. Selbst bei einer negativen Marktwertentwicklung ist keine Drohverlustrückstellung nach § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB für die antizipierten künftigen Beschaffungsgeschäfte zu bilanzieren, da nach IDW RS HFA 4 in dem Saldierungsbereich schwebender Geschäfte auch über das schwebende Geschäft hinausgehende konkrete wirtschaftliche Vorteile berücksichtigt werden dürfen.

Die Energiebeschaffungs- und die Energieabsatzverträge (Strom und Gas) sind abweichend vom Grundsatz der Einzelbewertung zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Die Bilanzierung und die Bewertung erfolgen unter Beachtung der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer vom 30. September 2015 (IDW RS ÖFA 3). Es besteht ein angemessenes energiewirtschaftliches Steuerungssystem, aus dem die gebildeten Vertragsportfolios nach der Homogenität der Risiken abgeleitet wurden. Daran orientiert sich der Aufbau der Mengen-, der Preis- und der Ergebnisplanung der Portfolios. Die konkreten Beschaffungs- und Vermarktungsprozesse sowie deren Überwachung setzen die Vorgaben des Steuerungssystems um. Die durch den Abschluss von Verträgen mit Kunden zu liefernden Mengen an Strom oder an Gas werden durch das Portfoliomanagement je Kundenvertrag einzeln (Back-to-back) oder zusammengefasst beschafft. Das Portfoliomanagement strukturiert die Beschaffung und den Absatz der Energiemengen Strom oder Gas jeweils getrennt in Bücher (u. a. Vertriebsbuch, Beschaffungsbuch). Das implementierte Risikomanagementsystem erfasst die aggregierten Positionen auf Basis von vorgegebenen Risikolimiten, die ebenso wie die zur Angebotskalkulation und zur Bewertung verwendeten Preiskurven täglich durch das Risikocontrolling überwacht werden. Die implementierte Deckungsbeitragsrechnung erfasst jedes gebildete Vertragsportfolio. Dabei werden interne Geschäfte zwischen den Vertragsportfolios zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen und in die jeweilige Deckungsbeitragsrechnung einbezogen. Zurechenbare Gemeinkosten werden angemessen berücksichtigt. Die Bewertungszeiträume bestehen aufgrund der rollierenden Durchführung der Sicherungstransaktionen für einen unbegrenzten Zeitraum. Aktuell sind Zeiträume bis zum Lieferjahr 2023 betroffen. Zur bilanziellen Abbildung der wirklichen Teile der Bewertungseinheiten wird die

Einfrüerungsmethode angewandt. Aufgrund der negativen Korrelation von Grund- und Sicherungsgeschäften wird es künftig zu gegenläufigen, sich nahezu vollständig ausgleichenden Marktwertentwicklungen kommen. Sollte der Saldo aller beizulegenden Zeitwerte einer Bewertungseinheit zum Stichtag negativ sein, so wird imparitätlich eine Rückstellung für drohende Verluste aus Bewertungseinheiten gebildet. Darüber hinausgehende Verlustüberhänge können nicht entstehen.

Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge oder Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich beeinflusst haben. Zu den Auswirkungen des Coronavirus SARS CoV2 auf die Gesellschaft wird auf die Ausführungen im Lagebericht verwiesen.

Aachen, den 26. Mai 2021

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft
mit beschränkter Haftung Aachen

Die Geschäftsführung



Dr. Christian Becker



Michael Carmincke

Konzern-Kapitalflussrechnung

		2020 TEuro	2019 TEuro
1.	Konzernjahresfehlbetrag	-22.869	-15.090
2.	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	45.391	48.891
3.	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	74.694	52.368
4.	+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-53.289	-61.524
5.	-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-21.394	-3.942
6.	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-12.120	1.619
7.	-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-4.760	-1.362
8.	+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	42.240	45.727
9.	- Sonstige Beteiligungserträge	-12.920	-10.789
10.	+/- Ertragssteueraufwand/-ertrag	6.538	15.165
11.	-/+ Ertragssteuerzahlungen	-13.282	-4.442
12.	= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	28.229	66.621
13.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-4.153	-1.893
14.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	9.842	1.795
15.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-86.018	-82.622
16.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	9.154	1.944
17.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-11.790	-1.445
18.	+ Erhaltene Zinsen	0	143
19.	+ Erhaltene Dividenden	12.920	10.414
20.	= Cashflow aus Investitionstätigkeit	-70.045	-71.664
21.	+ Einzahlungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens	12.095	7.793
22.	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	39.348	62.111
23.	- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-17.290	-39.051
24.	+ Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	14.071	4.607
25.	- Gezahlte Zinsen	-6.949	-6.970
26.	- Gezahlte Gewinnausschüttung an andere Gesellschafter	-13.161	-15.430
27.	= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	28.114	13.060
28.	= Zahlungswirksame Veränderungen der Finanzmittelfonds	-13.702	8.017
29.	+/- Konsolidierungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
30.	+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	49.598	41.581
31.	= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	35.896	49.598

Konzern-Eigenkapitalspiegel

	Eigenkapital des Mutterunternehmens					
	Rücklagen			Summe	Konzernjahres- fehlbetrag, der dem Mutter- unternehmen zuzurechnen ist	Summe
Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB	Gewinn- rücklagen andere Gewinn- rücklagen	Euro			
Stand am 31.12.2018	14.049.880,00	43.753.000,00	80.517.432,03	124.270.432,03	-91.763.157,22	46.557.154,81
Entnahme aus Rücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Ausschüttung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Konzernjahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	-12.412.109,06	-12.412.109,06
Stand am 31.12.2019	14.049.880,00	43.753.000,00	80.517.432,03	124.270.432,03	-104.175.266,28	34.145.045,75
Entnahme aus Rücklagen	0,00	0,00	-10.235.604,00	-10.235.604,00	10.235.604,00	0,00
Änderungen des Konsolidierungskreises	0,00	0,00	558.523,90	558.523,90	0,00	558.523,90
Ausschüttung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Konzernjahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	-20.637.823,63	-20.637.823,63
Stand am 31.12.2020	14.049.880,00	43.753.000,00	70.840.351,93	114.593.351,93	-114.577.485,91	14.065.746,02

..... Nicht beherrschende Anteile Konzern-eigenkapital

Nicht beherrschende Anteile vor Eigen- kapitaldifferenz aus Währungsumrechnung und Jahresergebnis	Auf nicht beherrschende Anteile entfallende Gewinne/Verluste	Summe	Summe
Euro	Euro	Euro	Euro
183.456.998,06	-2.727.222,07	180.729.775,99	227.286.930,80
-20.000,00	0,00	-20.000,00	-20.000,00
0,00	-461.218,20	-461.218,20	-461.218,20
0,00	-2.678.261,93	-2.678.261,93	-15.090.370,99
183.436.998,06	-5.866.702,20	177.570.295,86	211.715.341,61
0,00	0,00	0,00	0,00
-568.280,97	0,00	-568.280,97	-9.757,07
0,00	-510.178,34	-510.178,34	-510.178,34
0,00	-2.231.267,69	-2.231.267,69	-22.869.091,32
182.868.717,09	-8.608.148,23	174.260.568,86	188.326.314,87

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2020, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2020 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungs-

mäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fort-

führung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlage-

Bericht des Aufsichtsrats

bericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Duisburg, den 28. Mai 2021

PKF Fasselt
Partnerschaft mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Rechtsanwälte



Jahn
Wirtschaftsprüfer



Pentschev
Wirtschaftsprüfer

(Der vorstehende Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2020 (Konzernbilanzsumme EUR 1.238.498.021,60; Konzernjahresfehlbetrag EUR 22.869.091,32) und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2020 der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen.)

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2020 sowie der Konzernlagebericht sind von der in der Gesellschafterversammlung am 26. Juni 2020 zum Abschlussprüfer bestellten PKF Fasselt Partnerschaft mbB, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Berlin, geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB zum Konzernabschluss und Konzernlagebericht wurde ohne Einschränkung erteilt.

Der Aufsichtsrat hat aufgrund regelmäßiger Berichte der Geschäftsführung sowie in seinen Sitzungen während des Geschäftsjahres durch Erörterungen über Lage und Entwicklung der Konzernunternehmen seiner gesetzlichen Prüfungs- und Überwachungspflicht entsprochen. Er hat von dem Ergebnis der Prüfung des Konzernabschlusses sowie des Konzernlageberichts durch den Abschlussprüfer zustimmend Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2020 und den Konzernlagebericht geprüft und stellt ihn fest. Er empfiehlt der Gesellschafterversammlung den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht zu billigen.

Aachen, den 18. Juni 2021

Der Aufsichtsrat



Keupen
Vorsitzende

Impressum

E.V.A.

Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen
Neuköllner Straße 1
52068 Aachen

Gestaltung rachiq-design, Aachen

Foto Cover istock/sxn

Druck frank druck+medien GmbH&Co. KG, Aachen

